

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1997

MONTAG, 10. FEBRUAR 1997

Nr. 6

Seite		Seite		Seite
	Hessische Staatskanzlei			
486	Ungültigkeitserklärung eines konsularischen Ausweises	491	tigkeit, Weilmünster, und St. Marien, Villmar-Langhecke	497
	Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz		Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden St. Peter und Paul, Villmar, und St. Josef, Villmar-Aumenuau	497
486	Verwaltungsvorschriften zur Verordnung über die öffentliche Bestellung von Sachverständigen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus vom 6. 9. 1996	491		
488	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit	492	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	
490	Verleihung der Bezeichnung „Bad“ gemäß § 13 Abs. 2 HGO an die Stadt Arolsen, Landkreis Waldeck-Frankenberg	492	Vorläufige Prüfungsordnung des Fachbereichs Angewandte Informatik und Mathematik der Fachhochschule Fulda für den Weiterbildungsstudiengang Netzwerkadministration vom 10. 5. 1995 und 17. 7. 1996	498
490	Termine und Orte für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zum Natur- und Landschaftspfleger/zur Natur- und Landschaftspflegerin	492		
490	Verwaltungs- und wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung	492	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit	
	Hessisches Ministerium der Finanzen	492	Zweite Fortschreibung des Rettungsdienstplanes nach § 3 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes; hier: Erneutes Inkraftsetzen der ersten Fortschreibung	498
491	Zulassung zur Steuerberaterprüfung 1997 sowie zur Eignungsprüfung im Sinne des § 36 Abs. 3 des Steuerberatungsgesetzes	492		
	Hessisches Kultusministerium	492	Personalnachrichten	
491	Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden St. Marien, Villmar-Langhecke, und St. Josef, Villmar-Aumenuau	492	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	498
491	Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden Hl. Dreifal-	492	im Bereich des Hessischen Kultusministeriums	498
		492	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit	498
		497		
		497	Die Regierungspräsidien	
		497	DARMSTADT	
		497	Vorhaben der Firma Überlandwerk Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau	497
		497		
		497	Genehmigung der Stiftung „Carl & Irene Scherrer“, Sitz Frankfurt am Main	497
		497		
		497	GIESSEN	
		497	Zulassung als staatlich anerkannte Prüfstelle für Durchflußmessungen	497
		498		
		498	KASSEL	
		498	Abschlußprüfung „Forstwirt“ für Auszubildende gemäß § 39 BBiG	498
		498	Wasserrechtliche Anerkennung als sachverständige Stelle gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung	498
		499		
		500	Hessischer Verwaltungsschulverband	
		501	Fortbildungsseminare des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungssseminar Darmstadt	499
		501	Buchbesprechungen	500
		515	Öffentlicher Anzeiger	501
		522	Andere Behörden und Körperschaften	
		527	Umlandverband Frankfurt; hier: Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl des Verbandstags am 2. 3. 1997	515
		527	Kommunales Gebietsrechenzentrum Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen; hier: Satzung	522
		527	Zweckverband „Naturpark Rheintanus“, Idstein; hier: Jahresrechnung 1995 und Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 1997	527
		527	Zweckverband „Naturpark Hochtaunus“, Usingen; hier: Jahresrechnung 1995 und Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 1997	527
		527	Öffentliche Ausschreibungen	527
		528	Stellenausschreibungen	528

132

HESSISCHE STAATSKANZLEI

Ungültigkeitserklärung eines konsularischen Ausweises

Der von der Hessischen Staatskanzlei am 19. Dezember 1995 ausgestellte grüne Ausweis Nr. P 223 von Frau Elinore V. de Jesus, private Hausangestellte von Herrn Bernard Lodiöt, Generalkonsul der Französischen Republik, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 22. Januar 1997

Hessische Staatskanzlei
Z 311 — 2 a 10/05

StAnz. 6/1997 S. 486

133

**HESSISCHES MINISTERIUM
DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ**
Verwaltungsvorschriften zur Verordnung über die öffentliche Bestellung von Sachverständigen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus vom 6. September 1996

§ 1

Antragstellung

Dem Antrag auf Bestellung beizufügen sind

1. Lebenslauf,
2. beglaubigte Nachweise über schulischen und außerschulischen Werdegang, insbesondere Bescheinigungen und Zeugnisse über die zweijährige Berufserfahrung,
3. ein Probegutachten,
4. zwei Lichtbilder, deren Rückseiten den eigenhändigen Namenszug des Antragstellers aufweisen,
5. ein polizeiliches Führungszeugnis.

§ 2

Bestellungsbeirat

(1) Es ist ein Bestellungsbeirat einzuberufen, der die Antragsunterlagen bewertet und bei Erstanträgen ein ergänzendes Fachgespräch zur Bewertung der erforderlichen Sachkunde nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 der Verordnung führt.

(2) Die Bestellungsbehörde beruft die Mitglieder des Bestellungsbeirates auf jeweils fünf Jahre. Die Tätigkeit im Bestellungsbeirat wird ehrenamtlich ausgeübt, die Mitglieder können ihre Mitgliedschaft durch Erklärung gegenüber der Bestellungsbehörde jederzeit beenden. Die Aufwandsentschädigung der Beiratsmitglieder regelt sich nach der Richtlinie für die Entschädigung von ehrenamtlichen Ausschuß- und Kommissionsmitgliedern und die Bereitstellung von Prüfungsbetrieben in der jeweils gültigen Fassung.

(3) Der Bestellungsbeirat für Sachverständige auf dem Gebiet der Landwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus setzt sich wie folgt zusammen:

1. zwei Bedienstete der Bestellungsbehörde, davon eine Person aus einem der Fachgebiete, für das die Anerkennung beantragt wird, eine Person aus dem für das Sachverständigenwesen zuständigen Dezernat,
 2. eine Bedienstete oder ein Bediensteter eines Regierungspräsidiums, die oder der für das Enteignungswesen zuständig ist,
 3. ein Mitglied des Landesagrarausschusses und
 4. ein Mitglied des Landesverbandes Hessen des Hauptverbandes landwirtschaftlicher Buchstellen und Sachverständigen.
- (4) Der Bestellungsbeirat für Sachverständige auf dem Gebiet der Forstwirtschaft setzt sich wie folgt zusammen:
1. eine Bedienstete oder ein Bediensteter der Bestellungsbehörde,
 2. eine Bedienstete oder ein Bediensteter der Hessischen Landesanstalt für Forsteinrichtung, Waldökologie und Waldforschung,
 3. eine Bedienstete oder ein Bediensteter eines Regierungspräsidiums, die oder der für das Enteignungswesen zuständig ist,
 4. ein Mitglied des Landesforstausschusses und
 5. ein Mitglied des Landesverbandes Hessen des Hauptverbandes landwirtschaftlicher Buchstellen und Sachverständigen.

(5) Zu den Sitzungen des Bestellungsbeirates lädt die Bestellungsbehörde ein. Der Bestellungsbeirat tritt in der Regel einmal jährlich zusammen.

(6) Die Mitglieder des Bestellungsbeirates haben, auch nach Beendigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit, über die ihnen dabei bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

§ 3

Antragsprüfungsverfahren

(1) Das Probegutachten muß sich auf die Fachgebiete beziehen, für die die Bestellung beantragt wird. Umfang und Thematik werden im voraus von der Bestellungsbehörde festgelegt. Falls die Antragstellerin oder der Antragsteller bereits Gutachten erstellt hat, kann aus diesen ein Gutachten als Probegutachten anerkannt werden.

(2) Die Beurteilung des Probegutachtens erfolgt durch den Bestellungsbeirat. Bei bestandenem Probegutachten lädt der Bestellungsbeirat bei Erstanträgen die Antragstellerin oder den Antragsteller zum Fachgespräch ein.

(3) Das Fachgespräch wird von dem vorsitzenden Mitglied des Bestellungsbeirates geleitet und soll zwischen 30 und 60 Minuten dauern. Dabei werden insbesondere die für das beantragte Fachgebiet oder die beantragten Fachgebiete erforderlichen Kenntnisse und Tätigkeitsmerkmale geprüft. Der Bestellungsbeirat bewertet das Fachgespräch und gibt gegenüber der Bestellungsbehörde eine Empfehlung zur Bestellung mit Begründung ab.

(4) Der Bestellungsbeirat ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt das Gutachten beziehungsweise das Fachgespräch als nicht bestanden, und es ergeht eine ablehnende Empfehlung. Über das Ergebnis der Beratungen des Bestellungsbeirates ist eine Niederschrift zu fertigen.

(5) Die dem Bestellungsbeirat angehörenden Bediensteten der Bestellungsbehörde sind von der Entscheidung der Bestellungsbehörde über den Antrag auf Bestellung ausgeschlossen.

§ 4

Bestellung

(1) Die Sachverständigen erhalten eine Bestellsurkunde, in der das Fachgebiet oder die Fachgebiete, für die die Bestellung erfolgt, aufgeführt sind. Die möglichen Fachgebiete sind in der Anlage aufgeführt.

(2) Die Bestellungsbehörde händigt neben der Bestellsurkunde einen Ausweis, das kleine Landessiegel als Farbdruckstempel, die Sachverständigenordnung sowie einen Auszug aus der ZPO (§§ 373 bis 414 und 478 bis 484) aus. Ausweis und Siegel bleiben Eigentum der Bestellungsbehörde.

(3) Über die öffentliche Bestellung und Vereidigung sowie die Aushändigung der in Abs. 2 genannten Gegenstände ist eine Niederschrift zu fertigen, die die Sachverständigen unterzeichnen. Sie erhalten eine Abschrift der Niederschrift.

(4) Die Bestellungsbehörde veröffentlicht regelmäßig eine Liste der Sachverständigen unter Angabe der Adresse und der Fachgebiete.

§ 5

Aufheben bestehender Vorschriften, Inkrafttreten

Die Verwaltungsvorschriften vom 20. Dezember 1984 (StAnz. 1985 S. 111) sind im Zuge der Erlaßvereinbarung mit Ablauf des Jahres 1994 außer Kraft getreten.

Die Verwaltungsvorschriften treten am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, 23. Januar 1997

**Der Hessische Minister des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz**
IV/LFN A 5 - 80 f 04 - 9221/96
- Gült.-Verz. 80 -
StAnz. 6/1997 S. 486

Anlage zu § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verwaltungsvorschriften zur Verordnung über die öffentliche Bestellung von Sachverständigen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus

Die Bestellung der Sachverständigen erfolgt für eines oder mehrere der folgenden Fachgebiete:

1 Landwirtschaft

- 1.1 Betrieb/Unternehmen
 - 1.1.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in landwirtschaftlichen Betrieben (schließt in der Regel Nr. 1, 1.2, 1.1.3 und 1.1.4 ein)
 - 1.1.2 Bewertung von Einzelgrundstücken
 - 1.1.3 Bewertung von Aufwuchs und Aufwuchsschäden
 - 1.1.4 Bewertung von lebendem und totem Inventar
 - 1.1.5 Wasserwirtschaft und Melioration
 - 1.1.6 Landwirtschaftliches Rechnungswesen
 - 1.1.7 Landwirtschaftliches Versicherungswesen
 - 1.1.8 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben
 - 1.1.9 Bewertung von wirtschaftlichen Einschränkungen durch Nutzungsbeschränkungen
 - 1.1.10 Nebenbetriebe (Brennerei, Kiesabbau, Torfgewinnung u. a.)
 - 1.1.11 Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- 1.2 Acker- und Pflanzenbau
 - 1.2.1 Bodenkunde
 - 1.2.2 Ackerbau
 - 1.2.3 Grünlandwirtschaft
 - 1.2.4 Saatgut/Pflanzgut
 - 1.2.5 Pflanzenschutz
 - 1.2.6 Beregnung
 - 1.2.7 Landwirtschaftliche Sonderkulturen (Hopfen, Tabak u. a.)
- 1.3 Tierzucht und Tierhaltung (einschließlich Fütterung) von
 - 1.3.1 Pferden
 - 1.3.2 Rindern
 - 1.3.3 Schweinen
 - 1.3.4 Schafen
 - 1.3.5 Geflügel
 - 1.3.6 Bienen
 - 1.3.7 Pelztieren
 - 1.3.8 Landwirtschaftliche Wildhaltung (Damwild, Schwarzwild u. a.)
- 1.4 Technik in der Landwirtschaft
 - 1.4.1 Bewertung und Schadensfeststellung bei Maschinen und Geräten
 - 1.4.2 Technik in der Außenwirtschaft
 - 1.4.3 Technik in der Innenwirtschaft
 - 1.4.4 Klimatechnik, Energiefragen
- 1.5 Gebäude und bauliche Anlagen in der Landwirtschaft
 - 1.5.1 Bewertung und Schadensfeststellung bei Gebäuden und baulichen Anlagen
 - 1.5.2 Technische Einrichtungen baulicher Art
 - 1.5.3 Außenanlagen
- 1.6 Sonstige landwirtschaftliche Bewertungsfragen

2

- 2.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in Gartenbaubetrieben
- 2.2 Spezialbereiche des Erwerbsgartenbaues
 - 2.2.1 Gemüsebau
 - 2.2.2 Obstbau
 - 2.2.3 Zierpflanzenbau (einschließlich Stauden)
 - 2.2.4 Baumschulen
 - 2.2.5 Friedhofsgärtnereien
 - 2.2.6 Saatzucht- und Jungpflanzenbetriebe
 - 2.2.7 Pilzanbau
 - 2.2.8 Haus- und Kleingärten, Selbstversorgungsgartenbau
 - 2.2.9 ökologisch wirtschaftende Gartenbaubetriebe
 - 2.2.10 Bewertung von wirtschaftlichen Einschränkungen durch Nutzungsbeschränkungen
- 2.3 Technik und Gebäude im Gartenbau
 - 2.3.1 Gewächshäuser, Heizungsanlagen und Inneneinrichtungen
 - 2.3.2 Gebäude und bauliche Anlagen
 - 2.3.3 Maschinen und Betriebsvorrichtungen
- 2.4 Garten- und Landschaftsbau
 - 2.4.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen bei Grundstücken
 - 2.4.2 Bau- und Pflegeleistungen
 - 2.4.3 Sportplatzbau (Freiflächen)
 - 2.4.4 Gehölze, Schutz- und Gestaltungsgrün, Gehölzwertermittlung
 - 2.4.5 Rasen
 - 2.4.6 Dachbegrünungen/Fassadenbegrünungen
 - 2.4.7 Baumsanierung
 - 2.4.8 Pilzkrankungen an Straßen- und Parkbäumen
 - 2.4.9 Statik und Verkehrssicherheit von Bäumen
- 2.5 Pflanzenernährung und Pflanzenschutz im Gartenbau
 - 2.5.1 Düngung und Düngemittel
 - 2.5.2 Qualität von Erden und Substraten
 - 2.5.3 Pflanzenschutz
- 2.6 Vermarktung gartenbaulicher Erzeugnisse
 - 2.6.1 Qualitätsfragen und Qualitätseinstufung (einschließlich Sortierung)
 - 2.6.2 Lagerung
 - 2.7 Sonstige gartenbauliche Bewertungsfragen
- 3 Forstwirtschaft**
 - 3.1 Betrieb/Unternehmen
 - 3.1.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in Forstbetrieben (schließt in der Regel Nr. 3.1.2 und 3.1.3 ein)
 - 3.1.2 Bestand- und Bodenbewertung
 - 3.1.3 Forsteinrichtungen
 - 3.1.4 Nebenbetriebe (Sägewerke u. a.)
 - 3.2 Spezialgebiete
 - 3.2.1 Forstschutz und Schädlingsbekämpfung
 - 3.2.2 Forstbaumschulen
 - 3.2.3 Forsttechnik (Maschinen, Geräte)
 - 3.2.4 Jagdwesen
 - 3.3 Sonstige forstliche Bewertungsfragen

4 Weinbau

- 4.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in Weinbaubetrieben
- 4.2 Spezialgebiete
 - 4.2.1 Außenwirtschaft (Pflanzgut, Pflanzenschutz, bauliche und technische Anlagen u. a.)
 - 4.2.2 Kellerwirtschaft (Technik, bauliche Anlagen, Betriebsvorrichtungen u. a.)
 - 4.2.3 ökologisch wirtschaftende Weinbaubetriebe
 - 4.2.4 Bewertung von wirtschaftlichen Einschränkungen durch Nutzungsbeschränkungen
- 4.3 Sonstige weinbauliche Bewertungsfragen

5 Fischerei

- 5.1 Bewertungs- und Entschädigungsfragen in Fischereibetrieben
- 5.2 Spezialgebiete

- 5.2.1 See- und Flußfischerei
- 5.2.2 Teichwirtschaft
- 5.2.3 Technische Aquakulturanlagen
- 5.2.4 Kleine Hochsee- und Küstenfischerei
- 5.2.5 Fischkrankheiten und Gewässer
- 5.3 Sonstige fischereiwirtschaftliche Bewertungsfragen
- 6 **Umweltschutz in Land- und Forstwirtschaft einschließlich Garten- und Weinbau**
- 6.1 Emissionen und Immissionen (Siedlungsabfälle, Klärschlamm/Biokompost, Abwässer, Staub, Geruch, Lärm, Umweltverträglichkeit u. a.)
- 6.2 Natur- und Landschaftsschutz, Gewässerschutz
- 6.3 Bodenschutz
- 6.4 Agrikulturchemikalien
- 6.5 Sonstige Bewertungsfragen des Umweltschutzes

134

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (VermLGVvV)

Die als Anlage abgedruckte o. g. Verwaltungsvorschrift vom 20. November 1996 (GMBL S. 876) gebe ich mit der Bitte um Beachtung bekannt.

Die Regelung ist am 1. Januar 1997 in Kraft getreten; gleichzeitig ist die mit meinem Rundschreiben vom 18. Februar 1976 (StAnz. S. 426) bekanntgegebene Regelung vom 14. November 1975 außer Kraft getreten.

Wiesbaden, 28. Januar 1997

**Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz**
I B 21 - P 1549 A - 1

StAnz. 6/1997 S. 488

Anlage

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (VermLGVvV) vom 20. November 1996

Nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in der Fassung des Artikels VI Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173) wird folgende allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1. Zu § 1

1.1 Begriff der vermögenswirksamen Leistungen

1.10 Vermögenswirksame Leistungen sind Geldleistungen, die der Dienstherr für den Beamten, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (Berechtigte) anlegt. Der Berechtigte kann auch bestimmen, daß die vermögenswirksamen Leistungen in den Fällen der Nummern 1.21.1 und 1.21.4 bis 1.21.7 angelegt werden zugunsten

- a) seines Ehegatten (§ 26 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes),
- b) der in § 32 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Kinder, die zu Beginn des maßgebenden Kalenderjahres das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten oder die in diesem Kalenderjahr lebend geboren wurden,
- c) der Eltern oder eines Elternteils des Berechtigten, wenn der Berechtigte als Kind die Voraussetzungen nach Buchstabe b) erfüllt.

1.11 Die vermögenswirksamen Leistungen sind steuerpflichtige Einnahmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und im Falle der Nachversicherung Arbeitsentgelt im Sinne der Sozialversicherung.

1.2 Anlageformen

1.20 Das Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit (VermLG) gewährt vermögenswirksame Leistungen nur zur Anlage nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz (5. VermBG).

1.21 Folgende Anlageformen des 5. VermBG kommen in Betracht (§ 2 des 5. VermBG):

1.21.1 Sparbeiträge auf Grund eines Sparvertrags über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und § 4 des 5. VermBG) mit einem Kreditinstitut (Bank, Sparkasse oder Investmentgesellschaft).

1.21.2 Aufwendungen auf Grund eines Wertpapier-Kaufvertrags mit dem Dienstherrn (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 5 des 5. VermBG).

1.21.3 Aufwendungen auf Grund eines Beteiligungs-Vertrags (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 und § 6 Abs. 2 Nr. 2 des 5. VermBG) mit einer Genossenschaft, die ein Kreditinstitut (Genossenschaftsbank), Volksbank, Raiffeisenbank) oder eine seit mindestens drei Jahren bestehende Bau- oder Wohnungsgenossenschaft ist, über die Begründung eines Geschäftsguthabens.

1.21.4 Aufwendungen nach den Vorschriften des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 des 5. VermBG). Das sind:

- a) Beiträge auf Grund von Bausparverträgen,
- b) Beiträge auf Grund von Wohnbau-Sparverträgen,
- c) Beiträge auf Grund von Kapitalansammlungsverträgen mit einem Wohnungs- und Siedlungsunternehmen oder einem Organ der staatlichen Wohnungspolitik,
- d) Erster Erwerb von Anteilen an einer seit mindestens drei Jahren bestehenden Bau- oder Wohnungsgenossenschaft (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 und § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe g des 5. VermBG).

1.21.5 Aufwendungen, die unmittelbar verwendet werden (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 des 5. VermBG):

- a) zum Bau, zum Erwerb, zum Ausbau, zur baulichen Modernisierung oder zur Erweiterung eines im Inland belegenen Wohngebäudes oder einer im Inland belegenen Eigentumswohnung,
- b) zum Erwerb eines Dauerwohnrechts im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes an einer im Inland belegenen Wohnung,
- c) zum Erwerb eines im Inland belegenen Grundstücks zum Zwecke des Wohnungsbaus,
- d) zur Erfüllung von Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit den unter Buchstaben a) bis c) bezeichneten Vorhaben eingegangen worden sind.

1.21.6 Sparbeiträge auf Grund eines Sparvertrags (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 und § 8 des 5. VermBG) mit einem Kreditinstitut (Bank oder Sparkasse).

1.21.7 Beiträge auf Grund eines Kapitalversicherungsvertrags auf den Erlebens- und Todesfall (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 und § 9 des 5. VermBG) mit einem Versicherungsunternehmen.

1.21.8 Aufwendungen des Berechtigten, der nach § 18 Abs. 2 oder 3 des 5. VermBG die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf den 31. Dezember 1994 gekündigt hat, zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft, die nach dem 31. Dezember 1994 fortbestehen oder entstehen (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 des 5. VermBG).

1.3 Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen

1.30 Für den Anspruch genügt es, daß dem Berechtigten Dienstbezüge, Anwärterbezüge oder Ausbildungsgeld nach § 30 Abs. 2 des Soldatengesetzes im jeweiligen Kalendermonat mindestens für einen Tag zustehen. § 1 Abs. 2 Satz 2 VermLG bleibt unberührt.

1.31 Der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen entsteht frühestens für den Kalendermonat, in dem die Mitteilung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes bei der nach Organisationsvorschriften des Dienstherrn oder bei der von der Landesregierung bestimmten Stelle eingegangen ist, sowie für die beiden vorangegangenen Kalendermonate desselben Kalenderjahres, wenn für diese Monate die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Mängel in der schriftlichen Mitteilung beeinträchtigen die Entstehung des Anspruchs nicht.

1.32 Der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen ist nicht übertragbar und damit auch nicht pfändbar und nicht verpfändbar. Dies gilt auch für Teile der Bezüge, die der Dienstherr bis zum Betrag von 936 Deutsche Mark jährlich nach § 11 des 5. VermBG anzulegen hat.

1.4 Forderungsübergang

Im Falle des § 87 a des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechender landesrechtlicher Vorschriften geht der gesetzliche Schadensersatzanspruch auch insoweit auf den

Dienstherrn über, als dieser während der Dienstunfähigkeit zur Gewährung vermögenswirksamer Leistungen verpflichtet ist. Die Leistungen sind hierbei anteilig zu berücksichtigen, mit dem monatlichen Betrag also nur, wenn sich die Dienstunfähigkeit über den vollen Monat erstreckt.

- 2.2 *Kennzeichnung und Überweisung der vermögenswirksamen Leistungen*
- 2.20 Die Dienststelle hat die vermögenswirksamen Leistungen grundsätzlich unmittelbar an das Unternehmen oder Institut zu überweisen, bei dem sie angelegt werden sollen. Sie hat dabei gegenüber dem Unternehmen oder Institut die vermögenswirksamen Leistungen zu kennzeichnen.
- 2.21 Die vermögenswirksamen Leistungen, die nach Nummer 1.21.5 angelegt werden sollen, sind entweder an den Gläubiger oder auf Verlangen des Berechtigten an diesen zu überweisen, wenn der Berechtigte eine schriftliche Bestätigung seines Gläubigers vorgelegt hat, daß die Anlage bei ihm die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Nr. 5 des 5. VermBG erfüllt. Die Dienststelle hat die Richtigkeit der Bestätigung nicht zu prüfen.
- 2.22 Die Dienststelle hat die Überweisung der vermögenswirksamen Leistungen für die vom Berechtigten gewählte Anlageform einzustellen, wenn dessen Anlagevertrag beendet ist oder in den Fällen der Nummern 1.21.5 oder 1.21.8 Zahlungen des Berechtigten an den Gläubiger nicht mehr

2. Zu § 2

2.1 Fälligkeit der vermögenswirksamen Leistungen

2.10 Die vermögenswirksamen Leistungen sind auch dann monatlich zu zahlen, wenn im Anlagevertrag einmalige oder jährlich einmalige Anlage vereinbart ist.

2.11 Die Frist für die Fälligkeit der erstmaligen Zahlung beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem die Mitteilung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes bei der nach Organisationsvorschriften des Dienstherrn oder bei der von der Landesregierung bestimmten Stelle eingegangen ist. Muß die Mitteilung durch weitere Angaben vervollständigt werden, beginnt die Frist mit dem Eingang dieser Angaben; die Fälligkeit wird entsprechend hinausgeschoben.

Antrag/Änderungsantrag auf vermögenswirksame Anlage von Teilen der Bezüge und zugleich Mitteilung für die Gewährung/Weitergewährung der vermögenswirksamen Leistung des Dienstherrn		
1. Beginn und Höhe der vermögenswirksamen Anlage nach § 2 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes - auch bei Betragsänderungen - (Betrag ggf. einschließlich vermögenswirksamer Leistungen des Arbeitgebers angeben)		
monatlich gleichbleibend <input type="checkbox"/> DM erstmals von den Bezügen für den Monat	- jährlich - vierteljährlich - <input type="checkbox"/> DM erstmals von den Bezügen für den Monat	einmalig <input type="checkbox"/> DM erstmals von den Bezügen für den Monat
2. Unternehmen/Institut, bei dem die vermögenswirksame Anlage erfolgen soll (auch bei Änderung von Bankleitzahl, Konto-Nummer oder Vertrags-Nummer ausfüllen)		
Kapitalanlagegesellschaft Bausparkasse Bau-/Wohnungsgenossenschaft Wohnungs-/Siedlungsunternehmen u.ä. Versicherungsunternehmen	Bezeichnung	
	Vertrags-Nummer	
	Bezeichnung der Bankverbindung des Anlageunternehmens/-instituts	
	Bankleitzahl	Konto-Nummer
Kreditinstitut	Bezeichnung	
	Bankleitzahl	Konto-Nummer
3. Überweisung der vermögenswirksamen Anlage auf das Gehaltskonto bei Aufwendung zum Wohnungsbau oder zur Entschuldung von Wohneigentum nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 in Verbindung mit § 3 Abs. 3 des 5. VermBG (schriftliche Bestätigung des Gläubigers vorlegen)		
<input type="checkbox"/>		

zu leisten sind. Der Berechtigte hat in den Fällen der Nummern 1.21.5 und 1.21.8 die Beendigung seiner Verpflichtung zu Zahlungen an den Gläubiger seiner Dienststelle unverzüglich mitzuteilen.

3. Zu § 3

3.1 *Zusammentreffen mehrerer Ansprüche*

3.1.0 Ansprüche auf vermögenswirksame Leistungen können zusammentreffen bei Bestehen mehrerer Rechtsverhältnisse (Dienstverhältnis, Arbeitsverhältnis) nebeneinander oder bei Übertritt aus einem Rechtsverhältnis in ein anderes während des laufenden Monats.

3.1.1 Die Vorschrift gilt auch beim Zusammentreffen von Ansprüchen nach dem Gesetz mit Ansprüchen aus einem Arbeitsverhältnis außerhalb des öffentlichen Dienstes.

3.2 *Fortbestand arbeitsrechtlicher Regelungen*

Arbeitsrechtliche Regelungen bleiben unberührt. Sieht ein Tarifvertrag, eine Betriebsvereinbarung oder ein Einzelarbeitsvertrag vor, daß bei mehreren Ansprüchen im jeweiligen Monat der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen in jedem Fall erlischt, verbleibt es bei dem Anspruch nach dem Gesetz, auch wenn das Dienstverhältnis bei einem der in § 1 Abs. 1 des Gesetzes genannten Dienstherrn später begründet worden ist.

4. Zu § 4

4.1 Die Mitteilung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes und eine Kopie des Anlagevertrages sind bei der nach Organisationsvorschriften des Dienstherrn oder bei der von der Landesregierung bestimmten Stelle einzureichen. Für die Mitteilung soll ein Formblatt entsprechend dem anliegenden Muster oder dem von den Ländern vorgeschriebenen Muster verwendet werden.

4.2 Können die vermögenswirksamen Leistungen für die bisherige Anlageform nicht mehr überwiesen werden, so sind sie für eine vom Berechtigten gewählte neue Anlageform zu überweisen, wenn die entsprechende neue Mitteilung nach § 1 Abs. 3, § 4 des Gesetzes bei der nach Organisationsvorschriften des Dienstherrn oder bei der von der Landesregierung bestimmten Stelle eingegangen ist. Damit die vermögenswirksamen Leistungen ohne Unterbrechung für ihn angelegt werden können, soll der Berechtigte diese Mitteilung mindestens drei Monate vor dem Monat vorlegen, in dem die Überweisung für die bisherige Anlageform nicht mehr möglich ist.

5. *Schlußvorschriften*

Die allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Ersten des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft. Gleichzeitig tritt die allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit vom 14. November 1975 (GMBL S. 794) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, 20. November 1996

D II 2 - 221 680/14

Der Bundesminister des Innern

Kanther

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Norbert Blüm

135

Verleihung der Bezeichnung „Bad“ gemäß § 13 Abs. 2 HGO an die Stadt Arolsen, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Gemäß § 13 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1993 (GVBl. 1992 I S. 534) habe ich der Stadt Arolsen mit Wirkung vom 22. Januar 1997 die Bezeichnung „Bad“ verliehen.

Wiesbaden, 23. Januar 1997

Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz

IV A 11 - 3 k 08/03 - 11/96

StAnz. 6/1997 S. 490

136

Termine und Orte für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zum Natur- und Landschaftspfleger/zur Natur- und Landschaftspflegerin

Auf Grund des § 8 der Prüfungsordnung für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Natur- und Landschaftspflegerin und zum Natur- und Landschaftspfleger vom 21. April 1993 (StAnz. S. 1302) werden im Benehmen mit dem Prüfungsausschuß für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Natur- und Landschaftspflegerin und zum Natur- und Landschaftspfleger folgende Prüfungsorte und -termine bekanntgegeben:

1. Praktische Prüfung im Prüfungsteil III am 20. Februar 1997
Ort: Versuchs- und Lehrbetrieb für Waldarbeit und Forsttechnik, Außerhalb Wildbahn 2, 68623 Lampertheim
2. Schriftliche Prüfung in den Prüfungsteilen I, II und IV am 2., 3. und 4. Juni 1997
Ort: Hessische Landwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Eichhof, 36251 Bad Hersfeld
3. Mündliche Prüfung in den Prüfungsteilen I, II, III und IV am 24. Juni 1997
Ort: Hessische Landwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Eichhof, 36251 Bad Hersfeld.

Kassel, 15. Januar 1997

Hessisches Landesamt
für Regionalentwicklung
und Landwirtschaft
21.3 — 84 j — 06 — 01
Tgb.-Nr. 187/97
gez. Prof. Dr. Vogtmann
Präsident

StAnz. 6/1997 S. 490

137

Verwaltungs- und wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung

Die Gesamthochschule Universität Kassel und die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden führen im März/April 1997 in Kassel folgende Kompaktseminare für gehobene und leitende Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung (insbesondere allgemeine Verwaltung) durch:

1. Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (Termin: 4. März 1997)
2. Kooperationsformen in der Verwaltung und Personalentwicklung (Termin: 11. März 1997)
3. Modernes Informationsmanagement (Termin: 22. April 1997)
4. Unternehmensmanagement und Verwaltungsmanagement (Termin: 29. April 1997)

Jedes Seminar dauert vier Lehrstunden und kann einzeln belegt werden. Es können jeweils höchstens 20 Teilnehmer zugelassen werden, die Zulassung erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung.

Lehrgangsort: Verwaltungsfachhochschule, Sternbergstraße 29, 34121 Kassel.

Entgelt für die Teilnahme: 80 DM je Seminar, zahlbar nach Bestätigung der Anmeldung.

Anmeldungen werden ab sofort entgegengenommen von der Universität Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung, Postfach 3 41 09, Kassel, Tel.: (05 61) 8 04-22 72, Fax (05 61) 8 04-35 28.

Wiesbaden, 28. Januar 1997

Der Rektor der
Verwaltungsfachhochschule
in Wiesbaden
2.12.9 Kli

StAnz. 6/1997 S. 490

138

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

Zulassung zur Steuerberaterprüfung 1997 sowie zur Eignungsprüfung im Sinne des § 36 Abs. 3 des Steuerberatungsgesetzes

Der schriftliche Teil der Steuerberaterprüfung 1997 und der Eignungsprüfung findet voraussichtlich am 7., 8. und 9. Oktober 1997 statt. Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Steuerberaterprüfung sowie zur Eignungsprüfung ergeben sich aus den §§ 36, 37 und 37 b des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735, BStBl. I S. 1082), zuletzt geändert durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959).

Die Zulassung zur Steuerberaterprüfung oder zur Eignungsprüfung ist bei der zuständigen Landesfinanzbehörde zu beantragen. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Ort, an dem der Bewerber im Zeitpunkt der Antragstellung hauptberuflich tätig ist oder in Ermangelung einer hauptberuflichen Tätigkeit seinen Wohnsitz hat. Bei mehrfachem Wohnsitz ist der Wohnsitz maßge-

bend, an dem sich der Bewerber vorwiegend aufhält. Befindet sich der Ort der hauptberuflichen Tätigkeit oder der statt dessen maßgebliche Wohnsitz nicht im Geltungsbereich des Gesetzes, so ist Hessen für Bewerber aus Spanien und Portugal zuständig (§ 37 c Abs. 2 Nr. 3 des Steuerberatungsgesetzes).

Bewerber, die ihre Zulassung in Hessen beantragen müssen, werden gebeten, den Antrag bis spätestens 30. April 1997 an das Hessische Ministerium der Finanzen in 65021 Wiesbaden, Postfach 31 80, zu richten. Der Zulassungsantrag ist formbedürftig. Ich bitte, den Vordruck rechtzeitig schriftlich anzufordern.

Bei Teilzeitbeschäftigten muß sich aus dem Zeugnis die tatsächliche und die tarifliche oder betriebliche (allgemeine) Arbeitszeit (jeweils Wochenstundenzahl) ergeben.

Wiesbaden, 22. Januar 1997

Hessisches Ministerium der Finanzen
0853 A - 69 - II A 31
StAnz. 6/1997 S. 491

139

HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM

Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden St. Marien, Villmar-Langhecke, und St. Josef, Villmar-Aumenau

Nach Zustimmung von Pfarrgemeinderat und Verwaltungsrat der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien, Villmar-Landhecke, und St. Josef, Villmar-Aumenau, und Anhörung des Priesterrates hat der Bischof von Limburg verordnet, was folgt:

§ 1

Die Häuser in der Leistenbachstraße 2, 4 und 6 sowie 3 bis 19 in Villmar-Langhecke werden von der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien, Villmar-Langhecke, abgetrennt und der Katholischen Kirchengemeinde St. Josef, Villmar-Aumenau, zugeordnet.

§ 2

Die katholischen Bewohner der Leistenbachstraße 2, 4 und 6 sowie 3 bis 19 in Villmar-Langhecke scheiden aus der Pfarrei St. Marien in Villmar-Langhecke aus und werden der Kirchengemeinde St. Josef in Villmar-Aumenau zugewiesen.

§ 3

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. März 1997.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 22. Januar 1997

Hessisches Kultusministerium
I B 1.1 - 883/02 - 265
StAnz. 6/1997 S. 491

140

Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden Hl. Dreifaltigkeit, Weilmünster, und St. Marien, Villmar-Langhecke

Nach Zustimmung von Pfarrgemeinderat und Verwaltungsrat der Katholischen Kirchengemeinde Hl. Dreifaltigkeit, Weilmünster, und St. Marien, Villmar-Langhecke, und Anhörung des Priesterrates hat der Bischof von Limburg verordnet, was folgt:

§ 1

Die Siedlerhöfe „Hof Waldeck“ und „Rolzhäuser Hof“, Weilmünster-Wolfenhausen, werden von der Katholischen Kirchengemeinde Hl. Dreifaltigkeit, Weilmünster, abgetrennt und der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien, Villmar-Langhecke, zugeordnet.

§ 2

Die katholischen Bewohner der Siedlerhöfe „Hof Waldeck“ und „Rolzhäuser Hof“ in Weilmünster-Wolfenhausen scheiden aus der Pfarrei Hl. Dreifaltigkeit, Weilmünster, aus und werden der Pfarrei St. Marien in Villmar-Langhecke zugewiesen.

§ 3

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. März 1997.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 22. Januar 1997

Hessisches Kultusministerium
I B 1.1 - 883/02 - 265
StAnz. 6/1997 S. 491

141

Umpfarrung zwischen den Katholischen Kirchengemeinden St. Peter und Paul, Villmar, und St. Josef, Villmar-Aumenau

Nach Zustimmung von Pfarrgemeinderat und Verwaltungsrat der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul, Villmar, und St. Josef, Villmar-Aumenau, und Anhörung des Priesterrates hat der Bischof von Limburg verordnet, was folgt:

§ 1

Das Haus in der Leistenbachstraße 1 (Bahnhof Aumenau) in Villmar wird von der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul, Villmar, abgetrennt und der Katholischen Kirchengemeinde St. Josef, Villmar-Aumenau, zugeordnet.

§ 2

Die katholischen Bewohner der Leistenbachstraße 1 (Bahnhof Aumenau) in Villmar scheiden aus der Pfarrei St. Peter und Paul in Villmar aus und werden der Pfarrei St. Josef in Villmar-Aumenau zugewiesen.

§ 3

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. März 1997.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 22. Januar 1997

Hessisches Kultusministerium
I B 1.1 - 883/02 - 265
StAnz. 6/1997 S. 491

142

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Vorläufige Prüfungsordnung des Fachbereichs Angewandte Informatik und Mathematik der Fachhochschule Fulda für den Weiterbildungsstudiengang Netzwerkadministration vom 10. Mai 1995 und 17. Juli 1996;

hier: Änderung vom 11. Dezember 1996

Bezug: Veröffentlichung vom 5. August 1996 (StAnz. S. 3378)

Nach § 21 Abs. 1 Nr. 6 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294), geändert durch Gesetz vom 29. Dezember 1995 (GVBl. I S. 559), genehmige ich hiermit die vom Fachbereichsrat des Fachbereichs Angewandte Informatik und Mathematik am 11. Dezember 1996 beschlossene Änderung der o. a. Prüfungsordnung.

Wiesbaden, 20. Januar 1997

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
H II 1.1 - 486/376 (4) - 1
StAnz. 6/1997 S. 492

Artikel 1: Änderung

Die o. a. Prüfungsordnung wird wie folgt geändert:

1. In § 7 wird folgende Nr. 4 hinzugefügt:

„4. Eine Anrechnung von in anderen Studiengängen erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen erfolgt nach § 9 der Prüfungsordnung des Fachbereichs Angewandte Informatik und Mathematik der Fachhochschule Fulda für den Stu-

diengang Angewandte Informatik vom 10. Mai 1989 (ABl. S. 605)“

2. In § 11 wird folgende Nr. 3 hinzugefügt:

„3. Bei der Anmeldung zu den Prüfungen und bis zum Abschluß der Prüfungen muß die oder der Studierende an der Fachhochschule Fulda im Fachbereich Angewandte Informatik und Mathematik immatrikuliert sein. Über Ausnahmen entscheidet die Rektorin oder der Rektor im Einvernehmen mit dem Fachbereich.“

3. In § 13 Nr. 2 werden die folgenden Sätze 3 und 4 hinzugefügt:

„Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten im Prüfungsamt kann dieser Termin verändert werden. Alle in der Prüfungsordnung genannten Termine verschieben sich dann entsprechend.“

4. § 14 Nr. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die mündliche Abschlußprüfung findet frühestens vier Wochen nach Abgabe der Arbeit, entweder in den letzten zwei Lehrveranstaltungswochen oder in den ersten zwei Lehrveranstaltungswochen statt.“

5. In § 17 werden die Nr. 2 bis 4 gestrichen.

6. § 20 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Der Antrag auf Zulassung zum Studium ist bis zum 15. Juli des Jahres, für das verkürzte Studium bis zum 15. Januar des Jahres zu stellen (vgl. § 8).“

Artikel 2: Inkrafttreten

Diese Änderung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

143

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT

Zweite Fortschreibung des Rettungsdienstplanes nach § 3 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG);

hier: Erneutes Inkraftsetzen der ersten Fortschreibung

Bezug: Mein Erlaß vom 19. Januar 1995 (StAnz. S. 460)

Nach § 3 Abs. 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG) hat das für das Rettungswesen zuständige Ministerium den Rettungsdienstplan des Landes auf der Grundlage der Bereichspläne in Abständen von zwei Jahren fortzuschreiben. Nachdem die erste Fortschreibung zum 1. Januar 1995 erfolgte, stünde die nächste Fortschreibung zum 1. Januar 1997 an.

Da im Hinblick auf die offenen Gesetzgebungsinitiativen des Bundes und die unabhängig davon beabsichtigte Novellierung des HRDG ohnehin nur eine sachlich eng begrenzte Anpassung des geltenden Rettungsdienstplanes möglich und diese allein schon zeitlich kaum umsetzbar wäre, verzichte ich auf eine diesbezügliche Fortschreibung und setze den geltenden Rettungsdienstplan erneut für ein Jahr in Kraft. Dabei gehe ich davon aus, daß während dieser Zeit

1. parallel zur vorgesehenen Novellierung des HRDG in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Beteiligten ein darauf abgestimmter neuer Rettungsdienstplan entwickelt und mit dem Wirksamwerden der landesgesetzlichen Änderungen Bestand erhalten kann und

2. die nach dem fortbestehenden Rettungsdienstplan bereits bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere im Rahmen von anstehenden Rettungsmittel-Ersatzbeschaffungen zum Beispiel nach dem „Frankfurter Modell“ ausgeschöpft werden.

Unabhängig davon ist auf Grund der gegenwärtig noch nicht absehbaren landesrechtlichen Änderungen insbesondere zur künftigen Zuständigkeit für die notärztliche Versorgung im Rettungsdienst von Veränderungen auf diesem Sektor abzusehen, soweit hierzu nicht bereits konkrete Regelungen erfolgt sind.

Im übrigen stelle ich Ihnen im Rahmen Ihrer Organisationshoheit anheim, bezüglich der Fortschreibung der Bereichspläne nach § 9 Abs. 2 Satz 2 HRDG analog meiner Verfahrensweise vorzugehen. Gegebenenfalls bitte ich jedoch, bei eventuellen Änderungen der bestehenden Gesamtstruktur die jeweils Betroffenen verantwortlich zu beteiligen.

Wiesbaden, 16. Januar 1997

**Hessisches Ministerium für Umwelt,
Energie, Jugend, Familie
und Gesundheit**
M'in/VIII B 5 a - 18 c 12.15.02
— Gült.-Verz. 3500 —

StAnz. 6/1997 S. 492

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

beim Regierungspräsidium Kassel

ernannt:

zur **Baurätin/zum Baurat z. A. (BaP)** die Assessorin/der Assessor der Landespflege Helga Müller (11. 6. 96), Dietmar Ulbrich (24. 9. 96);

zu **Oberamtsrat Amtsrat (BaL)** Rolf Batte (14. 10. 96);

zu **Amtsärztinnen** die Amtsfrauen (BaL) Elfriede Kleinschmidt, Christa Oehler (beide 10. 10. 96);

zu **Inspektorinnen/Inspektoren (BaL)** die Inspektorinnen/Inspektoren z. A. (BaP) Udo Henkel, Ingo Schütte, Stefan Hable, Helga Buhle, Stephanie Limmeroth, Arno Wiegand (sämtlich 1. 10. 96);

zu **Inspektorinnen/Inspektoren** die Inspektorinnen/Inspektoren z. A. (BaP) Martin Merhof, Jörg Markert, Christoph Ewald, Petra Müller, Marcel Nieding, Katja Hunecke (sämtlich 1. 10. 96);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektor-Anwärterin (BaW) Ariane Lowag-Langstein (1. 10. 96);

zu **Inspektorinnen/zum Inspektor z. A. (BaP)** die Angestellten Sandra Fey, Anja Hinrichs, Lars Fröhlich (1. 11. 96);

zum **Assistenten (BaL)** Assistent z. A. (BaP) Wolfgang Tetzlaff (1. 7. 96);

zu **Inspektor-Anwärterinnen/zum Inspektor-Anwärter (BaW)** die Bewerberinnen/der Bewerber Nadine Tadge, Isabel Koke, Ralf Lengemann, Taiga Vetter, Anja Schäfer (sämtlich 1. 10. 96);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Inspektorin/die Inspektoren z. A. (BaP) Ernst Steppeler (1. 10. 96), Cornelia Teppe (10. 11. 96), Peter Böhm (30. 11. 96), Obersekretärin (BaP) Nicole Jähnert (24. 7. 96);

in den Ruhestand getreten:

Amtmann Eduard Schülbe (31. 7. 96);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

die Inspektorinnen/der Inspektor z. A. (BaP) Sabine Kranz (31. 5. 96), Frank Böcher (31. 7. 96), Stephanie König (15. 12. 96), Inspektor-Anwärter (BaW) Robert Lukesch (30. 9. 96).

Kassel, 3. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
2 — 7 o 16/03 — B

beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

ernannt:

zu **Polizeimeistern** die Polizeimeister z. A. (BaP) Michael Zey (6. 12. 96), Jens Kaiser (20. 12. 96);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die **Polizeiobermeister/-innen (BaP)** Cornelia Jordan (9. 12. 96), Achim Thome (10. 12. 96), Peter Rüdiger Berg (11. 12. 96), Holger Löber, Klaus Pörtner (beide 17. 12. 96), Verena Dörr, Mike Mochow (beide 20. 12. 96), Polizeikommissar Ralf Ramlow (20. 12. 96);

in den Ruhestand getreten:

die **Polizeihauptkommissare** Günter Bradtke, Udo Wegner (beide 31. 12. 96);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeioberkommissar Bernhard Gorber (31. 12. 96);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Kriminaldirektor Jens Petersen, Polizeiobermeister Flemming Schade (beide 31. 12. 96).

Frankfurt am Main, 24. Januar 1997

Polizeipräsidium Frankfurt am Main
V 33 — rt — 8 b

StAnz. 6/1997 S. 493

F. Im Bereich des Hessischen Kultusministeriums

beim Regierungspräsidium Gießen
im Gymnasialschuldienst

ernannt:

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ulrich Korff, Wetzlar (21. 8. 96), Monika Christiane Rox-Helmer, Wetzlar (27. 8. 96), Dr. Hans-Peter Theodor Kesselheim, Buseck, Matthias Grasse, Hadamar, Gerd Kremp, Herborm (sämtlich 29. 8. 96), Rainer Gorsemann, Lauterbach (2. 9. 96), Ralf Fei, Peter Kratz, Volker Weyandt, sämtlich Alsfeld (sämtlich 3. 9. 96), Susanne Grimm, Limburg, Petra Huscher, Weilburg (sämtlich 6. 9. 96), Hella Dipboye, Marburg (25. 9. 96), Martin Hoffeld, Dillenburg (11. 9. 96), Ulrike Hermfisse, Buseck (9. 10. 96), Marita Maria Wilhelmine Seng, Schotten (23. 10. 96), Kornelia Griebel-Klein, Weilburg (26. 11. 96), Sabine Klingelhöfer, Weilmünster (4. 12. 96);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Ulrich Grimm, Bad Camberg, Sigrid Günther, Grünberg, Elmar Kramm, Weilburg, Margit Christill, Ursula Raußen, beide Wetzlar (sämtlich 2. 9. 96), Petra Hofmann-Anders, Grünberg (19. 9. 96), Volker Hupke, Marburg (26. 9. 96), Almut Hosse, Marburg (27. 9. 96), Monika Hildegard Eller-Lüers, Wetter (1. 10. 96), Waltraut Montag, Gießen (2. 10. 96), Michael Seip, Hünfelden (1. 11. 96);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Peter Audretsch, Pia Becker, Helga Breuer, Anja Dorst, Martina Gerber, Kerstin Gerlach-Fischer, Gisela Golla, Claudia Hahn, Daniele Huhnold, Steffen Klieber, Christl Mahr, Kerstin Maye-Jackstadt, Peter Molzberger, Elke Patte, Dirk Poppendieker, Dr. Mechtild Soose, Claudia Stahl, Birthe Steiß, Annette Tegethoff, Dr. Ingo Tobehn, Petra Weitz, Steffen Wendland, Andrea Wernke, Martina Ziehen, sämtlich Studienseminar Gießen, Dirk Asmuth, Heike Bohsem, Gunda Ehlers, Dorothea Frenz, Corinna Fricke, Martin Groth, Sabine Groth-Heusinger, Dorothea Helm, Dr. Eva Jessen, Anja Kemper, Ursula König-Edel, Thomas Meisterknecht, Sabine Oestreich, Alexandra Otto, Rainer Priemer, Jürgen Reklies, Thomas Ritter, Ulrike Rosin, Peter Schreck, Steffen Seibert, Anette Spenner, Eva Staiger, Tanja Trappmann, Marco Vogel, Uwe Volz, Stephan Wannewitz, Ira Wiskemann, Anja Wißner, sämtlich Studienseminar Marburg (sämtlich 1. 11. 96);

versetzt:

vom Oberschulamt Stuttgart
der Studienrat (BaL) Dr. Ulrich Möbs, Hadamar (1. 8. 96);

in den Ruhestand versetzt:

der Studiendirektor Rainer Kritzler, Gießen (31. 7. 96), die Oberstudienräte/in Paul-Adolf Schneider, Marburg (31. 7. 96), Karl-Erich Weber, Alsfeld (31. 8. 96), Dietlind Köhncke, Wetzlar (30. 9. 96), der Studienrat Dieter Marcinkowski, Laubach (30. 11. 96);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

der/die Studienreferendar/in Clemens Beöthy, Marburg (30. 9. 96), Dr. Ute Kauer, Marburg (31. 10. 96);

an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP), Michael Bender, Limburg (15. 7. 96), Wolfgang Bruno Brandner, Kirchhain (29. 8. 96), Heike Ursula Jutta Walinski, Gießen (2. 9. 96), Melf Boyens, Alsfeld (3. 9. 96), Bernd Stender, Weilburg (6. 9. 96), Achim Schmacks, Alsfeld (1. 10. 96), Hans-Peter Adams, Wetzlar (1. 11. 96), Petra Schneider-Staiger, Limburg (8. 11. 96), Peter Hinrichs (9. 12. 96), Simone Kretz, sämtlich Biedenkopf (16. 12. 96);

zur **Studienrätin (BaP)** die Studienrätin z. A. Anette Heidrun Mattauch, Gießen (29. 8. 96);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Jürgen Skiba, Wetzlar (18. 6. 96), Friedhelm Schlöffel, Alsfeld, Astrid Eibelshäuser, Gießen, Anke Weberle, Andrea Geyer, sämtlich Wetzlar (sämtlich 1. 8. 96), Gudrun Kruschewski, Dieter Wittke, sämtlich Gießen (sämtlich 2. 9. 96);

zu/zur **Fachlehrern/in für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Marian-

ne Diehl, Weilburg (17. 7. 96), Daniel Rück-Hofmann, Achim Weber, sämtlich Dillenburg (sämtlich 11. 9. 96);

zum/zur Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) der/die Fachlehreranwärter/in (BaW) Helmi Herbst, Alsfeld, Ulrich Rink, Dillenburg (sämtlich 1. 8. 96);

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Thomas Oliver Beier, Claudia Christ, Marc Dechring, Lieselotte Drabant, Carsten Erbes, Simone Geist, Almut Hahn, Markus Helmut Höck, Andreas Krämer, Anita Kuhl, Monika Lehr-Ebertz, Jörg Karl Leister, Jörg Olaf Menn, Till Georg Mühlhaus, Frauke Christina Palm, Jörn Raimund Pirker, Peter Rohleder, Andrea Hannelore Stremme, sämtlich Studienseminar in Gießen (sämtlich 1. 11. 96);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienräte/innen Steffen Watz, Weilburg (31. 7. 96), Dietrich Hiltner, Alsfeld (31. 8. 96), Hans-Siegfried Wallbott, Gießen (1. 11. 96), Roland Hummer, Dillenburg, Sigrid Kirdorf, Wetzlar (sämtlich 31. 12. 96), die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer Klaus Dieter Nürnberg, Dillenburg, Mathilde Saal-Querfurth, Weilburg (sämtlich 31. 7. 96);

an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zur Sonderschullehrerin die Sonderschulrektorin einer Schule für Lernbehinderte mit bis zu 100 Schülern (BaL) Ingrid Helga Annerose Vogt, Gladenbach (1. 8. 96);

zur Lehrerin die Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Kristine Tetzner, Gießen (1. 8. 96);

zu Lehrern/innen (BaL) die Lehrer/innen z. A. (BaP) Udine Gartenbach, Lollar (18. 3. 96), Roland Germonprez, Marburg (14. 6. 96), Heidi Schnieder, Biedenkopf (20. 6. 96), Christina Reile-Link, Wetzlar (27. 6. 96), Christine Müller-Wunsch, Gießen (17. 7. 96), Ellen Rudolph, Homberg (26. 7. 96), Ursula Müller, Gießen (1. 8. 96), Anja Reeh, Waldbrunn (6. 8. 96), Marlis Zielke, Limburg (7. 8. 96), Hans Ulrich Nikolaus Rosenbaum, Gießen (12. 8. 96), Susanne Michl, Gießen (13. 8. 96), Simona Zorn, Bad Endbach, Kathrin Henkel, Haiger, Susanne Dickhaut, Lauterbach, Tanja Liskan, Mengerskirchen, Barbara Durstewitz, Mücke, Dietmar Binger, Weimar (sämtlich 21. 8. 96), Heike Stuhne, Bad Camberg (26. 8. 96), Lucie Süßmann, Marburg (4. 9. 96), Christoph Lüttich, Biedenkopf (5. 9. 96), Andrea Lehmann, Solms (10. 9. 96), Thomas Falk, Freiensteinau (11. 9. 96), Jutta Richter, Dillenburg (12. 9. 96), Silke Kirsten, Dillenburg (21. 9. 96), Heike Theis, Antrifttal (23. 9. 96), Karin Metzendorf, Schlitz (25. 9. 96), Stefan Willi Groll, Neustadt (3. 10. 96), Sabine Krüger, Cölbe (10. 10. 96), Georg Braun, Lollar (11. 10. 96), Susanne Lehne, Breitscheid, Ute Müller, Dillenburg, Eva Heinbach, Frohnhausen (sämtlich 25. 10. 96), Kristina Guhl, Gladenbach, Susanne Metz, Lich (sämtlich 28. 10. 96), Kirsten Klosssek, Gießen, Sibylle Hees, Lollar, Meike Klein, Weinbach (sämtlich 1. 11. 96), Martina Heuser, Claudia Schwarz, beide Elz, Andreas Acker, Gießen (sämtlich 4. 11. 96), Ursula Stein, Limburg (11. 11. 96), Petra Langschieß, Wetzlar (12. 11. 96), Claudia Helfrich, Braunsfels (14. 11. 96), Katja Wenzel, Wetzlar (19. 11. 96), Juliane Decker, Limburg, Elmar Nink, Mengerskirchen (beide 25. 11. 96), Marion Winter, Weilburg (2. 12. 96), Judith Rödiger, Biedenkopf, Anette Erna Wagner-Böcher, Feldatal (sämtlich 16. 12. 96);

zu Sonderschullehrern/innen (BaL) die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Monika Anneliese Westphal, Lauterbach (1. 8. 96), Klaus-Jürgen Simon, Wetzlar (21. 8. 96), Martina Feußner-Dietz, Gießen, Christof Sanden, Lich (sämtlich 3. 9. 96), Daniela Jacob, Gießen (10. 10. 96), Frauke Döll, Wetzlar (1. 11. 96), Ruth Stieren, Wettenberg (4. 11. 96), Daniela Schumann, Dautphetal (26. 11. 96), Heike Brigitte Ullrich, Gemünden (1. 12. 96), Nikola Lunkenheimer-Schmidt, Wettenberg (9. 12. 96), Claudia Rossol, Marburg (15. 12. 96);

zu Sonderschullehrer (BaL) den Lehrer an einer Sonderschule a. D. Martin Ludwig Kummer, Dautphetal (1. 8. 96);

zur Sonderschullehrerin die Sonderschullehrerin z. A. Angela Raab-Sandrock, Dautphetal (21. 8. 96);

zu Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP) Karin Kirchhoff, Marburg (22. 5. 96), Antje Reinmuth, Buseck, Brigitte Krenz, Dillenburg, Silvia Christen, Ulla Anni Heine, Ingrid Jobst, sämtlich Gießen, Johanna Kreuzer-Rave, Grünberg, Manuela Monno, Haiger, Bettina Haala, Anke Volk, beide Lich, Bernhard Bastian, Limburg, Mareile Hofmann, Wetzlar (sämtlich 2. 9. 96), Anja Siegmund, Limburg, Anke Wagner, Weilburg (sämtlich 1. 11. 96);

zur Fachlehrerin (BaL) die Fachlehrerin z. A. (BaP) Irene Casper, Lollar (2. 9. 96);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) Christiane Herbert, Gladenbach (20. 5. 96), Dirk Fleckmann, Gießen (16. 7. 96), Birgit Acker, Aßlar, Heike Noll, Katrin Schmidt, sämtlich Beselich, Sonja Michel, Biebertal, Hauke Bingenheimer, Ute Götz, beide Buseck, Sabine Herzog, Enrico Kautz, Christiane Stahl, Holger Stief, Katja Wendhausen, sämtlich Dillenburg, Susen Funk, Barbara Kiehl, beide Dornburg, Andrea Balli, Christine Henrich, beide Ehringshausen, Claudia Biallas, Renate Brandl, Astrid Knetsch, sämtlich Eschenburg, Sabine Förster, Ulrike Freudenstein, Angelika Heimpold, Gabriele Marschner, Dirk Schneider, Miriam Schweizer, Christiane Welz, sämtlich Gießen, Anne-Lotte Bahr-Ries, Susanne Rühle, beide Grebenhain, Stefan Trautmann, Grünberg, Martina Kobor, Hadamar, Diana Block, Anja Enners, Joachim Heß, Ewald Strieker, sämtlich Herborn, Kirsten Elett, Hohenahr, Marion Theiß, Gitta Thode, beide Hungen, Christine Fischer, Michael Klein, Sylvia Schneider, Claudia Wessolowski, sämtlich Hünfelden, Melanie Hahn, Stephanie Loderhose, beide Leun, Dr. Matthias Hornivius, Christian Dieter Höllrigl, Dagmar Kaiser, Konstanze Neu-Müller, Marianne Wögerth-Dykstra, sämtlich Limburg, Manuel Lösel, Linden, Heike Radhoff, Lollar, Sabine Michel, Marburg, Anne-Roswitha Seitz, Mengerskirchen, Sabine Brast, Merenberg, Bärbel Georgi, Sylvia Günzel, beide Mittenaar, Martin Kroha, Nauborn, Bettina Karin Woernle, Pohlheim, Christina Becker, Reiskirchen, Stefan Schnabel, Martina Heit, beide Runkel, Angelika Körner, Schwingbach, Bettina Webs, Selters, Monika Faubel, Astrid Just, Sigrid Kammerer, sämtlich Villmar, Tanja Bastian, Dorothea Löber, Uwe Richardt, Heike Schernes, Tilo Sieber, Christina Spengler, sämtlich Weilburg, Nadja Aschenbrenner, Claudia Fenderl, Andrea Hofmann, Anne-Marié Kreiling, Lydia Kühn-Haag, Alexandra Maier, Susanne Rothhämel, Kristina Zintl, sämtlich Wetzlar (sämtlich 2. 9. 96), Claudia Edda Currey, Gießen (3. 9. 96), Rolf Vogt, Hadamar (9. 9. 96), Diana Endlein, Rabenau (21. 10. 96), Mechthild Pollmann-Bellmann, Gießen (22. 10. 96), Viola Borgmeier, Gießen (25. 10. 96), Martina Stettner, Dillenburg, Sabine Erb, Ehringshausen, Christine Schwing-Peeck, Schotten (sämtlich 1. 11. 96);

zu Lehramtsreferendaren/innen (BaW) Tanja Bach, Katrin Ehlert, Ines Fabio, Christiane Fricke, Julia von der Heiden, Nicole Henrich, Nadja Heuser, Bettina Lehr, Beate Lindenschmidt, Berthold Maag, Anke Neubert, Christiane Neuhof, Daniela Spranger, Annette Ueck, Gunther Werner, Karolin Ziegler, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an GHRS in Dillenburg, Sandra Berneaud, Margit Boas, Silke Dostal, Carmen Eckert, Berit Engel, Stefanie Flocke, Katrin Geißler, Andreas Hey, Almut Hildebrand, Pirka Itz, Annette Nies-Werding, Erika Pugan, Ulrike Rehberg, Stefanie Schär, Norbert Schwarz, Christine Stahl, Ansgar Trost, Sabine Veit, Silke Wenzel, Gabriela Werner, Kersin Widmann, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an GHRS in Wetzlar, Kathrin Ahl, Anette Appel, Rainer Berk, Nicole Bernard, Marissa Berst, Manuel Coote, Sandra Fuhrmann, Astrid Hau, Vera Hienz, Markus Hiller, Ulrike Huber, Sandra Hütter, Katja Kornmann, Aline Kutoglu, Sabine Lang, Caroline Manousakis, Axel Mergard, Tanja Rademacher, Marc Rauber, Margaretha Rohrbeck, Birgit Rupp, Claudia Saenger, Carolin Schleenbecker, Cosima Schlinkheider, Eva Steubner, Ute Tondar, Kerstin Triebstein, Markus Turschner, Andrea Weber, sämtlich Studienseminar 3 für das Lehramt an GHRS in Gießen, Ulrike Bauer, Petra Burggraf, Torsten Dillmann, Susanne Faber, Carolin Franz, Brunhilde Hilberg, Christiane Höhn, Marco Hölper, Simone Holzmüller, Leila-Anett Janke-Herrmann, Judith Jung, Salla Kolb, Alexandra Laux, Michaela Laux, Silke Mauelshagen, Gitta Padge, Julia Riemenschneider, Jens Röth, Katja Stehl, Barbara Stollwerk, Petra Toppel, Regina Weleda, sämtlich Studienseminar 4 für das Lehramt an GHRS in Limburg, Gesine Bosdorf, Katrin Brinschwitz, Sandra Claar, Karina Fritsch, Lydia Gottschalk, Sylvia Gross, Sybille Haberkamm, Birthe Holland-Letz, Marion Höpker, Nicole Jacob, Heike Kröner, Sandra Krüger, Anke Landschneider, Jochen Lang, Jochen Milchsack, Gaby Nagel, Gülyar Özdemir, Kerstin Pollack, Anja-Nicole Preißler, Anke Rohner, Tatjana Ruppert, Tina Scherer, Carmen Schmitt, Gabriele Schönauer, Eveline Sindermann, Dagmar Strebel, Matthias Thierfelder, Elisabeth Volk, Petra Weigand, Katja Wessel, Bärbel Zabel, Ursula Zipf, sämtlich Studienseminar 26 für das Lehramt an GHRS in Marburg (sämtlich 1. 11. 96);

versetzt:

von der Bezirksregierung Arnberg die Sonderschullehrerin (BaL) Susanne Geller-Matzmorr, Wetter, die Lehrerin Dorothea Mengel-Wießner, Haiger (beide 1. 8. 96);

von der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz den Lehrer (BaL) Gerd Sennhenn, Pohlheim (1. 8. 96);

von dem Oberschulamt Stuttgart
die Lehrerin zur Anstellung (BaP) Margrit Strecker-Klingler,
Wetzlar (1. 8. 96);

von der Bezirksregierung Köln
die Lehrerinnen (BaL) Sonja Ochel, Elz, Christa Dörr,
Schwingbach (1. 8. 96);

von der Regierung von Oberstaufen
die Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaL) Christa
Majer, Haiger (1. 8. 96);

von der Senatsverwaltung Berlin
der Lehrer (BaL) Andreas Potsch, Herborn (1. 8. 96);

vom Regierungspräsidium Kassel
die Lehrerin (BaL) Sigrid Röhl, Wartenberg (1. 8. 96);

in den Ruhestand versetzt:

den Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe
mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Ludger Wagener, Driedorf
(31. 7. 96), den Konrektor als den ständigen Vertreter des
Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Horst
Jochim, Grünberg (30. 9. 96), die Fachlehrerin Elke Zettler,
Marburg (30. 11. 96), die Fachlehrerin für musisch-technische
Fächer Ute Zydek, Schotten (30. 9. 96), die Realschullehrer/in-
nen Elisabeth Tauer, Hüttenberg, Eberhard Schede, Solms,
Friedel Hedrich, Wetzlar (sämtlich 31. 7. 96), Walter Reu-
schling, Driedorf, Monika Thauer, Hans-Otto Linsenmann, bei-
de Linden (sämtlich 31. 10. 96), Ulrike Klaas-Reinhold, Lollar
(30. 11. 96), die Lehrer/innen Kunigunde Wenz, Bad Camberg,
Walter Kroh, Biedenkopf, Bodo Geisler, Weilmünster, Sigrid
Tabbert, Wetzlar (sämtlich 31. 7. 96), Rosemarie Genzel, Eh-
ringshausen (31. 10. 96), Marlene Nierfeld, Hohenahr (29. 11.
96), Dietlind Weiland, Kirchhain (30. 11. 96), Gottfried Ferdin-
and Drexler, Mücke, Karin Wirbelauer, Runkel, Hartmut
Schüder, Schotten, Annette Lohwasser-Scharfe, Weimar
(sämtlich 31. 12. 96);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

der/die Lehramtsreferendar/in Rita Brengel, Wetzlar (31. 8.
96), Gerald Maiworm, Marburg (18. 11. 96).

Gießen, 15. Januar 1997

Regierungspräsidium Gießen
21 — 7 c 06 — 03

beim Regierungspräsidium Kassel

ernannt:

zur Inspektorin z. A. (BaP) die Angestellte Rita Freudenstein,
Staatl. Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel (1. 12.
96);

in den Ruhestand versetzt:

Ltd. Reg.-Schuldirektor Gerhard Hagedorn (31. 7. 96), die Ltd.
Schulamtsdirektoren Rolf Hengstenberg, Staatl. Schulamt für
den Landkreis Hersfeld/Rotenburg (30. 9. 96), Volkmar Krafft,
Staatl. Schulamt für den Schwalm-Eder-Kreis (31. 12. 96),
Oberstudienrätin Monika Seifert, Staatl. Schulamt für den
Landkreis Fulda (30. 6. 96), Psychologie-Oberrätin Johanna
Roth-Bernstein, Staatl. Schulamt für den Landkreis und die
Stadt Kassel (30. 6. 96).

Kassel, 3. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
2 — 7 o 16/03 B

im Grund-, Haupt- und Realschuldienst sowie im schulpyschologi- schen Dienst

ernannt:

zur Studienrätin z. A. (BaP) die Bewerberin Ruth Pfannstiel,
Guxhagen (21. 11. 96);

zu Sonderschullehrern/innen (BaL) die Sonderschullehrer/in-
nen z. A. (BaP) Dr. Ursula Braun, Arolsen (30. 8. 96), Anja
Werner, Hofgeismar (21. 10. 96), Annette Kusche, Großalmerode-
Rommerode (23. 10. 96), Miriam Günther, Baunatal (4. 11.
96), Andrea Kellner, Melsungen (20. 12. 96);

zur Sonderschullehrerin die Lehrerin (BaL) Petra Schreiber-
Lüpkens (23. 10. 96);

zu Sonderschullehrern die Sonderschullehrer z. A. (BaP) Ha-
rald Nolte, Kassel (2. 9. 96), Joachim Schröder, Homberg (18.
12. 96);

zu Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP) die Bewerber/innen
Heike Gantzkow, Fulda, Britta Peters, Eschwege, Walburga
Kurth-Gesing, Fulda, Kristiane Menke, Kassel, Hartwig

Mulhaupt, Arolsen, Uwe Nogga, Fulda, Katja Gilde, Melsun-
gen, Kerstin Hartje, Gudensberg, Kätja Manke, Homberg, Ju-
dith Kreipe, Fulda, Ute Gößlinghoff, Kasse, Silke Karen Reiß,
Hess. Lichtenau, Karin Lichtenau, Großalmerode, Johanne
Mötzing, Bebra, Jörg Hapke, Hofgeismar, Birgitt Riedel,
Wolfhagen, Anke Bretschneider, Melsungen (sämtlich 2. 9. 96),
Yvonne Schuppan, Rotenburg/F., Stefan Beckmann-Metzner,
Kassel (beide 11. 11. 96), Doris Kollex, Kassel (12. 11. 96),
Andreas Rogge, Kassel (14. 11. 96), Nicole Heine, Kassel, Mat-
thias Velten, Hofgeismar (beide 15. 11. 96), Werner Mösche-
Sonnenberg, Homberg, Susanne Jansen, Melsungen (beide 18.
11. 96), Carmen Isgen, Bad Wildungen (19. 11. 96), Kerstin
Heymann, Schwalmstadt (21. 11. 96), Thomas Afelt, Fulda (27.
11. 96);

zur Lehrerin die Konrektorin als die ständige Vertreterin des
Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern
(BaL) Karin Keller, Kassel (1. 8. 96);

zu Lehrern/innen (BaL) die Lehrer/innen z. A. (BaP) Monika
Klinger, Hess. Lichtenau, Karin Arnold, Frankenberg (beide
1. 8. 96), Dr. Uwe Brehm, Rotenburg/F. (21. 8. 96), Helga
Hermann, Frielendorf-Verna, Kati Reinhardt, Rotenburg/F.,
Sabine Jenisch, Petersberg, Andrea Schmidt, Vöhl (sämtlich 29.
8. 96), Angelika Struhlik-Block, Spangenberg, Sabine Krepel,
Homberg, Susanne Wilhelm, Kassel (alle 30. 8. 96), Bethina
Greszik, Hünfeld, Ulrike Schulz, Hünfeld-Mackenzell (beide
1. 9. 96), Kathrin Mohme-Hesse, Arolsen, Christina Schorbach,
Neukirchen (beide 2. 9. 96), Christiane Wondrak, Neukirchen
(3. 9. 96), Silke Kraft, Neuho-Hattenhof (6. 9. 96), Jens Fritz,
Neukirchen (18. 9. 96), Ulrike Schrems, Edertal (20. 9. 96),
Ingeborg Keller-Timmert, Hünfeld (26. 9. 96), Christine
Schneider, Lütter, Martina Schötteldreier, Wolfhagen, Petra
Motzkus-Gier, Wolfhagen (sämtlich 4. 10. 96), Anette Hill-
gärtner, Kassel (7. 10. 96), Klaus Siebrecht, Kassel (10. 10. 96),
Ariane Stuhr, Frielendorf-Verna (6. 11. 96), Martina Kostler,
Hünfeld (30. 11. 96), Marion Schnabel, Großlütder (14. 12. 96),
Regina Cassel, Spangenberg (19. 12. 96), Frauke Kissel,
Schwalmstadt-Treysa (20. 12. 96);

zu Lehrern/innen die Lehrer/innen z. A. (BaP) Christina Hertel,
Bromskirchen (28. 8. 96), Bärbel Ragotzky, Schenklengsfeld
(31. 8. 96), Antje Brühne, Frankenberg (4. 9. 96), Bärbel Kno-
che, Bad Wildungen (13. 9. 96), Iris Niemeier, Willingen-Usseln
(21. 10. 96), Barbara Höner, Frielendorf-Verna (29. 10. 96),
Bärbel Tiedjens, Baunatal (12. 11. 96), Michael Meyer, Fritzlar
(4. 12. 96), Cornelia Henkel, Bad Wildungen (21. 12. 96);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die Bewerber/innen Gabriele
Weyer, Bebra, Ursula Pleines, Schwalmstadt, Heike Schneider,
Frielendorf-Verna, Annette Fuchs, Künzell, Ingken-Eve Al-
brecht, Niederaula, Sandy Neshau, Neuho, Susanne Haring,
Fulda, Maren Bürger, Künzell, Dana Müller, Bad Hersfeld,
Gabriele Wolff, Arolsen, Silke Eidam, Schenklengsfeld, Ulrike
Mast, Vöhl-Herzhausen, Jörg Rüger, Ludwigsau, Claudia Un-
sicker, Arolsen, Doreen Hemmann, Eichenzell-Lütter, Christa
Möller, Hosenfeld-Hainzell, Anja Dobritzsch, Fulda, Bianka
Roth, Fulda, Silke Bott, Burghaun, Heike Schneider-Bernhard,
Mittelkalbach, Lydia Guertler, Hünfeld, Dagmar Meibert,
Großlütder-Bimbach, Anke Zimmermann, Gemünden, Heike
Sommer, Spangenberg, Ingrid Seebold, Lichtenfels-Sachsen-
berg, Hanna Bornscheuer, Petersberg, Ursula Grüninger,
Großlütder, Rolf Oppermann, Korbach, Astrid Gawrosch,
Waldeck-Sachsenhausen, Cornelia Zobelt, Bad Wildungen,
Gabriele Sohr, Schrecksbach, Olaf Rödiger, Schwalmstadt-
Treysa, Tanja Storm, Guxhagen, Andreas Kringe, Waldeck-
Sachsenhausen, Doris Bechold, Gemünden-Wohra, Barbara
Pehm, Edertal, Bettina Hartwig, Hünfeld, Annette Freiboth,
Felsberg, Thomas Sünder, Jesberg, Stefanie Matzdorf, Borken,
Ute Möhring, Fulda, Heike Ehresmann, Dipperz, Ulrike Wai-
der, Nüsttal-Hofaschenbach, Friederike Bauer, Alheim-Hei-
nebach, Annemarie Humburg-Nischwitz, Heringen, Margarete
Stöcker, Bad Hersfeld, Ursula Spahr, Edertal, Karin Eden,
Hünfeld, Ute Wahlmann, Bad Hersfeld, Petra Mildner, Roten-
burg/F., Anette Richter, Petersberg-Marbach, Thomas Renn-
spieß, Schwalmstadt-Treysa, Rita Weber, Eschwege, Andrea
Baaske, Bad Hersfeld, Sabine Meyer, Waldkappel, Michael
Meyer, Fritzlar, Martina Sälzer-Hapke, Arolsen, Heike
Schwesig, Borken, Luise Hoffmann, Hosenfeld, Ulrike Hellwig,
Oberaula, Anke Schleiter-Meyreiss, Frielendorf, Ulrike Hart-
mann, Hilders, Ina Windmann, Hofbieber, Nicole Körber,
Fulda, Tanja Müller, Großalmerode, Rüdiger Herwig,
Schwalmstadt, Stephanie Kohl, Borken, Susanne Krause,
Neukirchen, Stephanie Holzhauser, Schwalmstadt, Simone
Plappert, Eiterfeld, Kristin Finke, Fulda, Simone Wallberg,
Ebersburg, Susanne Grehne, Nüsttal, Beate Mengwasser,
Breitenbach a. H., Anja Emrich, Bad Hersfeld, Doris Hallen-
berger, Susanne Jäckel, beide Frankenberg, Monika Böttcher,
Spangenberg, Beate Kajdan-Becker, Volkmar, Christine

Saure, Gemünden, Nora Hebener, Ines Kruspe, beide Rosenthal, Regine Imig, Korbach, Yvett Knorr, Frankenberg, Ricarda Reinsch, Fulda, Christiane Witzel, Philippsthal, Anke Großhans, Gersfeld, Barbara Schlichte, Hosenfeld, Christine Virus, Gersfeld, Anja Hillenbrand, Dipperz, Annette Jerke, Hosenfeld, Heinke Alff, Gersfeld (sämtlich 2. 9. 96), Mario Körschgen-Klein, Großalmerode (5. 9. 96), Margot Kießler-Bramhoff, Bad Sooden-Allendorf (16. 9. 96), Stefan Reiser, Battenberg (19. 9. 96), Denise Hackel, Rotenburg/F., Susanne Wiesemüller, Neuhof-Hattenhof (beide 23. 9. 96), Kristin Werner, Schwalmstadt-Ziegenhain (30. 9. 96), Jutta Lenz, Wanfried, Gisa Kalhöfer, Korbach, Claudia Berthold, Gersfeld, Karsten Engel, Korbach, Renate Gaul, Künzell (alle 1. 10. 96), Regina Marth, Frankenberg, Erna Präg, Korbach, Pauline Blake-Schüler, Frankenberg, Matthias Schäfer, Fulda (alle 21. 10. 96), Jana Krenzke, Diemelsee-Adorf (1. 11. 96), Susanne Stuhldreier, Oberaula (4. 11. 96), Barbara Betz-Böttner, Frankenberg (2. 12. 96), Christoph Pilz, Fulda (16. 12. 96);

zu **Lehrerinnen z. A. (BaP)** die Angestellten Birthe Voigt, Eschwege (28. 8. 96), Petra Schäfer, Melsungen (1. 10. 96);

zu **Fachlehrerinnen (BaL)** die Fachlehrerinnen z. A. (BaP) Heike Blaschke-Kriegisch, Kassel (1. 12. 96), Dorothea Gerl, Allendorf (22. 12. 96);

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Yvonne Gibhardt, Constanze Grebe, Harald Hillebrecht, Annika Hilmes, Katja Jaritz, Martina Kotulla, Lydia Kuhrau, Bärbel Marx, Astrid Marx-van Haaren, Anke Nuber, Ines Richter, Sylvia Schild, Johannes-Michael Sommer, Jaqueline Weise, Grit Niebergall, Thomas Niebergall, Elfriede Schmitz, Marcus Worm, Anna Grumptmann, Anke Krause, Barbara Küppers, Stefanie Rössel, Eva-Maria Wolf, sämtlich Kassel (sämtlich 1. 11. 96),

Sabine Damm, Christian Deichmeier, Thomas Dietrich, Kerstin Dingler, Andrea Fuhrmann, Kirsten Hujer, Cathrin Mand, Volker Trümmer, Diana Völker, Claudia Wille, Sabine Winterhalter, Anke Böhmer, Kerstin Hartmann, Nils Holzkamp, Christoph Kilb, Bärbel Riemenschneider, Lucia Dux, Jennifer Kloht, Kristine Krieger, Reimund Weimar, Tanja Achternbosch, sämtlich Borken (sämtlich 1. 11. 96),

Steffen Cholewa, Martina Denk, Elisabeth Ebrecht, Ina Ernst, Stefanie Finke, Rebecca Gassmann, Sandra Hennemuth, Marion Hollstein, Klaus Kurtz, Stefanie Podzun, Michaela Rabe, Christiane Roeschke, Heike Schneider, Katja Schwanitz, Stefan Thiele, Rolf Tinnfeld, Petra Zuter, Heike Berger, Thomas Ritter, Yvonne Wandmacher (sämtlich 1. 11. 96), Julia Weise (7. 11. 96), Martin Panzer (15. 11. 96), sämtlich Eschwege,

Tatjana Brinkmann, Matthias Dehnhardt, Andrea Holl, Udo Jahn, Kirsten Jortzick, Günter Lochner, Christiane Mehrens, Brigitte Mohr, Katja Roscher, Angelika Schlegel, Christiane Schüte, Anne Simon, Petra Schumacher, Manuela Boitz, Antje Hoffmann, Arek Riedel (sämtlich 1. 11. 96), Stefanie Imhof (14. 11. 96), sämtlich Bad Hersfeld,

Janina Arndt, Silvana Bock, Katja Horak, Annett Kolz, Anja Raschke, Vera Rümman, Gabriele Schad, Gabriele Tappe-Schwager, Felina Weißgerber, Antje Schnorr, Andrea Schulze, Matthias Spors, Thomas Eberhart, Patrick Hauser, Andreas Kimmel (sämtlich 1. 11. 96), Kathrin Wahnhoff (12. 11. 96), Annabelle Matussek (13. 11. 96), sämtlich Fulda,

Bettina Bromm, Ute Fingerling, Sandra Höhmann, Michaela Kliesing, Sabine Krönert, Marit Nathrath, Tanja Neumeyer, Silke Pilgram, Karin Plutz, Birgit Schütze, Eleonore Wegner, Martina Zekl, Martina Beck, Michael Gering, Birgit Hieke, Melanie Wartewig, Daniela Krauß, Sandra Menzel, Beate Schmidt, Katja Seppi, Petra Winter (sämtlich 1. 11. 96), Frank Relke (11. 11. 96), Andrea Maier (15. 11. 96), sämtlich Korbach;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

der/die Sonderschullehrer/in (BaP) Wilfried Landsiedel, Bad Hersfeld (22. 10. 96), Katrin Barner-Habermann, Gersfeld (23. 10. 96);

der/die Lehrer/in (BaP) Martin Klages, Homberg (29. 8. 96), Martha Zingsem, Kassel-Waldau (2. 9. 96), Bärbel Tiedjens, Baunatal (22. 11. 96), Iris Niemeier, Willingen-Usseln (13. 12. 96), Bärbel Ragotzky, Schenklengsfeld (19. 12. 96);

versetzt nach:

Rheinland-Pfalz
die Lehrerin (BaL) Adelheid Arnold, Diemelsee-Adorf (1. 8. 96);

Berlin
die Lehrerin (BaL) Heike Boppel, Diemelstadt-Rhoden (1. 8. 96), die Lehrerin z. A. (BaP) Rita Hempelmann, Rotenburg (1. 8. 96);

Schleswig-Holstein

die Sonderschullehrerin (BaL) Gudula Viertel, Kassel (1. 9. 96);

Niedersachsen

die Lehrerin z. A. (BaP) Cornelia Erichson, Bromskirchen (1. 8. 96);

Nordrhein-Westfalen

die Sonderschullehrerinnen (BaL) Annelie Heyink, Schwalmstadt-Treysa, Silvia Strombach, Rommerode, Angelika Groß-Dumschat, Arolsen (alle 1. 8. 96);

die Lehrer/innen (BaL) Martina Fieberg, Schenklengsfeld, Andrea Honrath, Gudensberg, Michael Dumbbruch, Frankenberg (alle 1. 8. 96);

Bayern

die Lehrerin (BaL) Margarete Stewen, Bad Wildungen-Braunau (1. 8. 96);

versetzt von:

Bayern

die Lehrerinnen (BaL) Marie-Ange Köthe-Le Duff, Schenklengsfeld (1. 8. 96), Gabrielis Steinberger-Rippert, Fulda-Sikkels (1. 9. 96);

die Lehrerin z. A. (BaP) Sigrud Schultheis, Fulda (1. 8. 96);

Berlin

die Sonderschullehrerinnen (BaL) Gisela Homann-Wustrau, Kassel, Annemarie Schmidt, Korbach (beide 1. 8. 96);

die Lehrerin (BaL) Margit Reuschel-Becker, Arolsen (1. 8. 96);

Niedersachsen

die Lehrerin (BaL) Irene Zielenski, Witzenhausen (1. 8. 96);

Rheinland-Pfalz

die Lehrerin (BaL) Heike Icke, Korbach (1. 8. 96);

Nordrhein-Westfalen

die Sonderschullehrerinnen (BaL) Angelika Groß-Dumschat, Arolsen, Claudia Bärwaldt, Homberg (beide 1. 8. 96);

der/die Lehrer/innen (BaL) Gisela Ambrosch, Friedland-Verna, Berthold Umbach, Neukirchen (beide 1. 8. 96), Anna-Christina von Winterfeld, Kassel (4. 11. 96);

in den Ruhestand versetzt:

die Rektorin an einer Gesamtschule als Leiterin einer Schulstufe mit mehr als 360 Schüler (BaL) Margarete Grimm, Fulda (30. 9. 96);

der Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Ulf Reinhardt, Witzenhausen (31. 12. 96);

der Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Günter Ahlemann, Schwalmstadt (31. 8. 96);

die Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Gisela Orf, Schwalmstadt-Ziegenhain (30. 9. 96);

die Sonderschullehrer (BaL) Werner Jeide, Frankenberg (31. 10. 96), Erhard Schwab, Fulda (31. 12. 96);

die Realschullehrer (BaL) Herbert Trümmer, Wanfried (30. 9. 96), Hans-Richard Hellthaler, Fulda, Gunter Eichert, Rotenburg/F. (beide 30. 11. 96), Kurt Eisenberg, Bad Hersfeld (31. 12. 96);

die Lehrer/innen (BaL) Matthias Günther, Volkmarsen, Ingeborg Herget, Fulda, Winfried Gritzka, Schauenburg-Elgershausen (alle 31. 8. 96), Elisabeth Saehrendt, Reinhardshagen, Edith Krieger, Rotenburg-Lispenshausen, Marietta Müller-Thieme, Kassel (alle 30. 9. 96), Brigitte Grimm, Kassel, Marita Bernhardt, Söhrewald, Evemarie Sturm, Kassel (alle 31. 10. 96), Rolf Dietrich, Vöhl-Herzhausen (30. 11. 96), Monika Peter-Leicht, Kassel, Manfred Meißner, Kaufungen, Friedgard Hilmes, Kassel, Werner von Bischoffshausen, Fritzlar, Ute Tolkmitt, Kassel (alle 31. 12. 96);

die Fachlehrerin (BaL) Ingeborg Stimpel, Kassel (30. 11. 96);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

die Lehrerinnen (BaL) Dörte Lischinski, Schwalmstadt (31. 8. 96), Dorothea Götz, Bad Hersfeld (1. 11. 96);

die Lehrerin z. A. (BaP) Petra Bergk, Oberaula (31. 12. 96);

die Lehramtsreferendare/in (BaW) Andreas Beine, Bad Hersfeld (15. 8. 96), Andrea Dockhorn, Kassel (27. 8. 96), Thomas Kupferschläger, Eschwege (12. 9. 96);

verstorben:

die Lehrerin (BaL) Doris Köcke, Dipperz (18. 8. 96), der Taubstummenoberlehrer (BaL) Werner Holfeld, Homberg (27. 10. 96).

Kassel, 24. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
23 — 1 — 8 b 28 (B)

StAnz. 6/1997 S. 493.

I. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit

beim Regierungspräsidium Kassel

ernannt:

zum **Gewerberat (BaL)** Gewerberat z. A. (BaP) Dr. Uwe Sliwczuk, Staatl. Amt für Immissions- und Strahlenschutz in Kassel (5. 6. 96);

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Otto Wilhelm Vicum (24. 6. 96);

zur **Baurätin z. A. (BaP)** Bauassessorin Astrid Lange, WWA Fulda (11. 9. 96);

zu **Techn. Oberinspektorinnen (BaL)** die Techn. Oberinspektorinnen z. A. (BaP) Sabine Wald, Staatl. Amt für Immissions- und Strahlenschutz in Kassel (1. 12. 96), Michaela Parsch, Katja Zastrow, Claudia Sinning, Katja Euler, Regina Marx, sämtlich WWA Kassel (sämtlich 1. 12. 96);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Thomas Oehler, WWA Kassel (1. 1. 97);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Dipl.-Verwaltungswirt Michael Wolf, WWA Kassel (16. 8. 96);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Baurat z. A. (BaP) Dirk Schädlich, WWA Kassel (17. 5. 96);

versetzt:

vom WWA Kassel

zum Magistrat der Stadt Borken

Techn. Amtsrat (BaL) Thomas König (1. 8. 96).

Kassel, 10. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel

2 — 7 o 16/03 B

StAnz. 6/1997 S. 497

145

DARMSTADT

Die Regierungspräsidien

Vorhaben der Firma Überlandwerk Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau

Die Firma Überlandwerk Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und den Betrieb eines Heizwerkes zur Wärmeversorgung der Adam Opel AG, Rüsselsheim, bestehend aus einem Kesselhaus mit fünf Heißwassererzeugern, Feuerungswärmeleistung jeweils 28 MW (Gesamtfeuerungswärmeleistung 140 MW), Brennstoff Erdgas, einschließlich der hierfür erforderlichen Nebeneinrichtungen (Erdgasreduzierstation, Zusatzwasseraufbereitung, Druckhaltung und Netzpumpenanlage, zwei Schornsteine), auf dem Grundstück in Rüsselsheim, Bahnhofplatz 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 19, Flurstück 1/9 (Werksgelände der Adam Opel AG), gestellt.

Die Anlage soll am 1. Oktober 1997 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1498) in Verbindung mit Spalte 1 Nr. 1.1 des Anhanges der 4. BImSchV der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 17. Februar 1997 bis 17. März 1997 beim Regierungspräsidium Darmstadt, Wilhelminenstraße 1-3, 64278 Darmstadt, Zimmer 1301, und im Rathaus Rüsselsheim, Stadtplanungs- und Bauaufsichtsamt, Zimmer 100, Marktplatz 4, 65428 Rüsselsheim, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 17. Februar 1997 bis 1. April 1997 können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Behörden/Auslegungsstellen erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren Beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist vom 17. Februar 1997 bis 1. April 1997 werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 17. April 1997 bestimmt. Der Erörterungstermin kann verlängert werden. Der Erörterungstermin endet jedoch in jedem Falle dann, wenn sein Zweck erreicht ist. Er findet ab 9.00 Uhr im Rathaus der Stadt Rüsselsheim, Kleiner Sitzungssaal im Neubau/Erdgeschoß, Marktplatz 4, 65428 Rüsselsheim, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachungen ersetzt werden.

Darmstadt, 22. Januar 1997

Regierungspräsidium Darmstadt

V 32 - 53 e - 621 - ÜWG

StAnz. 6/1997 S. 497

146

Genehmigung der Stiftung „Carl & Irene Scherrer“, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 10. August 1996 errichtete Stiftung des bürgerlichen Rechts „Carl & Irene Scherrer“, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 21. Januar 1997 genehmigt.

Darmstadt, 21. Januar 1997

Regierungspräsidium Darmstadt

III 11 a - 25 d 04/11 (112) - 387

StAnz. 6/1997 S. 497

147

GIESSEN

Zulassung als staatlich anerkannte Prüfstelle für Durchflußmessungen

Die Firma Wasser-, Abwasser-, Systemtechnik GmbH, Am Hafen 22, 38112 Braunschweig, wird gemäß § 53 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 113 ff.) in Verbindung mit §§ 5 und 6 der Eigenkontrollverordnung (EKVO) vom 22. Februar 1993 (GVBl. I S. 69 ff.) und Nr. 2 der Verwaltungsvorschrift zur Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (VwV-EKVO) vom 5. Juni 1993 (StAnz. S. 1639 ff.) widerruflich als Prüfstelle für Durchflußmessungen anerkannt.

Die Anerkennung gilt für Durchflußmessungen bei Abwasseranlagen.

Ausgenommen ist das Verfahren der Messungen mit Tracern.

Die Anerkennung beginnt am 22. November 1996 und ist bis zum 15. November 2001 befristet.

Gießen, 16. Dezember 1996

Regierungspräsidium Gießen

39 a - 79 f 12/01

gez. B a u m e r

Regierungspräsident

StAnz. 6/1997 S. 497

148 KASSEL**Abschlußprüfung „Forstwirt“ für Auszubildende gemäß § 39 BBiG**

Im Jahr 1997 finden im Versuchs- und Lehrbetrieb Weilburg folgende Lehrgänge (schriftliche Kenntnisprüfung und Abschlußlehrgänge mit Prüfungen) statt, und zwar in der Zeit vom:

1. Lehrgang mit Abschlußprüfung:
2. Juni bis 26. Juni 1997
2. Lehrgang mit Abschlußprüfung:
30. Juni bis 24. Juli 1997

Die Auszubildenden werden von der zuständigen Stelle mit Übersendung der Antragsvordrucke über die Zuweisung zu den einzelnen Prüfungsterminen in Kenntnis gesetzt. Die Anträge auf Zulassung sind spätestens vier Wochen vor den einzelnen Prüfungsterminen zu stellen.

Gemäß § 18 der Prüfungsordnung für Zwischen- und Abschlußprüfungen im anerkannten Ausbildungsberuf „Forstwirt“ (StAnz. 1993 S. 670) hat die Anmeldung zur Prüfung schriftlich unter Einhaltung der genannten Anmeldefrist zu erfolgen.

Der Anmeldung sind beizufügen:

- a) Bescheinigung über die Teilnahme an der vorgeschriebenen Zwischenprüfung,
- b) Berichtsheft (Ausbildungsnachweis),
- c) das letzte Zeugnis der Vollzeitschule und der Berufsschule,
- d) gegebenenfalls weitere Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise,
- e) Lebenslauf (tabellarisch).

Kassel, 8. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
Zuständige Stelle für den
Ausbildungsberuf Forstwirt
2 - 7016/03 B

StAnz. 6/1997 S. 498

149**Wasserrechtliche Anerkennung als sachverständige Stelle gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung****Verlängerungsbescheid**

Der Anerkennungsbescheid der Firma DEKRA Umwelt GmbH, Handwerkstraße 15, 70565 Stuttgart, vom 27. Juli 1995, Az. 39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 1/95), wird gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung - VGS - vom 9. Dezember 1992 (GVBl. I S. 675), geändert durch Verordnung vom 1. September 1994 (GVBl. I S. 443) verlängert.

Die Anerkennung beginnt am 1. Januar 1997 und ist befristet bis zum 31. Dezember 1998.

Die Anerkennung gilt für die Überwachung der durch § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Indirekteinleiterverordnung von der Erlaubnispflicht befreiten indirekten Einleitungen von Abwasser mit gefährlichen Stoffen für die nachstehend genannten Prüfbereiche:

Mineralöhlhaltiges Abwasser (Anhang 49 zur Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift), Chemischreinigung (Anhang 52 zur Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift).

Kassel, 21. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 1/95)
StAnz. 6/1997 S. 498

150**Wasserrechtliche Anerkennung als sachverständige Stelle gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung****Verlängerungsbescheid**

Der Anerkennungsbescheid der Firma Deuker + Neubauer Dental GmbH & Co. KG, Richard-Roosen-Straße 10, 34123 Kassel, vom 1. März 1996, 39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 4/95), wird gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung - VGS - vom 9. Dezember 1992 (GVBl. I S. 675), geändert durch Verordnung vom 1. September 1994 (GVBl. I S. 443) verlängert.

Die Anerkennung beginnt am 1. Januar 1997 und ist befristet bis zum 31. Dezember 1998.

Die Anerkennung gilt für die Überwachung der durch § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Indirekteinleiterverordnung von der Erlaubnispflicht befreiten indirekten Einleitungen von Abwasser mit gefährlichen Stoffen für den nachstehend genannten Prüfbereich:

Zahnbehandlung
(Anhang 50 zur Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift).

Kassel, 21. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 4/95)
StAnz. 6/1997 S. 498

151**Wasserrechtliche Anerkennung als sachverständige Stelle gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung****Verlängerungsbescheid**

Der Anerkennungsbescheid der Firma Institut für Wasser-, Abwasser- und Umweltfragen Dr. Schöcke und Dr. Schmidt, Wattenbacher Straße 15, 34320 Söhrewald, vom 16. Oktober 1995, 39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 2/95), wird gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung - VGS - vom 9. Dezember 1992 (GVBl. I S. 675), geändert durch Verordnung vom 1. September 1994 (GVBl. I S. 443) verlängert.

Die Anerkennung beginnt am 1. Januar 1997 und ist befristet bis zum 31. Dezember 1998.

Die Anerkennung gilt für die Überwachung der durch § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Indirekteinleiterverordnung von der Erlaubnispflicht befreiten indirekten Einleitungen von Abwasser mit gefährlichen Stoffen für den nachstehend genannten Prüfbereich:

Mineralöhlhaltiges Abwasser
(Anhang 49 zur Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift).

Kassel, 21. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
39 a - 79 g 12.01.1 (Nr. 2/95)
StAnz. 6/1997 S. 498

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungsseminare des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt nachfolgend aufgeführte Fortbildungsseminare durch.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kießstraße 5—15, 64283 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 20. Januar 1997

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar Darmstadt
StAnz. 6/1997 S. 499

Thema:	Einführung in die kaufmännische Buchführung — FI 11 —
Themenschwerpunkte:	<ul style="list-style-type: none"> ● Aufgaben der Buchführung ● Gesetzliche Grundlagen ● Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ● Kontenrahmen ● Bestandskonten ● Erfolgskonten ● Inventur ● Gewinn- und Verlustrechnung ● Bilanz ● Übungen
Teilnehmerkreis:	Bedienstete der Verwaltung, die sich für die Grundbegriffe der kaufmännischen Buchführung interessieren oder sich künftig damit zu beschäftigen haben, zum Beispiel durch die Gründung von Eigenbetrieben.
Zeitplan:	Das Seminar umfaßt 24 Unterrichtsstunden und wird an vier Vormittagen, jeweils in der Zeit von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt. Das Seminar wird zu zwei Terminen angeboten. 1) 28. Februar, 7., 14. und 21. März 1997 2) 28. Oktober, 4., 11. und 18. November 1997
Dozent:	Walter Hoch
Thema:	Rückforderung von Sozialhilfe — SO 04 —
Themenschwerpunkte:	<ul style="list-style-type: none"> ● Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen ● Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten ● Kostenersatz durch Erben ● Fallbeispiele zur Erbenhaftung
Teilnehmerkreis:	Mitarbeiter/-innen der Sozialämter
Zeitplan:	Das Seminar umfaßt zwölf Unterrichtsstunden und wird an drei Nachmittagen, jeweils in der Zeit von 13.30 bis 16.45 Uhr, durchgeführt.
Veranstaltungstermine:	24. Februar, 3. und 10. März 1997
Dozent:	Gerhard Schwab
Thema:	Die Urkundenfälschung — RO 06 — Totalfälschung, Verfälschung und fälschlich ausgestellte Urkunden von Personalpapieren als Grundlage vielfältiger Verbrechensformen
Lernziel:	Das Seminar vermittelt Grundkenntnisse auf dem Gebiet der in- und ausländischen Führerschein-, Kraftfahrzeugschein-/brief-Fälschungen/Verfälschungen, Kennzeichenmißbrauch, TÜH-Plaketten.
Themenschwerpunkte:	<ul style="list-style-type: none"> ● Fälschung und Verfälschung von Personalpapieren als Grundlage vielfältiger Verbrechensformen ● Wesentliche Echtheitsmerkmale in- und ausländischer Personalpapiere ● Fehlende oder veränderte Echtheitsmerkmale ● Fachbezogene kriminalpolizeiliche Sammlungen

Teilnehmerkreis:	Mitarbeiter/-innen der Führerschein- und Kraftfahrzeugdienststellen
Zeitplan:	Das Seminar umfaßt 20 Unterrichtsstunden und findet jeweils von 8.15 bis 12.30 Uhr statt.
Veranstaltungstermin:	10. bis 13. März 1997
Dozenten:	Dittmar Langner, Rolf Gengel
Thema:	Ausgewählte Probleme aus dem Ordnungsrecht — RO 17 —
Lernziel:	<ul style="list-style-type: none"> ● Anhand von praktischen Fällen und der neuesten Rechtsprechung sollen die Teilnehmer/-innen den aktuellen Stand kennenlernen und eine Vertiefung des allgemeinen Ordnungsrechts erfahren. ● Es können auch Fälle von allgemeinem Interesse aus dem täglichen Arbeitsbereich der Teilnehmer/-innen herangezogen werden. ● Der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen soll einen wesentlichen Unterrichtsbestandteil bilden. ● Die Intensität der Behandlung der nachfolgend stichpunktartig genannten Themenbereiche hängt von der Interessenlage des Teilnehmerkreises ab: <ul style="list-style-type: none"> — Gewerberecht — Probleme bei der Entziehung der Fahrerlaubnis — Ordnungsrechtliche Probleme der Obdachlosigkeit — Ausländerrecht (Asylproblematik sowie Fragen der Aufenthaltsgenehmigung) — Versammlungsrecht
Themenschwerpunkte:	<ul style="list-style-type: none"> ● Die Intensität der Behandlung der nachfolgend stichpunktartig genannten Themenbereiche hängt von der Interessenlage des Teilnehmerkreises ab: <ul style="list-style-type: none"> — Gewerberecht — Probleme bei der Entziehung der Fahrerlaubnis — Ordnungsrechtliche Probleme der Obdachlosigkeit — Ausländerrecht (Asylproblematik sowie Fragen der Aufenthaltsgenehmigung) — Versammlungsrecht
Teilnehmerkreis:	Mitarbeiter/-innen mit ordnungsrechtlichen Vorkenntnissen
Zeitplan:	Das Seminar umfaßt 24 Unterrichtsstunden und wird an vier Vormittagen, jeweils mittwochs, in der Zeit von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt. Das Seminar beginnt am 26. Februar 1997 und endet am 19. März 1997
Dozent:	Werner Appel
Thema:	Die Arbeit der Frauenbeauftragten in der Verwaltung — Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes — FB 03 —
Themenschwerpunkte:	<ul style="list-style-type: none"> ● Inhalt des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes ● Arbeitsschwerpunkte und Methoden sowie ● Durchsetzungsmöglichkeiten für Frauenbeauftragte nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz ● Frauenförderplan ● Erfahrungsaustausch über die praktische Arbeit
Teilnehmerkreis:	Mitarbeiterinnen, die in ihren Behörden die Aufgabe der Frauenbeauftragten wahrnehmen oder künftig wahrnehmen sollen, Personalvertreterinnen.
Zeitplan:	Das Seminar umfaßt 18 Unterrichtsstunden und findet an drei Vormittagen, jeweils donnerstags, in der Zeit von 8.15 bis 13.15 Uhr, statt. Das Seminar beginnt am 6. März 1997 und endet am 20. März 1997
Dozentin:	Else Prütting

BUCHBESPRECHUNGEN

Die Vorschriften über Arbeitsvermittlung, Arbeitsberatung, Berufsberatung und Arbeitsmarktpolitik einschl. Arbeits- und Berufsförderung, Berufsausbildung, beruflicher Rehabilitation, Arbeitsbeschaffung, internationalen Arbeitsmarktausgleichs und verwandter Sachgebiete. Im Auftrag des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Begr. von Siebrecht, fortgef. von Rademacher, Redaktion: G ü b g e n. 2., neu bearb. Aufl., Loseblattwerk in 3 Ordn., 4224 S., 178,— DM. Forkel-Verlag (Hühig GmbH), Heidelberg. ISBN 3-7719-4621-2

Die 79. und 80. Nachtrags-Lieferung aktualisieren das Sammelwerk auf den Stand August 1996. Damit wird das Bestreben fortgesetzt, zeitnah die Entwicklungen in diesem umfassenden Rechtsgebiet zu dokumentieren. Die Sammlung ist damit ein wertvolles Arbeitsmittel gerade für den Praktiker.

Die Ergänzungen betreffen unter anderem:

79. Ergänzungslieferung

- Arbeitsförderungsgesetz (AFG)
- Arbeitslosenhilfe-VO
- SGB V Gesetzliche Krankenversicherung
- SGB VI Rentenversicherung
- SGB X Verwaltungsverfahren
- Fördergebietsgesetz
- Übersicht über die Ausbildungsberufe
- Bundesvertriebenengesetz (BVFGE)
- Asylverfahrensgesetz (AsylVfGE)
- Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG)
- Ausländergesetz

80. Ergänzungslieferung

- SGB XI Soziale Pflegeversicherung
- Bundesversorgungsgesetz (BVG)
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)
- Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)
- Bundessozialhilfegesetz (BSHG)
- Bundes-Seuchengesetz

Diese exemplarische Auflistung zeigt die Bandbreite des Werkes. Es enthält neben den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen auch **Verwaltungsanordnungen**, Richtlinien sowie Erlasse, sofern sie von grundlegender Bedeutung oder für die Anwendung anderer Vorschriften notwendig sind. Aufgenommen werden darüber hinaus Grundsätze, Vereinbarungen, Beschlüsse und Empfehlungen nationaler und internationaler Gremien, die für die Praxis unentbehrlich sind.

Bei den einzelnen Bestimmungen schaffen Querverweise auf weitere Fundstellen innerhalb des Werkes eine rasche Orientierung. Das ausführliche Stichwortverzeichnis sowie die übersichtliche Gliederung erleichtern dem Benutzer das Auffinden der gesuchten Information.

Ministerialrat Helge Harff

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Von Ingo J. Hueck. 1996, XVI, 366 S., Ln., 198,— DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. ISBN 3-16-146577-6

Daß die Institution des „Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik“ (RepSchStGH) bislang selbst im Bewußtsein des Rechts- und Verfassungshistorikers vermutlich eher ein Randdasein geführt haben dürfte, mag zum einen daran liegen, daß die Rechtsprechungstätigkeit dieses Gerichts sich nur auf den vergleichsweise kurzen Zeitraum der Jahre 1922 bis 1927 erstreckte; mit ursächlich für die geringe Präsenz dieses Gerichtshofs in einschlägigen rechtshistorischen Untersuchungen dürfte aber auch der Umstand sein, daß die Aktenbestände des RepSchStGH im ehemaligen Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam eingelangert und daher nur schwer, möglicherweise gar nicht zugänglich waren. Erst als Folge der innerdeutschen Öffnung und der damit verbundenen Eingliederung dieses Zentralarchivs in das Bundesarchiv konnte es gelingen, die Bedeutung dieser zum Schutze der Weimarer Republik geschaffenen Gerichtsinstanz unter ausführlicher Darstellung des mit ihrer Einführung, Tätigkeit und schließlich Auflösung verbundenen Schriftverkehrs, der dieses Gericht und sein Verfahren betreffenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie der von ihm erlassenen Urteile herauszuarbeiten. Insoweit gebührt Ingo J. Hueck Dank für seine umfassende, zuweilen geradezu detailbesessene Beleuchtung dieses Staatsgerichtshofs und damit zugleich des justizpolitischen und allgemein-historischen Hintergrundes der jungen Weimarer Republik und des Bemühens ihrer Repräsentanten, die Errungenschaften des neuen Staatswesens auch auf dem Gebiet der vielfach als noch allzu kaisertreu eingeschätzten und von Reformen weitgehend unberührt gebliebenen Justiz abzusichern. In Umsetzung einer anfangs der zwanziger Jahre verbreiteten justizkritischen Einschätzung sollte vor allem eine Anpassung der Justiz an die neuen demokratischen Verhältnisse erreicht werden, worunter insbesondere eine Öffnung für alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen, also — wenn man so will — eine „Politisierung der Justiz“ verstanden wurde. Der erstmals durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 — erlassen auf Grund des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung — eingerichtete RepSchStGH war institutioneller Ausdruck dieser Bemühungen; eine endgültige Konstituierung dieses Gerichtshofs mit erweiterter Zuständigkeit, veränderter Besetzung und detaillierter Verfahrensregelungen erfolgte kurz darauf durch das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922. Laut § 12 dieses Gesetzes wurde bei dem Reichsgericht ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet, der in einer Besetzung von neun Mitgliedern entscheiden sollte, von denen drei Mitglieder des Reichsgerichts sein mußten, während die übrigen nicht die Befähigung zum Richteramt zu haben brauchten. An Entscheidungen außerhalb einer Hauptverhandlung wirkten drei Mitglieder mit, von denen mindestens eins dem Reichsgericht nicht angehörte.

Diese von Hueck als sehr ungewöhnlich bezeichnete personelle Zusammensetzung des RepSchStGH aus ihrer Vermischung hochgestellter Berufsrichter und vom Reichspräsidenten auszuwählender Personen, die nicht Juristen sein mußten, verdeutlicht schon hinlänglich das Mißtrauen gegen die überkommene Justiz und das Bemühen um Einbeziehung des die neue Demokratie schützenden und tragenden politischen Elements. Sachlich befaßte sich der Staatsgerichtshof im wesentlichen im Bereich des Strafrechts mit der Ahndung von Verstorben gegen Hochverratsbestimmungen, gegen Bestimmungen über Geheimorganisationsen und Waffenbestimmungen sowie im Bereich des Verwaltungsrechts — die Bemühungen um Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts waren ohne Erfolg geblieben — mit Regelungen über Vereins-, Presse- und Versammlungsverbote. Gerade die Wiedergabe dieser Rechtsprechungstätigkeit und ihre Einbeziehung in die politischen und historischen Zusammenhänge jener Zeit macht — verbunden mit der ausführlichen Darstellung der Richterpersonen und ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Herkunft und politischen Einbindung — den überragenden Wert der Untersuchung Huecks aus und erhellt gleichzeitig auch die Hintergründe der schon nach wenigen Jahren der Rechtsprechung des RepSchStGH immer stärker aufkommende Kritik an diesem Gericht aus den verschiedensten Motiven und aus unterschiedlichsten politischen Richtungen. Das Ende in Raten markieren zum einen das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 31. März 1926 und sodann das Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 2. Juni 1927. Ersteres bestimmte, daß in Strafsachen vom 1. April 1926 an (nur noch) die ordentlichen Gerichte zuständig seien, wodurch der RepSchStGH seine strafgerichtliche Funktion einbüßte. Anhängige Sachen gingen auf die ordentlichen Gerichte über, laufende Hauptverhandlungen waren nach den bisherigen Vorschriften zu Ende zu führen. Künftig hatte über die bisher in die Zuständigkeit des RepSchStGH fallenden strafrechtlichen Bereiche im wesentlichen der für Hoch- und Landesverratsprozesse zuständige 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu entscheiden. Das folgende Gesetz vom 2. Juni 1927 schließlich verlängerte das Gesetz zum Schutze der Republik um zwei Jahre, ordnete jedoch gleichzeitig lapidar an, daß die noch bestehenden Zuständigkeiten des RepSchStGH auf das (nie zur Entstehung gelangte) Reichsverwaltungsgericht bzw. bis zu dessen Errichtung auf einen durch Geschäftsverteilungsplan zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts übergehen sollten. Das Gesetz trat am 27. Juli 1927 in Kraft.

Durchaus mit Faszination, mit wachsendem wissenschaftlichem und historischem Interesse, aber auch mit deutlicher innerer Bewegung läßt man sich von der Untersuchung Huecks, die 1993 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Mainzer Universität als Dissertation angenommen wurde und die nacheinander von J. C. B. Mohr Tübingen aufgelegten Reihe „Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts“ erschließen ist, in die Anfangsjahre der Weimarer Republik führen. Nicht nur die historischen und justizpolitischen Hintergründe dieser Zeit, nicht nur die Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften im Zusammenhang mit der Errichtung, Tätigkeit und Auflösung des damaligen Staatsgerichtshofs und nicht nur dessen Entscheidungspraxis werden ausführlich und mit Sachverstand und kritischem Bewußtsein beleuchtet; vielmehr ermöglicht das Buch auch einen vertieften und zuweilen durchaus menschlich bewegenden Blick auf die handelnden Personen jener Zeit und die Probleme, denen sie sich gegenübersahen und die Hueck in einem Anhang des Buches unter Wiedergabe einschlägiger Dokumente (zum Beispiel Klagen über Belastungen des Gerichts, Bewerbungsschreiben, usw.) näher dargestellt hat. Besonders erwähnt sei hier etwa ein an den Präsidenten des Staatsgerichtshofs gerichtetes Schreiben des ehemaligen preußischen Innen- und Justizministers Wolfgang Heine, der vor seiner Berufung zum nichtrichterlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs als Rechtsanwalt tätig war und 1925 unter durchaus spektakulären Umständen unter kritischer Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des Gerichts und einiger seiner Mitglieder sein Amt aufgab.

Zu Recht benennt der Verlag als potentiellen Interessenten dieses Buchs den Rechtswissenschaftler, aber eben nicht nur diesen, sondern über den Kreis der Rechts- und Verfassungshistoriker hinaus den historisch, politologisch und soziologisch allgemein interessierten bzw. tätigen Leser sowie entsprechende Institute, Archive, Forschungseinrichtungen und Bibliotheken. Trotz des nicht gerade niedrigen Preises (198,— DM) wäre ihm eine große Verbreitung zum Nutzen seiner Leser sehr zu wünschen. Vors. Richter am Hess. VGH Dr. Wolfgang Teufel

Sozialrecht. Von Eberhard Eichenhofer. 1995, XIX, 303 S., brosch., 44,— DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Der Autor hat mit diesem Buch eine zusammenhängende Darstellung des geltenden deutschen Sozialrechts herausgegeben. Die Geschichte des Sozialrechts ist in Kurzform nachzulesen. Dessen wirtschaftliche Bedeutung ist skizziert. Die international-rechtliche Dimension wird aufgezeigt und der Verfassungsrahmen gezogen. Seine Stellung im Rechtssystem wird erklärt. Unter der Überschrift „Allgemeine Grundsätze“ werden abgehandelt die Rechtsquellen, der Sozialleistungsanspruch, das Verwaltungsverfahren, die Ausgleichsansprüche der Sozialleistungsträger und der Rechtsschutz. In einem zweiten Abschnitt wird das „Recht der sozialen Vorsorge“ beschrieben. Vorab werden die Grundzüge des Vorsorgeverhältnisses dargelegt. Anschließend werden die verschiedenen Formen des Vorsorgeverhältnisses generell und im einzelnen erörtert. Im Abschnitt III folgt das „Recht der sozialen Entschädigung“, in Abschnitt IV die „Soziale Förderung“ und in V (müßte es wohl heißen) das „Recht der sozialen Hilfen“.

Das, was das Buch so wertvoll für den Leser macht, ist die Gesamtschau des Sozialrechts, dargestellt vor dem Hintergrund der dogmatischen Rechtslehren, die in allen Rechtsgebieten gelten, ohne seine Verständlichkeit selbst für den rechtlich nicht vorgebildeten Leser zu verlieren. Wesentlich ist, daß die Übersicht in allen grundsätzlichen Einzelheiten, dennoch in faßlicher und übersichtlicher Form geboten wird. Die Beschränkung auf die Grundzüge des Sozialrechts läßt die Darstellung streitiger Meinungen nicht zu. Das ist in der gebotenen Form als Vorteil anzusehen. Insgesamt läßt sich sagen, wer eine leistungswerte Zusammenfassung des Sozialrechts, aus welchen Gründen auch immer sucht, der kann zu diesem Buch greifen.

Ministerialrat Dr. Manfred Schäfer

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1997

MONTAG, 10. FEBRUAR 1997

Nr. 6

Güterrechtsregister

731

GR 2231 — Neueintragung — 21. 1. 1997: Andreas Geißelhardt, geboren am 18. 7. 1966, Astrid Geißelhardt geb. Spahn, geboren am 17. 12. 1966, Bad Homburg v. d. Höhe. Durch Vertrag vom 3. Juli 1996 ist Gütertrennung vereinbart und der Versorgungsausgleich ausgeschlossen.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. 1. 1997

Amtsgericht

732

6 GR 981 — Neueintragung — 20. 1. 1997: Mäder, Hartmut, geboren am 29. 4. 1953, Mäder geb. Gruber, Brigitte, geboren am 18. 5. 1957, Weißenborn. Durch notariellen Vertrag vom 4. Mai 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Eschwege, 23. 1. 1997

Amtsgericht

733

GR 2633 — Neueintragung — 23. 1. 1997: Dr. med. dent Roth, Rainer, und Roth geb. Hentschel, Bettina, Weihergasse 18, Bad Nauheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 12. Dezember 1996.

Friedberg (Hessen), 23. 1. 1997

Amtsgericht

734

Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel

GR 2852 — 22. 10. 1996: Brkić, Samir, geboren am 22. November 1967, und Manuela Hehr-Brkić geb. Hehr, geboren am 30. Januar 1972, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 8. August 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2853 — 6. 11. 1996: Akkan, Zihni, geboren am 19. Januar 1968, und Ingrid Hoffmann, geboren am 25. September 1955, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 6. März 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2854 — 6. 11. 1996: Scharninghausen, Axel, geboren am 9. Juli 1962, und Margarete, geb. Steingen, geboren am 4. Juni 1962, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 27. August 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2855 — 6. 11. 1996: Flamme, Hans-Günter, geboren am 6. Juli 1942, und Petra, geb. Mans, geboren am 4. November 1953, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 29. August 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2856 — 21. 11. 1996: Kunert, Klaus, geboren am 11. Januar 1960, und Kunert-Rudolph, Sabine, geb. Rudolph, geboren am 24. Januar 1970, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 3. Mai 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2857 — 28. 11. 1996: Mihm, Frank, geboren am 1. Oktober 1946, und Birgit, geb. Martinsohn, geboren am 7. Oktober 1949, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 2. Juli 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2858 — 5. 12. 1996: Ernst, Ralph, geboren am 21. Dezember 1959, und Anja, geb. Löser, geboren am 20. März 1964, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 27. März 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2859 — 16. 12. 1996: Appel, Hans-Günther, geboren am 20. Juli 1939, und Ingeborg, geb. Schenk, geboren am 4. April 1939, beide in Fulda. Durch Vertrag vom 2. September 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2860 — 17. 1. 1997: Habermann, Frank, geboren am 6. Juni 1967, und Claudia, geb. Braun, geboren am 24. September 1966, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 14. November 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2861 — 17. 1. 1997: Hansen, Robert, geboren am 13. Juli 1956, und Elke, geb. Henkel, geboren am 17. April 1958, beide in Nieste. Durch Vertrag vom 19. Dezember 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2862 — 17. 1. 1997: Tropmann, Alexander, geboren am 10. Mai 1963, und Erika, geb. Dentzel, geboren am 25. September 1966, beide in Kassel. Durch Vertrag vom 11. November 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

Veränderung

GR 1671 A — 17. 10. 1996: Heine, Heinrich und Margrit, geb. Gasde. Durch Vertrag vom 9. August 1996 ist die Gütertrennung aufgehoben. Es gilt der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft.

Kassel, 28. 1. 1997

Amtsgericht

735

8 GR 1479 — Neueintragung — 9. 1. 1997: Bernhard Wilhelm Nermerich, Taxiunternehmer, geboren am 11. 3. 1939, und Dietlinde Runhild Nermerich geb. Guth, kfm. Angestellte, geboren am 24. 9. 1943, beide wohnhaft in Kelkheim. Durch notariellen Vertrag vom 26. Juli 1996 ist Gütertrennung vereinbart und die Berechtigung des jeweils anderen Ehegatten aus § 1357 BGB, Geschäfte mit Wirkung für einen Ehegatten zu besorgen, ausgeschlossen worden.

Königstein im Taunus, 17. 1. 1997

Amtsgericht

736

7 GR 1009 — Neueintragung — 9. 1. 1997: Medet Celik, geboren am 5. 1. 1972, und Marion Celik geb. Fuhr, geboren am 20. 7. 1964, Hohlstraße 15, 65594 Runkel-Ennerich. Durch notariellen Vertrag vom 3. September 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

Limburg a. d. Lahn, 9. 1. 1997

Amtsgericht

737

7 GR 1008 — Neueintragung — 28. 1. 1997: Kasper, Joachim, geboren am 16. 4. 1960, Frankfurter Straße 78, 65520 Bad Camberg, Renate Kasper geb. Paulus, geboren am 4. 12. 1957, Frankfurter Straße 78, 65520 Bad Camberg. Durch notariellen Vertrag vom 11. November 1996 ist Gütertrennung ausgeschlossen und der gesetzliche Güterstand vereinbart worden.

Limburg a. d. Lahn, 28. 1. 1997

Amtsgericht

738

GR 591 — Neueintragung — 23. 1. 1997: Blank geb. Berger, Wolf, Organisationspro-

grammierer, geboren am 14. 7. 1962 in Düsseldorf, und Blank, Vera Edeltraud, Unternehmensberaterin, geboren am 13. 2. 1961 in Mittelheim, beide Rheingaustraße 110, Oestrich-Winkel. Durch notariellen Vertrag vom 29. Juli 1996 ist Gütertrennung vereinbart.

Rüdesheim am Rhein, 23. 1. 1997

Amtsgericht

Vereinsregister

739

VR 641 — Neueintragung — 24. 1. 1997: Helft den Kindern von Tschernobyl, 36320 Kirtorf-Wahlen.

Alsfeld, 24. 1. 1997

Amtsgericht

740

VR 319 — Neueintragung — 20. 1. 1997: Deutsche Verkehrswacht — Ortsverkehrswacht Arolsen e. V. — in der Landesverkehrswacht Hessen e. V., Arolsen.

Arolsen, 20. 1. 1997

Amtsgericht

741

VR 1120 — Neueintragung — 23. 1. 1997: West- und Süddeutscher Verband für Altersforschung, Bad Homburg v. d. Höhe.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. 1. 1997

Amtsgericht

742

VR 749 — Neueintragung — 22. 1. 1997: Deutsch-Türkischer Kulturverein in 35688 Dillenburg.

Dillenburg, 22. 1. 1997

Amtsgericht

743

Neueintragungen beim Amtsgericht Friedberg (Hessen)

VR 952 — 23. 1. 1997: Trägerverein Hessische Apfelwein- und Obstwieseneroute im Wetteraukreis, Friedberg (Hessen).

VR 953 — 23. 1. 1997: C C Dorheimer Wetterfrösche, Friedberg, Stadtteil Dorheim.

VR 954 — 23. 1. 1997: Soziale Bürgerschutzorganisation, Friedberg (Hessen).

Friedberg (Hessen), 23. 1. 1997

Amtsgericht

744

VR 518 — Neueintragung — 13. 1. 1997: Ulrich Sonnemann Gesellschaft, Gudensberg.

Fritzlar, 13. 1. 1997

Amtsgericht

745

9 VR 1229 — Neueintragung — 16. 1. 1997: Kunstturnvereinigung „Fulda-Werra-Rhön“ Petersberg, Petersberg.

Fulda, 16. 1. 1997

Amtsgericht

746**Neueintragen beim Amtsgericht Groß-Gerau**

42 VR 1039 — 27. 1. 1997: Islamischer Kulturverein Bischofsheim und Umgebung e. V., Bischofsheim.

42 VR 1040 — 27. 1. 1997: Sängerkreis Groß-Gerau e. V., Groß-Gerau.

Groß-Gerau, 27. 1. 1997 **Amtsgericht**

747

VR 552 — Neueintragung — 21. 1. 1997: Feuerwehrverein Waldaubach, Driedorf-Waldaubach. Sitz: Driedorf-Waldaubach.

Herborn, 21. 1. 1997 **Amtsgericht**

748

VR 1712 — Neueintragung — 22. 1. 1997: Förderverein der Edith-Stein-Schule Offenbach, Sitz: Offenbach am Main.

Offenbach am Main, 22. 1. 1997 **Amtsgericht, Abt. 5**

Liquidationen**749**

Der Katholische Arbeitskreis für zeitgeschichtliche Fragen e. V. hat in der Mitgliederversammlung vom 28. November 1996 die Auflösung des Vereins einstimmig beschlossen. Zum Liquidator wurde der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Herr Dr. Friedrich Kronenberg, Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn, bestellt.

Der Liquidator fordert alle Gläubiger hiermit auf, eventuelle Ansprüche bis zum 30. April 1997 bei ihm anzumelden.

Bonn, 23. 1. 1997 **Der Liquidator**

750

Die Bertha-Kalb-Herling-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main ist mit Bescheid des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 15. Januar 1997 — III 11 a — 25 d 04/11 (12) — 146 — aufgehoben.

Gläubiger der Stiftung werden zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufgefordert. Anmeldungen sind zu richten an den Vorstand der Stiftung p. A. Dr. Rechtsanwälte Lindheimer, Oberweg 54, 60318 Frankfurt am Main.

Frankfurt am Main, 28. 1. 1997 **Bertha-Kalb-Herling-Stiftung**
— Der Vorstand —

751

Der Verein Deutsch-Amerikanische Gesellschaft Kassel e. V. wurde durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 13. Januar 1997 aufgelöst. Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich bei dem Liquidator, Herrn Helmut Breiter, Schuhkaufstraße 21, 34292 Kassel, zu melden.

Kassel, 28. 1. 1997 **Der Liquidator**

752

Der Verein Skiclub Weisser Adler Oberursel, Sitz Oberursel, wurde durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 14. November 1995 aufgelöst. Liquidatoren sind Wolfgang Herz, Oberursel, und Bernhard Sadin, Oberursel. Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich bei den Liquidatoren zu melden.

Oberursel, 29. 1. 1997 **Die Liquidatoren**

Nachlaßsachen**753**

6 VI G 28/96 — Beschluß: In der Nachlaßsache Walter Karl Wilhelm Güde, geboren am 5. 9. 1947 in Kassel, zuletzt wohnhaft gewesen in Wolfhagen, verstorben am 9. 9. 1996 in Singen (Hohentwiel), wird auf Antrag von Petra Güde geb. Pressler, der Alleinerbin, vom 16. Oktober 1996 Nachlaßverwaltung angeordnet.

Zur Nachlaßverwalterin wird bestellt: Rechtsanwältin Petra Deuker, Marktplatz 2, 34281 Gudensberg.

Wolfhagen, 5. 12. 1996 **Amtsgericht**

Vergleiche – Konkurse**754**

N 1/97 — Beschluß: Über das Vermögen der Gammeler Holding GmbH, Am Ringofen 2, 36304 Alsfeld, vertreten durch ihren Geschäftsführer Rainer Siggelkow, wurde am 10. Januar 1997, 13.15 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wurde ernannt: Rechtsanwalt Bernd Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 61169 Friedberg (Hessen).

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 10. März 1997.

Vor dem Amtsgericht Alsfeld, Amthof 12, Raum 17, werden folgende Termine abgehalten:

Mittwoch, 5. März 1997, 10.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

Montag, 17. März 1997, 10.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 28. Februar 1997 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre ist angeordnet.

Alsfeld, 10. 1. 1997/13. 1. 1997 **Amtsgericht**

755

6 N 138/96 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma Baur Computersysteme GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Nikola Baur, Taunusstraße 102 A, 61381 Friedrichsdorf, wird heute, am 22. Januar 1997, 11.30 Uhr, zur Sicherung der Masse Sequestration angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechtsanwalt Bernd Klose, Alt Seulberg 51, 61381 Friedrichsdorf/Ts.

Bad Homburg v. d. Höhe, 22. 1. 1997 **Amtsgericht**

756

6 N 7/97 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der

ASPAs-Verwaltungs- und Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Max-Planck-Straße 25, 61381 Friedrichsdorf/Ts., vertreten durch den Geschäftsführer Friedrich Echterdiek, wird heute, am 24. Januar 1997, 10.00 Uhr, zur Sicherung der Masse Sequestration angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechtsanwalt Dr. Gerhard T. Walter, Cronstettenstraße 30, 60322 Frankfurt am Main, Telefon: 0 69/95 91 10-0, Telefax: 0 69/95 91 10 12.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. 1. 1997 **Amtsgericht**

757

6 N 8/97 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der ASPA GmbH & Co. Verpackungsmaschinen KG, Max-Planck-Straße 25, 61381 Friedrichsdorf/Ts., vertreten durch den Geschäftsführer ASPA-Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Friedrich Echterdiek, wird heute, am 24. Januar 1997, 10.00 Uhr, zur Sicherung der Masse Sequestration angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechtsanwalt Dr. Gerhard T. Walter, Cronstettenstraße 30, 60322 Frankfurt am Main, Telefon: 0 69/95 91 10-0, Telefax: 0 69/95 91 10 12.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. 1. 1997 **Amtsgericht**

758

6 N 38/96 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen des Harald Zielinski, Köpperner Straße 46 a, 61381 Friedrichsdorf, wird heute, am 27. Januar 1997, um 9.00 Uhr, zur Sicherung der Masse Sequestration angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen den Schuldner verhängt. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechtsanwalt Bernd Klose, Alt Seulberg 51, 61381 Friedrichsdorf/Ts., Telefon: 0 61 72/7 55 50, Telefax: 0 61 72/7 59 32.

Bad Homburg v. d. Höhe, 27. 1. 1997 **Amtsgericht**

759

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma BCD Bauelemente und Computer-Distribution GmbH (Amtsgericht Wiesbaden, Aktenzeichen 62 N 136/93) soll die Schlußverteilung vorgenommen werden. Es steht ein Massebestand von 20 516,43 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 1 KO:	53,80 DM,
Rang § 61, I, 2 KO:	8 523,49 DM,
Rang § 61, I, 3 KO:	643,75 DM,
Rang § 61, I, 4 KO:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 5 KO:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 6 KO:	723,90 DM,
Summe:	9 944,94 DM.

Bad Schwalbach, 27. 1. 1997 **Der Konkursverwalter**
U. Maschmann
Rechtsanwalt und Notar

760

1 N 41/96: In dem Konkursantragsverfahren betreffend das Vermögen der Firma

Techno-Bau GmbH, Kasseler Straße 9, 61118 Bad Vilbel, vertreten durch den Geschäftsführer Zlatko Simunovic, wohnhaft Ostendstraße 50, 63150 Heusenstamm, ist am 13. Januar 1997, 10.00 Uhr, die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden. Verfügungen des Schuldners sind ebenso unwirksam wie Zahlungen, die Einziehungen von Forderungen oder Verrechnungen.

Sequester: Rechtsanwalt Bernd Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 61159 Friedberg (Hessen).

Bad Vilbel, 13. 1. 1997 **Amtsgericht**

761

4 N 60/96: Über das Vermögen der **Firma Dorfmühle Krüger Transportgesellschaft mbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Bernd Krüger, Wilhelmstraße 160, 64625 Bensheim, ist am 23. Januar 1997, um 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet:

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dipl.-Kfm. Klaus-Peter Woitas, Wilhelmstraße 28, 64625 Bensheim.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Mai 1997 in doppelter Ausfertigung bei dem Amtsgericht Bensheim anzumelden.

Termin zur Entscheidung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines anderen Konkursverwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses, Entscheidung nach §§ 132, 134, 137 und ggf. 204 KO

am 10. März 1997, um 14.00 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen und ggf. Entscheidung nach § 204 KO

am 7. Juli 1997, um 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Wilhelmstraße 26, 64625 Bensheim, Saal 203.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf an die Schuldnerin nichts mehr aushändigen oder leisten. Er muß den Besitz der Sache und der Forderung, für die er abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis zum 3. März 1997 anzeigen.

Bensheim, 24. 1. 1997 **Amtsgericht**

762

3 N 28/91 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Plastifa Gummiwarenfabrik, Ing. Walter Schmitt KG**, Gederner Straße 5, 63688 Gedern, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 KO).

Büdingen, 22. 1. 1997 **Amtsgericht**

763

3 N 24/93 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma HNR — Wand- und Deckenverkleidungs-GmbH in Liquidation**, Wiesenstraße 9, 63654 Büdingen, wird die Vergütung des Konkursverwalters auf 46 165,12 DM einschließlich Umsatzsteuerausgleich, die Auslagen auf 28,66 DM einschließlich Mehrwertsteuer festgesetzt.

Dem Konkursverwalter wird gestattet, die festgesetzten Beträge abzüglich der bereits erhaltenen Vorschüsse in Höhe von 29 650,— DM der Konkursmasse zu entnehmen.

Büdingen, 22. 1. 1997 **Amtsgericht**

764

61 N 249/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma dbs Diamant Bohrservice Markwort GmbH Messel**, vertreten durch die Geschäftsführer Werner Wolfgang Markwort und Hannelore Mark-

wort, Am Moersbach 6 a, 64409 Messel, wird Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung der Verwalterin bzw. des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Gegenstände bestimmt auf

Mittwoch, den 5. März 1997, 10.00 Uhr, Raum 126, I. Stock, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts, Julius-Reiber-Straße 15.

Für die Konkursverwalterin bzw. den Konkursverwalter werden festgesetzt:

27 611,67 DM Vergütung,
524,86 DM bare Auslagen (einschließlich MwSt.).

Darmstadt, 22. 1. 1997 **Amtsgericht**

765

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Karl-Heinz Hotz, Dreieich**, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 6 345,29 DM zuzüglich Zinsen, abzüglich noch anfallender Massekosten und Masseschulden (Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters, Gerichtskosten).

Zu berücksichtigen sind 309 056,33 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts in Langen zur Einsicht der Beteiligten aus.

Darmstadt, 25. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl. Rpfl. Klaus Köhle
Rechtsbeistand

766

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **dbs Diamant Bohrservice Markwort GmbH, Messel**, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 139 359,39 DM zuzüglich Zinsen, abzüglich noch anfallender Massekosten und Masseschulden (Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters, Gerichtskosten).

Zu berücksichtigen sind 129 424,27 DM bevorrechtigte und 420 958,79 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts in Darmstadt zur Einsicht der Beteiligten aus.

Darmstadt, 25. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl. Rpfl. Klaus Köhle
Rechtsbeistand

767

3 N 54/94: Im Konkursverfahren über das Vermögen der **Helga Mergelsberg, Münster**, wird zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf

Mittwoch, den 23. April 1997, 14.00 Uhr, Raum 117, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bei der Erlesmühle 1.

Dieburg, 21. 1. 1997 **Amtsgericht**

768

3 N 5/97 — **Beschluß**: In der Konkursantragssache **Firma Renowatherm GmbH, Wärme- und Schallsollierung**, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus-Dieter Küch, Reichensächser Straße 21, 37287 Wehretal, wird zur Sicherung der Masse am 24. Januar 1997, 9.30 Uhr, angeordnet:

Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen. Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Zum Sequester wird bestimmt: Rechtsanwalt Peter Bundbei, Reichensächser Straße 17 a, 37269 Eschwege.

Eschwege, 24. 1. 1997 **Amtsgericht**

769

81 N 267/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Tephax GmbH, Hanauer Landstraße 553, 60386 Frankfurt am Main**, hat das Konkursgericht Schlußtermin anberaumt auf Montag, 17. März 1997, 8.00 Uhr.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Frankfurt am Main, — Az. 81 N 267/95 — niedergelegt worden.

Die Summe der noch zu berücksichtigenden Masseverbindlichkeiten beträgt 168 280,19 DM. Die Summe der bevorrechtigten Forderungen beträgt 144 697,28 DM. Die Summe der nichtbevorrechtigten Forderungen beträgt 685 703,16 DM. Es ist ein Massebestand von 134 458,36 DM verfügbar, wovon noch notwendige Massekosten abgehen.

Frankfurt am Main, 21. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Dirk Pfeil
Betriebswirt

770

81 N 245/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmannes Volkhard Nebrich, Quellenstraße 12, Breuberg, Inhaber der eingetragenen Firma die Gastronomie Nebrich, Alte Oper Frankfurt, Inhaber Volkhard Nebrich, Opernplatz 1, Frankfurt am Main**, soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 249 592,22 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens abgehen.

Es sind zu berücksichtigen: Vorrechtsforderungen I/I von 495 115,06 DM, Vorrechtsforderungen I/II von 246 077,60 DM, Vorrechtsforderungen I/III von 8 430,— DM und nichtbevorrechtigte Forderungen II von 3 402 293,89 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

Frankfurt am Main, 24. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Manfred Burghardt
Rechtsanwalt

771

42 N 27/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma D.B.O. Bürobedarfs-Organisation Gosse & Co., Herrengarten 14, 35345 Wettenberg**, hat das Konkursgericht Gießen Schlußtermin anberaumt auf den 10. März 1997, 10.00 Uhr.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Gießen — Az. 42 N 27/94 — niedergelegt worden.

Die Summe der noch zu berücksichtigenden bevorrechtigten Forderungen beträgt 153 708,18 DM. Die Summe der nicht bevorrechtigten Forderungen beträgt 592 027,38 DM. Es ist ein Massebestand von 67 143,16 DM verfügbar, wovon noch notwendige Massekosten abgehen.

Frankfurt am Main, 24. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Dirk Pfeil
Betriebswirt

772

3 N 50/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Peter Baier GmbH, Industriestraße 16, 63674 Altenstadt**, hat das

Konkursgericht Büdingen Schlußtermin anberaumt auf den 13. März 1997, 10.00 Uhr.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Büdingen — Az. 3 N 50/94 — niedergelegt worden.

Die Summe der noch zu berücksichtigenden bevorrechtigten Forderungen beträgt 181 518,89 DM. Die Summe der nichtbevorrechtigten Forderungen beträgt 412 086,54 DM. Es ist ein Massebestand von 156 506,66 DM verfügbar, wovon noch notwendige Massekosten abgehen.

Frankfurt am Main, 24. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Dirk Pfeil
Betriebswirt

773

81 N 43/97: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Helmut Morgenthaler, Königslacher Straße 8, 60528 Frankfurt am Main, Inhaber der Firma Helmut Morgenthaler Betonwerkstechnik, mit weiterer Geschäftsanschrift in Kindleberstraße 140, 99867 Gotha, wird die Masseunzulänglichkeit gemäß § 60 KO bekanntgegeben.

Frankfurt am Main, 28. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Hans-Joachim Ritz
Rechtsanwalt

774

81 N 39/94 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma AVS Aviation Security Management GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Gustav Janßen, Flughafen Frankfurt am Main, Gebäude 458, Hausbriefkasten 145, 60549 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 13. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

775

81 N 1/95 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Restaurant Bommersheim GmbH, Hauptstraße 418, 65760 Eschborn-Niederhöchstadt, gesetzlich vertreten von den Geschäftsführern Anton Gert Bommersheim und Andreas Jobst, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 19. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

776

81 N 851/93 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Global Elemente Bau GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Heinz Jürgen Bölling, Hölderlinstraße 9, 60316 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 26. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

777

81 N 840/92 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma F. GG Friedman Gallery GmbH, Römerberg 8, 60311 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 27. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

778

81 N 49/96 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn Friedrich Hofmann, verstorben am 25. 7. 1995, zuletzt wohnhaft gewesen in Gutleutstraße 319, 60327 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 27. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

779

81 N 622/95 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 8. Februar 1995 verstorbenen Heinz Erich Herzog, zuletzt wohnhaft gewesen: Dillenburger Straße 54, 60439 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 2. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

780

81 N 764/95 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Klamotte GmbH in style boutique und Co. Kommanditgesellschaft, Große Eschenheimer Straße 43—45, 60313 Frankfurt am Main, endvertreten von der Geschäftsführerin Claudia Jöst, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 12. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

781

81 N 213/96 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn Heinrich Landrock, wohnhaft gewesen Ackermannstraße 23, 60326 Frankfurt am Main, verstorben am 24. Oktober 1995, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 12. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

782

81 N 504/96 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Ludwig Michel, geboren am 13. 12. 1943, Pfortengartenweg 59, 65931 Frankfurt am Main, wird gemäß § 204 KO mangels Masse eingestellt.

Frankfurt am Main, 2. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

783

81 N 226/96 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn Gerd Rudi Bruno Brandenburg, verstorben am 12. 6. 1995, letzter Wohnsitz: Dörnigheimer Straße 12, 60314 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 6. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

784

81 N 267/95 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der THE-PAX Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Wolfgang Richner und Regina Richner, Hanauer Landstraße 553, 60386 Frankfurt am Main, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den

17. März 1997, 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zimmer-Nr. 283, II. Stock, Gebäude A, Heiligkreuzgasse 34.

Für die Verwalterin werden festgesetzt:

a) Vergütung: 45 964,78 DM, zuzüglich 6 894,71 DM MwSt. bzw. Ausgleichsbetrag nach § 4 (5) S. 2 VergVO,

b) Auslagen: 541,20 DM, zuzüglich 81,18 DM MwSt.

Frankfurt am Main, 14. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

785

81 N 281/96 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 2. 5. 1995 verstorbenen Frau Marija Jagarinec geb. Lovrec, wohnhaft gewesen: Richard-Wagner-Straße 11, 60318 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 14. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

786

81 N 449/93 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Vereinigung der Behinderten und Seniorenfamilie BE — U — SE — FA e. V., Weberstraße 82, 60318 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 15. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

787

81 N 588/96 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der BEM Baustahlarmierung GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Hasan Dugan, Krißler Straße 32—34, 60326 Frankfurt am Main, werden für den Verwalter festgesetzt:

a) Vergütung: 7 973,50 DM zuzüglich 1 196,10 DM MwSt. bzw. Ausgleichsbetrag nach § 4 Abs. 5 S. 2 VergVO,

b) Auslagen: 72,40 DM zuzüglich 10,86 DM MwSt.

Frankfurt am Main, 15. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

788

81 N 13/97: Über den Nachlaß der Hausfrau Dorothea Rehberg, verstorben am 15. 5. 1996, wohnhaft gewesen Darmstädter Landstraße 27, Frankfurt am Main, wird heute, am 16. Januar 1997, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalterin: Frau Elke Knecht, Oppenheimer Landstraße 10, 60594 Frankfurt am Main, Tel.: 0 60 26/81 26.

Konkursforderungen sind bis zum 18. Februar 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

27. Februar 1997, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 18. Februar 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 16. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

789

81 N 245/93 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Volkhart Nebrich, Quellenstraße 12, 64747 Breuberg, Inhaber der eingetragenen Firma Die Gastronomie Nebrich Alte Oper Frankfurt Inhaber Volkhart Nebrich, Opernplatz 1, 60313 Frankfurt am Main,

wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den

12. Juni 1997, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zimmer Nr. 283, II. Stock, Gebäude A, Heiligkreuzgasse 34.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

- a) Vergütung: 127 884,— DM,
b) Auslagen: 1 031,32 DM,
jeweils einschließlich Steuer.

Frankfurt am Main, 20. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

790

81 N 586/95 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn Karl Heinz Linden, zuletzt wohnhaft gewesen Am Römerhof 34, Frankfurt am Main, verstorben zwischen dem 20. November und 26. November 1993, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 20. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

791

81 N 940/96: Über das Vermögen der FcF-First class Fashion Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Ilan Walzer, Frankfurter Straße 60—62, 65760 Eschborn, wird heute, am 20. Januar 1997, 8.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Norbert Michl, Großer Hirschgraben 15, 60311 Frankfurt am Main, Telefon: 91 30 92-0, Fax: 91 30 92-30.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 und 204 KO und Prüfungstermin am

Mittwoch, dem 5. März 1997, 8.10 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 28. Februar 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 20. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

792

81 N 1170/96: Über das Vermögen der Firma Team 80 Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Spezialisten für den Layoutsatz, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Günter Hummel, Eschersheimer Landstraße 88, 60322 Frankfurt am Main, wird heute, am 20. Januar 1997, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Norbert Michl, Großer Hirschgraben 15, 60311 Frankfurt am Main, Telefon: 91 30 92-0, Fax: 91 30 92-30.

Konkursforderungen sind bis zum 7. März 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 und 204 KO und Prüfungstermin am

Mittwoch, dem 12. März 1997, 7.40 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 7. März 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 20. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

793

81 VN 1/97 — **Beschluß:** Vergleichsverfahren über das Vermögen der Meteor Maschinen Ges. mbH, Kruppstraße 122, 60388 Frankfurt am Main, gesetzlich vertreten von dem Geschäftsführer Ernst Ottiger.

Nach Antragsrücknahme wird der Beschluß vom 15. Januar 1997 mit allen Maßnahmen aufgehoben.

Frankfurt am Main, 21. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

794

81 N 3/97: Über das Vermögen der Franz Friedrich Prinz von Preußen Vermögensberatungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Schillerstraße 5, gesetzlich vertreten von den Vorstandsmitgliedern Kai Knehr und René Behringer, wird heute, am 21. Januar 1997, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Stiftstraße 22, 60313 Frankfurt am Main, Telefon: 28 53 26.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

13. März 1997, 8.25 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 28. Februar 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 21. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

795

81 N 659/96 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der Frau Hedwig Margarete Elfriede Lange, verstorben am 17. 6. 1994, zuletzt wohnhaft in Röderbergweg 82, 60314 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 22. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

796

81 N 660/96 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der Frau Frieda Martha Selma Zimmermann, verstorben am 2. November 1995, zuletzt wohnhaft gewesen in Florstädter Straße 25—27, 60385 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Frankfurt am Main, 22. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

797

81 N 55/97: Über den Nachlaß der am 18. 7. 1996 verstorbenen Frau Heidrun Lubke, wohnhaft gewesen Klingerstraße 8, Frankfurt am Main, wird heute, am 22. Januar 1997, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Willi Rudolf, Zum-Jungen-Straße 3, 60320 Frankfurt am Main, Telefon: 56 67 39.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

20. März 1997, 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 28. Februar 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 22. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

798

1 N 31/96: Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Peter Design Ideen im Bad GmbH, Seckbacher Busch 67, 61118 Bad Vilbel (Az. 1 N 31/96, Amtsgericht Bad Vilbel).

Nach den Ermittlungen des Konkursverwalters ist die im o. a. Konkursverfahren bisher angefallene Konkursmasse zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger nicht ausreichend. Massekosten und Masse-schulden können demgemäß nur nach der Rangfolge des § 60 KO befriedigt werden.

Frankfurt am Main, 29. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Andreas Netzer
Rechtsanwalt

799

N 31/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma J. B. Hofmann & Co. Bauunternehmen KG, Homburger Straße 12, 61231 Bad Nauheim, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO)

zur Prüfung der noch nicht geprüften Forderungen,

zur Abnahme der Schlußrechnung,
zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände,

zur Anhörung der Gläubiger über die Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses,

Termin anberaumt auf Freitag, den 21. Februar 1997, 10.00 Uhr, Saal 28, im Gerichtsgebäude, Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18.

Für den Verwalter sind festgesetzt:

- a) Vergütung: 344 193,09 DM,
b) Auslagen: 9 585,49 DM.

Friedberg (Hessen), 20. 1. 1997 Amtsgericht

800

N 23/89 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Zahnfabrik Bad Nauheim GmbH & Co., vormals Zahnfabrik Hoddes, vertreten durch die Zahnfabrik Bad Nauheim, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bad Nauheim, Frankfurter Straße 70, 61231 Bad Nauheim, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO)

zur Prüfung der noch nicht geprüften Forderungen,

zur Abnahme der Schlußrechnung,
zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände,

zur Anhörung der Gläubiger über die Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses,

Termin anberaumt auf Freitag, 21. Februar 1997, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Saal 28.

Für den Verwalter sind festgesetzt:

- a) Vergütung 128 813,44 DM,
b) Auslagen 4 331,18 DM.

Friedberg (Hessen), 22. 1. 1997 Amtsgericht

801

N 66/94 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Götz Kossmann, Inhaber der Bad Nauheimer Bücherstube,

Hauptstraße 37, 61231 Bad Nauheim, wird, nachdem der im Vergleichstermin am 13. Dezember 1996 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 13. Dezember 1996 bestätigt wurde, aufgehoben.

Friedberg (Hessen), 23. 1. 1997 Amtsgericht

802

N 46/83 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Wibau Aktiengesellschaft, Wibaustraße, 63584 Gründau-Rothenbergen, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Anhörung über die Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin auf

Mittwoch, den 23. April 1997, 14.00 Uhr, Saal 13, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, 63571 Gelnhausen, bestimmt.

Gelnhausen, 24. 1. 1997 Amtsgericht

803

42 N 236/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma HR Dentaltechnik GmbH, Am Knuß 12, 63505 Langenselbold, vertreten durch den Geschäftsführer Rudolf Hack, wird die Vergütung des Sequesters gemäß Antrag vom 7. November 1996 auf 8 220,— DM zuzüglich 15% Mehrwertsteuer festgesetzt.

Die Auslagererstattung wird in Höhe von 100,— DM zuzüglich 15% Mehrwertsteuer festgesetzt. Die Kosten der Sequestration trägt die Gemeinschuldnerin.

Die Vergütung kann der Konkursmasse entnommen werden. Insoweit konnten dem Antrag und der dort dargelegten Begründung voll umfänglich gefolgt werden. Gründe für eine abweichende Beurteilung haben sich nicht ergeben.

Hanau, 16. 1. 1997 Amtsgericht, Abt. 42

804

42 N 2/96: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Roland Jung Bedachungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, 63477 Maintal, vertreten durch den Geschäftsführer Roland Jung, wird die Vergütung des Sequesters gemäß Antrag vom 24. Juni 1996 auf 543,38 DM inkl. 15% MwSt. festgesetzt. Die Kosten der Sequestration trägt die Gemeinschuldnerin.

Die Vergütung kann der Konkursmasse entnommen werden. Gründe: Dem Antrag und der darin angeführten Begründung konnte gefolgt werden; es wurden keine Tatsachen vorgebracht, die zu einer abweichenden Beurteilung geführt hätten.

Hanau, 24. 1. 1997 Amtsgericht, Abt. 42

805

42 N 152/95: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Immo Bau GmbH, Kanalortplatz 5, 63450 Hanau, vertreten durch den Geschäftsführer Uwe Held, ist mangels Masse eingestellt (§ 204 KO).

Hanau, 27. 1. 1997 Amtsgericht, Abt. 42

806

650 N 108/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der B + B Guss GmbH, Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel, vertreten durch den Geschäftsführer Dirk Bubenzer, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 7. März 1997, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 201 (Sitzungssaal 1).

Kassel, 16. 1. 1997 Amtsgericht, Abt. 650

807

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma RENT Mietservice Verwaltungsges. mbH, 34131 Kassel, Wilhelmshöher Allee 320 — Az. 651 N 198/86 —, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar ist ein Massebestand von z. Z. 7 809,85 DM zuzüglich Zinsen, abzüglich noch anfallender Massekosten und Masse-schulden.

Zu berücksichtigen sind nicht bevorrechtigte Forderungen nach § 61 Ziffer VI KO von 439 924,56 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme durch die beteiligten Gläubiger aus beim Amtsgericht, 34111 Kassel, Friedrichstraße 32—34, Zimmer Nr. 206, zu den dort üblichen Geschäftszeiten.

Kassel, 23. 1. 1997 Der Konkursverwalter
Lepper, Rechtsanwalt

808

8 (1) N 5/93: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinz-Horst Jäger, Am Waldecker Berg 16, 34497 Korbach, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 KO).

Korbach, 6. 12. 1996 Amtsgericht

809

Im Konkursverfahren über den Nachlaß der am 14. 5. 1995 verstorbenen Elisabeth Schreiner, zuletzt wohnhaft gewesen Hainer Hof 9 in Frankfurt am Main, 81 N 507/96, soll die Schlußverteilung erfolgen. Die Genehmigung des Gerichtes liegt vor. Das Verzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle beim Amtsgericht Frankfurt unter 81 N 507/96 zur Einsichtnahme niedergelegt. Der verfügbare Massebestand beträgt 3 590,79 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters und die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 0,00 DM bevorrechtigte und 7 601,68 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Kronberg im Taunus, 1. 2. 1997

Die Konkursverwalterin
Angelika A m e n d
Rechtsanwältin

810

N 72/92 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Motorrent Autovermietung und Leasing GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Ute Riechers, Bürgerstraße 14, 69124 Heidelberg, wird das Konkursverfahren mangels Masse eingestellt.

Lampertheim, 17. 1. 1997 Amtsgericht

811

7 N 68/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma TOP CLEAN Gebäudeservice GmbH, Am Lachengraben 5, 63303 Dreieich, vertreten durch den Geschäftsführer Norbert Sauer, ist die Vergütung des früheren Verwalters auf 23 937,17 DM und seine Auslagen auf 580,22 DM (jeweils inkl. Steuer) festgesetzt.

Langen, 17. 1. 1997 Amtsgericht

812

7 N 133/96: Über das Vermögen der Firma „DAMM SWENSSON Agentur GmbH“, Schloß Philippseich, 63303 Dreieich, vertreten durch die Geschäftsführer a) Torsten Damm, Bahnstraße 80, 63225 Langen, b) Joachim Swensson, Bahnstraße 82, 63225 Langen, ist am 24. Januar 1997, 18.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Dipl.-Betriebswirt Bardo Sigwart, Ostend 14, 64347 Griesheim, Tel.: 0 61 55/60 93-0 oder 63 93 10, Fax: 0 61 55/6 62 97.

Konkursforderungen sind bis 10. April 1997, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 13. März 1997, 10.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 22. Mai 1997, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, 10. April 1997 anzeigen.

Langen, 27. 1. 1997 Amtsgericht

813

7 N 170/96 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der Firma „LAL Mode Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, Weserstraße 11, 63225 Langen, vertreten durch den Geschäftsführer Subeet Kapoor, ebenda, — Schuldnerin —, wird die Sequestration angeordnet.

Zum Sequester wird Dipl.-Rpfl. Klaus Köhle, Heidelberger Straße 195, 64285 Darmstadt, Tel.: 0 61 51/6 09 70, Fax: 0 61 51/60 97-60/61 bestellt.

Zur Sicherung der Masse wird ferner angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Langen, 17. 12. 1996 Amtsgericht

814

7 N 10/96 — Beschluß: Über das Vermögen der Firma Autovermietung Kessler GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Peter Kessler, Im Dachsstück 4, 65549 Limburg a. d. Lahn, wird heute, 22. Januar 1997, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Fahnster, Jens, Kölnstraße 135, 53757 St. Augustin.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 24. Februar 1997.

Vor dem Amtsgericht, Raum 102, Erdgeschoß, Schiede 14, im Gerichtsgebäude A, werden folgende Termine abgehalten:

Donnerstag, den 13. März 1997, 9.45 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 24. Februar 1997 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet, dies gilt nicht für Postsendungen der Justizbehörden.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Kreissparkasse in Siegburg, BLZ 386 500 00, Kto.-Nr. 022 016 661.

Limburg a. d. Lahn, 22. 1. 1997 Amtsgericht

815

7 N 2 und 6/97: Konkursantragsverfahren betreffend Firma Gebrüder Hafner GmbH & Co. KG, vertreten durch die Hafner & Co. GmbH und Firma Hafner & Co. GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Helmut und Eckhard Hafner, Runkel, Oberstraße 1.

Den Schuldner ist am 23. Januar 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie dürfen auch keine Forderungen einziehen.

Limburg a. d. Lahn, 23. 1. 1997 Amtsgericht

816

7 N 33/93: Konkursverfahren über das Vermögen des Nachlasses des am 3. Januar 1990 in Limburg a. d. Lahn verstorbenen Dr. med. Peter Otto Alexander Matschoss, zuletzt wohnhaft gewesen Laibachstraße 13, 65549 Limburg a. d. Lahn, geboren am 25. Dezember 1939 in Stuttgart.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Dr. Peter Otto Alexander Matschoss, Limburg a. d. Lahn, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Limburg a. d. Lahn, 16. 1. 1997 Amtsgericht

817

7 N 5/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fernseh- und Video Wagner GmbH wird dem Konkursverwalter auf seinen Antrag hin gestattet, der Konkursmasse einen Vorschub auf seine Vergütung und Auslagen in Höhe von 3 000,— DM zu entnehmen.

Limburg a. d. Lahn, 22. 1. 1997 Amtsgericht

818

7 N 60/96: Über das Vermögen der Firma Wilhelm, Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau KG, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Jörg Kremers, Weserstraße 4, 65549 Limburg a. d. Lahn, wird heute, 27. Januar 1997, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Fahner, Jens, Kölnstraße 135, 53757 St. Augustin-Hangelar.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 20. März 1997.

Vor dem Amtsgericht, Raum B 11, Erdgesch., Walderdorffstraße 12, Gerichtsgebäude B, werden folgende Termine abgehalten:

18. April 1997, 10.15 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. März 1997 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet. Ausgenommen hiervon sind Sendungen des Konkursverwalters und des Konkursgerichtes.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Kreissparkasse Weilburg, Konto: 100 453 703.

Limburg a. d. Lahn, 27. 1. 1997 Amtsgericht

819

7 N 324/96: Über das Vermögen der Firma B & K Auto GmbH, Spremlinger Landstraße 147, 63069 Offenbach am Main, vertreten durch den Geschäftsführer Rainer Keckstein, wird heute, am 22. Januar 1997, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter Sieber, Arndtstraße 15, 60325 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis 1. April 1997 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

Dienstag, 4. März 1997, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Freitag, 18. April 1997, 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Gebäude D, Kaiserstraße 42 (Hinterhaus), 3. Stock, Saal 311.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 3. März 1997.

Offenbach am Main, 22. 1. 1997 Amtsgericht

820

7 N 7/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Druckhaus Köhler GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Bruno Köhler, Max-Planck-Straße 9, 63128 Dietzenbach, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur evtl. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, den 24. April 1997, 14.00 Uhr, Raum 311, III. Stock, im Gerichtsgebäude D, Kaiserstraße 42 (Hinterhaus), Offenbach am Main.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 185 959,14 DM, die baren Auslagen auf 1 219,37 DM festgesetzt.

Offenbach am Main, 22. 1. 1997 Amtsgericht

821

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Nassovia Bergbaugesellschaft mbH, Frankfurter Straße 54, 65549 Limburg a. d. Lahn, Amtsgericht Limburg, Az. 7 N 3/93, soll die Schlußverteilung stattfinden. Der verfügbare Verfahrenüberschuß in Höhe von 17 364,23 DM, der sich noch um Umsatzsteuererstattungsansprüche für 1996 und 1997 erhöht, reicht aus, die noch offenen Masseverbindlichkeiten gemäß § 58 Nr. 2 KO zu begleichen. Die Konkursgläubiger erhalten keine Zahlungen.

Das Schlußverzeichnis liegt bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Limburg (Konkursgericht) zur Einsichtnahme aus.

Sankt Augustin, 28. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Kalk er, Steuerberater

822

N 85/96: Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Monika Ruppert, Autovermietung, Allensteiner Straße 4, 63110 Rodgau.

Der Schuldnerin ist am 20. Januar 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf keine Außenstände einziehen.

Seligenstadt, 20. 1. 1997 Amtsgericht

823

4 N 8/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der B & S — Bickel & Schmidt, Metalltechnik GmbH in Schmitten, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 Konkursordnung) und zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf den

18. März 1997, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Usingen, Weillburger Straße 2, 1. OG, Zimmer Nr. 16, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 46 735,50 DM zuzüglich Umsatzsteuer ausgleich von 3 260,62 DM, die zu erstattenden Auslagen werden auf 581,83 DM inkl. Mehrwertsteuer abzüglich bereits gezahlter Vorschüsse in Höhe von 36 500,— DM festgesetzt.

Usingen, 23. 1. 1997 Amtsgericht

824

3 N 1/97: In dem Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Kilic GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Eshat Kilic, Lahnstraße 26, 35633 Lahnau, ist am 24. Januar 1997 die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Verfügungen der Schuldnerin sind ebenso unwirksam wie Zahlungen, die Einziehung von Forderungen oder Verrechnungen.

Wetzlar, 24. 1. 1997 Amtsgericht

825

3 N 93/96 und 3 N 99/96: In dem Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Protel Hotel-Projekt-Entwicklungs GmbH & Co. Beratungs- und Immobilien KG, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Steffen Winkelhaus, Ernst-Leitz-Straße 47, 35578 Wetzlar, ist am 27. Januar 1997 die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Verfügungen der Schuldnerin sind ebenso unwirksam wie Zahlungen, die Einziehung von Forderungen oder Verrechnungen.

Wetzlar, 27. 1. 1997 Amtsgericht

826

62 N 32/96: Über das Vermögen der Noble House Diamanten GmbH i. L., vertreten durch die Liquidatorin Inge Fleischer, Friedrichstraße 14, 65185 Wiesbaden, wird heute, am 16. Januar 1997, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ulrich Maschmann, Am Kurpark 6—8, 65307 Bad Schwalbach.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 24. Februar 1997. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 24. Februar 1997.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Montag, dem 10. März 1997, 9.00 Uhr, Zimmer 402, IV. Stock, Moritzstraße 5.

Wiesbaden, 16. 1. 1997 Amtsgericht

827

62 N 157/96: Über das Vermögen der **HILAL Bau-GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin Rabiye Temel, Fritz-Ulmann-Straße 2, 55252 Mainz-Kastel, wird heute, Montag, 20. Januar 1997, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dieter Rosenkranz, Rheinstraße 19, 65185 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 17. Februar 1997. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 17. Februar 1997.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Montag, 3. März 1997, 10.30 Uhr, Zimmer 402, IV. Stock, Amtsgericht Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5.

Wiesbaden, 20. 1. 1997 Amtsgericht

828

62 N 241/96: Konkursantragsverfahren betreffend **Z & H Bau GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin Zeki Yildiz, Wailramstraße 14—16, 65183 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 20. Januar 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 20. 1. 1997 Amtsgericht

829

62 N 2/97: Konkursantragsverfahren betreffend **Jürgen Wierling**, Inhaber der Firma **Wico Service und Montage**, Hasengartenstraße 36 b, 65189 Wiesbaden.

Dem Schuldner ist am 20. Januar 1997 verboten worden, über Gegenstände seines Vermögens zu verfügen. Er darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 20. 1. 1997 Amtsgericht

830

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **FFIL Mobilien Leasing GmbH** (Amtsgericht Wiesbaden, Aktenzeichen 62 N 95/94) soll die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Es steht ein Massebestand von 70 306,95 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 1:	10 959,79 DM,
Rang § 61, I, 2:	125 359,85 DM,
Rang § 61, I, 3:	400,— DM,
Rang § 61, I, 4:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 5:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 6:	0,00 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden zu Aktenzeichen 62 N 95/94 zur Einsicht niedergelegt.

Wiesbaden, 24. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Peter Klein, Rechtsanwalt

831

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **FSL Fachsanatorium Dr. Lauff Verwaltungs GmbH** (Amtsgericht Wiesbaden, Aktenzeichen 62 N 20/96) soll die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Es steht ein Massebestand von 4 709,91 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 1:	4 954,95 DM,
Rang § 61, I, 2:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 3:	400,00 DM,
Rang § 61, I, 4:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 5:	0,00 DM,
Rang § 61, I, 6:	122 691,17 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden zu Aktenzeichen 62 N 20/96 zur Einsicht niedergelegt.

Wiesbaden, 27. 1. 1997

Der Konkursverwalter
Peter Klein, Rechtsanwalt

832

62 N 208/96 — Beschluß: Über das Vermögen der Firma **Feller und Gecks KG**, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Sabine Ritter, Friedrichstraße 31, 65185 Wiesbaden, wird heute, Freitag, 10. Januar 1997, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gesellschaft überschuldet und zahlungsunfähig ist und einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter Klein, Nassauer Straße 6, 65187 Wiesbaden.

Konkursforderungen sind bis zum 17. Februar 1997 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Prüfung angemeldeter Forderungen am

Montag, dem 3. März 1997, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV. Stock, Zimmer 402.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 17. Februar 1997 anzeigen.

Es wird Post- und Telegrafensperre angeordnet.

Wiesbaden, 10. 1. 1997 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

833

K 70/94: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld, Bezirk Bad Hersfeld, Band 346, Blatt 11498, eingetragene Teileigentum, Grundstücksanteil zu 1 061,502/100 000 an dem Grundstück der Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 43, Flurstück 51/4, Gebäude- und Freifläche, Löhrgasse 1, 3, Klosterplatz 1 und 3, An der Untergels, Größe 54,59 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Gewerbefläche im Erdgeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 38 bezeichnet; es handelt sich um eine gewerblich genutzte vermietete Teilfläche eines Verkaufsgeschäftes, ca. 75 qm groß, soll am Freitag, dem 23. Mai 1997, 8.30 Uhr, Saal 11, Erdgeschoß, Dudenstraße 10, 36251 Bad Hersfeld, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 9. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Julius Kalafar, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils mit Sondereigentum ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 000,— DM.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag bereits nach § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 23. 1. 1997 Amtsgericht

834

6 K 22/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Homburg v. d. Höhe, Blatt 5152,

Gemarkung Bad Homburg, Flur 11, Flurstück 179/6, Hof- und Gebäudefläche, Höhestraße 10 a, Größe 3,74 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. April 1997, 10.00 Uhr, Baum 120, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 5. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Irmgard Meister,
2. Hans-Joachim Fröhlich,
— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 200 000,— DM für beiderseits angebautes 3geschossiges Büro- und Wohnhaus mit Unterkellerung und ausgebautem Dachgeschoß, Baujahr 1905, ab 1965 Teilmodernisierung und Renovierung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Homburg v. d. Höhe, 20. 12. 1996
Amtsgericht

835

4 K 65/96: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch (Wohnungsgrundbuch) von Lorsch, Band 230, Blatt 8687, lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 25/100 an dem Grundstück Gemarkung Lorsch, Flur 10, Flurstück 80, Gebäude- und Freifläche, Schillerstraße 49, Größe 7,71 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichnet,

— je zur Hälfte —,

soll am Montag, dem 12. Mai 1997, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 7. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Adam Wahlig, Schillerstraße 49, 64653 Lorsch,

Brigitte Wahlig geb. Schweinsberger, da-
selbst.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Bensheim, 22. 1. 1997

Amtsgericht

836

7 K 64/96: Folgendes Grundeigentum, ein-
getragen im Grundbuch von Rohrbach, Band
26, Blatt 1084, halber Miteigentumsanteil an
dem Grundstück,

Gemarkung Rohrbach, Flur 1, Nr. 572, Ge-
bäude- und Freifläche, Am Tintengraben 1,
Größe 8,88 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Mai 1997, um
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Stiegelwiese
1, Erdgeschoß, Saal 3, durch Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 6. 1996
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-
merks):

Petra Römer, Büdingen/Rohrbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

305 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Büdingen, 20. 1. 1997

Amtsgericht

837

7 K 12/96: Folgendes Grundeigentum, ein-
getragen im Grundbuch von Altenstadt,
Band 45, Blatt 1765,

Gemarkung Altenstadt, Flur 2, Nr. 278/1,
Hof- und Gebäudefläche, Hadrianstraße 3,
Größe 13,08 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Mai 1997, um
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Stiegelwiese
1, Erdgeschoß, Saal 3, durch Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 2. 1996
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-
merks):

Walter Ihra, Altenstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

830 000,— DM.

In einem früheren Termin wurde der Zu-
schlag gemäß § 74 a ZVG versagt.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Büdingen, 20. 1. 1997

Amtsgericht

838

7 K 36/96: Folgendes Grundeigentum, ein-
getragen im Grundbuch von Rodenbach,
Band 23, Blatt 834, Gemarkung Rodenbach,

BV Nr. 1, Flur 1, Nr. 7, Hof- und Gebäu-
defläche, Ortenberger Straße 26, Größe 7,34
Ar,

BV Nr. 8, Flur 5, Nr. 295, Ackerland (Obst-
baumstück), Am Kerlesweg, Größe 14,38 Ar,
BV Nr. 30, Flur 3, Nr. 93, Landwirt-
schaftsfläche, Im Galgengrund, Größe
102,45 Ar,

BV Nr. 31, Flur 4, Nr. 16, Landwirt-
schaftsfläche, Neben der Bachspringe, Größe
319,46 Ar,

BV Nr. 32, Flur 4, Nr. 37, Landwirt-
schaftsfläche, Am Reutersweg, Größe 86,63
Ar,

BV Nr. 33, Flur 7, Nr. 27, Landwirt-
schaftsfläche, Mergeläcker, Größe 54,46 Ar,
BV Nr. 34, Flur 7, Nr. 30, Landwirt-
schaftsfläche, Mergeläcker, Größe 10,16 Ar,

BV Nr. 35, Flur 7, Nr. 38, Landwirt-
schaftsfläche, Auf der alten Höhl, Größe
55,78 Ar,

BV Nr. 36, Flur 7, Nr. 47, Landwirt-
schaftsfläche, Rosengarten, Größe 84,56 Ar,
BV Nr. 37, Flur 7, Nr. 69, Landwirt-
schaftsfläche, Am Reutersweg, Größe 30,56
Ar,

BV Nr. 38, Flur 7, Nr. 126, Landwirt-
schaftsfläche, Gässchengärten, Größe 3,41
Ar,

BV Nr. 39, Flur 7, Nr. 129, Landwirt-
schaftsfläche, Gässchengärten, Größe 2,31
Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. Juni 1997, um
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Stiegelwiese
1, Erdgeschoß, Saal 3, zur Aufhebung der
Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 6. 1996
(Tag der Eintragung des Zwangsvolleistungs-
vermerks):

a) Margot Hetterich geb. Dächer, Alten-
stadt,

b) Doris Berak geb. Hetterich, Altenstadt,

c) Barbara Kraft geb. Hetterich, Alten-
stadt,

zu b), c) — in Erbengemeinschaft — und zu
a) bis c) — in beendeter, nicht auseinander-
gesetzter Gütergemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes wird gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 7 auf 725 000,— DM,

Flur 5, Nr. 295 auf 4 314,— DM,

Flur 3, Nr. 93 auf 20 490,— DM,

Flur 4, Nr. 16 auf 63 892,— DM,

Flur 4, Nr. 37 auf 17 326,— DM,

Flur 7, Nr. 27 auf 10 892,— DM,

Flur 7, Nr. 30 auf 2 032,— DM,

Flur 7, Nr. 38 auf 11 156,— DM,

Flur 7, Nr. 47 auf 16 912,— DM,

Flur 7, Nr. 69 auf 6 112,— DM,

Flur 7, Nr. 126 auf 682,— DM,

Flur 7, Nr. 129 auf 462,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Büdingen, 23. 1. 1997

Amtsgericht

839

61 K 88/95: Das im Grundbuch von Ober-
Ramstadt, Band 167, Blatt 7169, eingetra-
gene Grundeigentum,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ober-Ramstadt,
Flur 17, Flurstück 218/12, Gebäude- und
Freifläche, Im Seesengrund 20, Größe 15,65
Ar,

soll am Dienstag, dem 27. Mai 1997, 9.00
Uhr, Saal 109, I. Stock, im Gerichtsgebäude
des Amtsgerichts Darmstadt, Julius-Reiber-
Straße 15, durch Zwangsvolleistung ver-
steigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 8. 1995
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Irene Hees geb. Seeger, geboren am 22. 4.
1939, Darmstadt-Eberstadt.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Darmstadt, 30. 12. 1996

Amtsgericht

840

61 K 108/95: Das im Grundbuch von Roß-
dorf, Band 152, Blatt 5940, eingetragene
Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Roßdorf, Flur 3,
Flurstück 596, Gebäude- und Freifläche, Vö-
sendorfring 29, Größe 5,25 Ar,

soll am Dienstag, dem 13. Mai 1997, 9.00
Uhr, I. Stock, im Gerichtsgebäude des Amts-
gerichts Darmstadt, Julius-Reiber-Straße

15, durch Zwangsvolleistung versteigert
werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 8. 1995
(Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Josef Wolny, geboren am 31. 5. 1954,
64380 Roßdorf,

b) seine Ehefrau Petra Wolny geborene
Zimpel, geboren am 6. 3. 1960, 64380 Roß-
dorf, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

761 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Darmstadt, 30. 12. 1996

Amtsgericht

841

61 K 65/96: Der im WE-Grundbuch von
Darmstadt, Bezirk II, Band 111, Blatt 4193,
eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1: 207,792/1 000 Miteigentumsan-
teil am Grundstück Gemarkung Darmstadt,
Flur 2, Flurstück 773/1, Gebäude- und Frei-
fläche, Liebfrauenstraße 81, Größe 1,43 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an
der Wohnung nebst Keller, im Aufteilungs-
plan bezeichnet mit Nr. 3,

soll am Donnerstag, dem 15. Mai 1997,
13.00 Uhr, Zimmer 8, Erdgeschoß, im Ge-
richtsgebäude des Amtsgerichts Darmstadt,
Julius-Reiber-Straße 15, durch Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 5. 1996
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Jürgen Artur Lehmann, geboren am
1. Juli 1961, Darmstadt.

Der Wert des Grundeigentums, verbunden
mit dem Sondereigentum, ist gemäß § 74 a
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 202 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Darmstadt, 15. 1. 1997

Amtsgericht

842

61 K 20/96: Das im Grundbuch von Traisa,
Band 21, Blatt 1050, eingetragene Grundeig-
entum,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Traisa, Flur 4, Flur-
stück 85/32, Hof- und Gebäudefläche, Wein-
gartenstraße 31, Größe 11,15 Ar,

soll am Donnerstag, dem 12. Juni 1997,
10.00 Uhr, Saal 8, Erdgeschoß, im Gerichts-
gebäude des Amtsgerichts Darmstadt, Ju-
lius-Reiber-Straße 15, zur Aufhebung der
Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 2. 1996
(Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Dr. med. Karl Schuba,

b) Hildegard Schuba geb. Kröger, beide
Nieder-Ramstadt, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf

795 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

Darmstadt, 17. 1. 1997

Amtsgericht

843

84 K 207/93: Das im Grundbuch-Bezirk 33
des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band
146, Blatt 4906, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 593, Flur-
stück 32, Hof- und Gebäudefläche, Dreieich-
straße 31 (Einfamilienwohnhausgrund-
stück), Größe 1,93 Ar,

soll am Freitag, dem 30. Mai 1997, 9.00
Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße
2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137,
durch Zwangsvolleistung versteigert wer-
den.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 9. 1993 (Versteigerungsvermerk):

Frau Renate Buchholz-Henecker geborene Heinrich, Dreieichstraße 31, 60594 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

350 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 4. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

844

84 K 397/95: Das im Grundbuch-Bezirk 34 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 268, Blatt 9086, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt am Main 34, Flur 6, Flurstück 3/7, Gebäude- und Freifläche, Hersfelder Straße 13, Größe 1,59 Ar,

soll am Freitag, dem 23. Mai 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 2. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Frau Eva Maria Jölli, Weberstraße 34, 60318 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

410 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 3. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

845

84 K 172/95: Das im Grundbuch-Bezirk Eschborn des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 89, Blatt 2601, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 12,461/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Eschborn, Flur 5, Flurstück 316/12, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße 3, Größe 49,74 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 6. Obergeschoß, Nr. 341 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 2561—2600, 2602—2614) (Zweizimmerwohnung),

soll am Donnerstag, dem 12. Juni 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 7. 1995 (Versteigerungsvermerk):

Syed Tahir Shafique, verstorben am 10. 8. 1995.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 6. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 84

846

84 K 93/95: Das im Grundbuch-Bezirk 57 (Höchst) des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 108, Blatt 3091, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 1 370,86/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Höchst, Flur 8, Flurstück 421/16, Gebäude- und Freifläche, Zuckschwerdtstraße 31, Größe 6,82 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen der Wohnung nebst einem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 11; Sondernutzungsrechte am Kfz-Abstellplatz Nr. 11;

soll am Montag, dem 26. Mai 1997, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 5. 1995 (Versteigerungsvermerk):

P Bau G Planungs- und Baugesellschaft mbH & Co. Objekt Zuckschwerdtstraße KG, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Bettina Fronapfel, Gerlachstraße 41, 65929 Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

538 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 26. 11. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

847

84 K 205/92: Das im Grundbuch-Bezirk Harheim des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Bad Vilbel, Band 55, Blatt 2361, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Harheim, Flur 6, Flurstück 262/23, Gebäude- und Freifläche, Gonzenheimer Straße 4, Größe 3,95 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. Juni 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 1. 1993 (Versteigerungsvermerk):

Konrad Hermann Hoffmann, Gonzenheimer Straße 4, 60437 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

710 000,— DM.

Im Versteigerungstermin am 20. Dezember 1994 erfolgte Zuschlagsversagung wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze. § 85 a ZVG und § 74 a ZVG kommen deshalb nicht mehr zur Anwendung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 10. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

848

42 K 10/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Leihgestern, Band 52, Blatt 1944,

lfd. Nr. 1, Flur 15, Nr. 34, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 67, Größe 12,31 Ar (Wohngebäude mit Büroanbau),

soll am Mittwoch, dem 23. April 1997, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude A, Gutfleischstraße 1, Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 2. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Marion Gruber geb. Wächter (jetzt Wächter-Morcinietz).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

843 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 21. 1. 1997

Amtsgericht

849

24 K 73/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Dornberg, Band 16, Blatt 588,

BV lfd. Nr. 1: 138,52/10 000 Miteigentumsanteil an Grundstück Dornberg, Flur 1, Nr. 19/6, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Europaring 2, Größe 53,72 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 54 sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Kfz-Abstellplatz, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 54,

soll am Donnerstag, dem 10. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 7. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Franco Grilli.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

217 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 23. 12. 1996

Amtsgericht

850

24 K 88/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Trebur, Band 111, Blatt 4422,

BV lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 799, Ackerland, Auf die Leimenkaute, Größe 19,64 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 8. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

van Venrooy, Klaus.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

14 730,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 7. 1. 1997

Amtsgericht

851

24 K 69/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Goddelau, Band 93, Blatt 3473,

BV lfd. Nr. 1: 5/8 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 2, Nr. 20, Gebäude- und Freifläche, Starkenburger Straße 9, Größe 7,93 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 2 des Aufteilungsplans sowie weiteren Sondernutzungsrechten, soll am Montag, dem 14. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 7. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Stefan Szymura.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

280 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 9. 1. 1997

Amtsgericht

852

24 K 1/95: Folgender Grundbesitz, halber Miteigentumsanteil des Wolfgang Jänicke, eingetragen im Grundbuch von Mörfelden, Band 103, Blatt 5685,

BV lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 486/1, Hof- und Gebäudefläche, Schumannstraße 15, Größe 2,82 Ar,
soll am Freitag, dem 18. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 4. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Jänicke,
Adela Jänicke,

— je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für den halben Miteigentumsanteil auf 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 15. 1. 1997 **Amtsgericht**

853

7 K 6/96: Das im Grundbuch von Langendernbach, Band 40, Blatt 1463, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Flur 50, Flurstück 41, Gebäude- und Freifläche, Bühelstraße 21, Größe 6,64 Ar,

soll am Freitag, dem 25. April 1997, 9.00 Uhr, Raum 7, Erdgeschoß, Gymnasiumstraße 2, 65589 Hadamar, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 3. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Fröhlich, Paul, geboren am 5. 3. 1936,

Hochrück 1, Elbtal-Elbgrund,
2. Fröhlich, Gerhard, geboren am 27. 12. 1932, Insbachstraße 1, 65599 Dornburg-Langendernbach,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

21 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 20. 1. 1997 **Amtsgericht**

854

42 K 94/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ravolzhausen, Band 43, Blatt 1246,

BV lfd. Nr. 1, Gemarkung Ravolzhausen, Flur 17, Flurstück 107/6, Gebäude- und Freifläche, Schubertstraße 11, Größe 2,60 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. April 1997, 9.00 Uhr, Raum 113 B, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 63450 Hanau, Nussallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 6. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dietrich Schmidt, Neuberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

350 000,— DM.

Lt. Gutachten handelt es sich um ein Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte) mit Garage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Hanau, 20. 1. 1997 **Amtsgericht, Abt. 42**

855

42 K 139/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Rodenbach, Band 148, Blatt 5214,

BV lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenbach, Flur 22, Flurstück 80, Wald, Holzung am Unterpfad, Größe 97,29 Ar,

BV lfd. Nr. 2, Gemarkung Rodenbach, Flur 22, Flurstück 79, Wald, Holzung am Reuterpfad, Größe 10,38 Ar,

BV lfd. Nr. 3, Gemarkung Rodenbach, Flur 22, Flurstück 81/2, Bauplatz am Reuterpfad, Größe 36,04 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. März 1997, 9.00 Uhr, Raum 113 B, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 63450 Hanau, Nussallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 8. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Josef Lagerin, Rodenbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

BV Nr. 1 auf 146 000,— DM,

BV Nr. 2 auf 15 600,— DM,

BV Nr. 3 auf 64 100,— DM.

Lt. Gutachten sind die Grundstücke nicht erschlossen, sie sind planiert und dienen als Abstellflächen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Hanau, 22. 1. 1997 **Amtsgericht, Abt. 42**

856

42 K 107/96, 164 — 165/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Rodenbach, Band 253, Blatt 8377, 8378 und 8379,

jeweils BV lfd. Nr. 1, je 1/18 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Rodenbach, Flur 4, Flurstück 28/5, Gebäude- und Freifläche, Hanauer Straße 7, Größe 15,16 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 2 a (Blatt 8377), 2 b (Blatt 8378) und 2 c (Blatt 8379) des Aufteilungsplanes; im übrigen nach dem Inhalt der Grundbücher;

soll am Mittwoch, dem 2. April 1997, 9.00 Uhr, Raum 113 B, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 63450 Hanau, Nussallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 7. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Stefan Krämer und Kirsten Krämer geb. Baack, Rodenbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000,— DM (Wohnung Nr. 2 a — 2 Zimmer, Küche, Bad, Abstellraum, mit ca. 60 qm), auf 195 000,— DM (Wohnung Nr. 2 b — 2 Zimmer, Küche, Bad, Abstellraum, mit ca. 65 qm) und auf 390 000,— DM (Wohnung Nr. 2 c — 3 Zimmer, Küche, Bad, Gäste-WC, Diele, Abstellraum).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Hanau, 24. 1. 1997 **Amtsgericht, Abt. 42**

857

4 K 33/96: Das im Grundbuch von Driedorf, Band 51, Blatt 1664, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 74, Gebäude- und Freifläche, Schloßstraße 7, Größe 6,86 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 10, Flurstück 75, Gebäude- und Freifläche, Schloßstraße 8, Größe 6,01 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 11/1, Gebäude- und Freifläche, Schloßstraße, Größe 2,75 Ar, lfd. Nr. 6, Flur 1, Flurstück 10/5, Gebäude- und Freifläche, Schloßstraße, Größe 2,26 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. April 1997, 13.30 Uhr, Raum 120, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Westerwaldstraße 16, 35745 Herbhorn, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 7. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Udo Beilfuß, Driedorf (verstorben).

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 117 000,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 83 000,— DM,

lfd. Nr. 5 auf 27 000,— DM,

lfd. Nr. 6 auf 48 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 27. 1. 1997 **Amtsgericht**

858

K 68/95: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Karlishafen, Band 68, Blatt 1804, Gemarkung Karlishafen, lfd. Nr. 1, Flur 14, Flurstück 110/62, Gebäude- und Freifläche, Unter den Eichen 1, Größe 21,27 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 14, Flurstück 99/62, Gebäude- und Freifläche, Unter den Eichen 1, Größe 16,94 Ar,

soll am Mittwoch, dem 12. März 1997, 14.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 1. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Firma POLBYT Industrievertretungs- und Handelsgesellschaft mbH, Am Osterberg 3, 34233 Fulda-Rothwesten.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2 109 000,— DM.

Versagung des Zuschlags aus den Gründen des § 74 a oder § 85 a ZVG ist ausgeschlossen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 16. 1. 1997 **Amtsgericht**

859

K 14/96: Das im Grundbuch von 34576 Homberg/Elze, Bezirk Dickershausen, Band 10, Blatt 172, eingetragene Grundeigentum, lfd. Nr. 1 bis 4 des Bestandsverzeichnisses,

Flur 4, Flurstück 98, Wald (Holzung), Der vordere Kuhbach, Größe 1,66 Ar,

Flur 4, Flurstück 99, Wald (Holzung), da-

selbst, Größe 14,63 Ar,

Flur 4, Flurstück 124, Wald (Holzung), da-

selbst, Größe 45,90 Ar,

Flur 4, Flurstück 125, Wald (Holzung), da-

selbst, Größe 6,12 Ar,

soll am Freitag, dem 11. April 1997, 10.00 Uhr, Amtsgerichtsgebäude, 34576 Homberg/Elze, Obertorstraße 9, Sitzungssaal 2, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 5. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 b) Witwe Ursula Elisabeth Kaiser geb.

Steinweg, in Bochum, — zur Hälfte —,

2 c) Heinz-Dieter Kaiser, geboren am

13. 12. 1952, Morschen-AltMorschen, — zu

einem Viertel —,

d) Klaus Kaiser, geboren am 21. 1. 1960,

Malsfeld, — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5, § 85 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 216,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 1 782,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 3 580,— DM,

lfd. Nr. 4 auf 796,— DM,

Gesamtwert: 6 374,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Homberg/Elze, 20. 1. 1997 **Amtsgericht**

860

6 K 53/96: Das im Grundbuch von Idstein, Band 154, Blatt 4809, eingetragene Grund Eigentum,

Gemarkung Idstein, Flur 31, Flurstück 23, Ackerland, Auf dem Nollen, Größe 13,20 Ar und 8,01 Ar, Größe zusammen: 21,21 Ar, soll am Dienstag, dem 1. April 1997, 9.00 Uhr, Raum 15, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 1, 65510 Idstein, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Gerlinde Ohlenmacher,
Egon Koch, beide Idstein-Wörsdorf, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf
4 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Idstein, 13. 1. 1997

Amtsgericht

861

6 K 34/95: Das im Grundbuch von Idstein, Band 132, Blatt 4142, eingetragene Grund Eigentum,

lfd. Nr. 1, Flur 20, Flurstück 34/4, Gebäude- und Freifläche, Seelbacher Straße 11 A, Größe 5,20 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 20, Flurstück 31/2, Gebäude- und Freifläche, Schöne Aussicht, Größe 2,66 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. April 1997, 13.00 Uhr, Zimmer 15, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 1, 65510 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 9. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Ems Elektroanlagen + Messe-Systembau + Haustechnik GmbH, Bad Soden-Altenhain; jetzt Idstein.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
Grundstück lfd. Nr. 1 auf 250 000,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf 210 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Idstein, 21. 1. 1997

Amtsgericht

862

640 K 280/95: Das im Grundbuch von Niedervellmar, Band 133, Blatt 3897, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 831,8/10 000 an dem Grundstück Gemarkung Niedervellmar, Flur 13, Flurstück 126/14, Gebäude- und Freifläche, Rheinstahlring 37—39, Größe 12,70 Ar,

Flur 13, Flurstück 126/15, LB 2634, Verkehrsfläche, Rheinstahlring, Größe 2,09 Ar,
Flur 13, Flurstück 126/13, LB 2634, Erholungsfläche, Rheinstahlring, Größe 1,60 Ar,

verbunden mit Sondereigentum an den Räumen Nr. 3 des Aufteilungsplans; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 3895 bis 3906);
der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahme: Veräußerung durch Konkursverwalter; durch Zwangsvollstreckung; durch Grundpfandrechtsgläubiger;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 10. 3. 1986 (Dreizimmerwohnung im I. OG, Wfl. ca. 71,9 qm, Bj. ca. 1967),

soll am Montag, dem 28. April 1997, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Sitzungssaal 1 (Zimmer-Nr. 201), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 11. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hechler, Dieter, Philippsburg,
Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:
130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 18. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 640

863

640 K 163/94: Das im Grundbuch von Nordshausen, Band 82, Blatt 2340, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nordshausen, Flur 9, Flurstück 57, Landwirtschaftsfläche, In den Birken, Größe 20,37 Ar,

soll am Montag, dem 21. April 1997, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, II. Obergeschoß, Zimmer 201 (Sitzungssaal 1), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 11. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Egenolf, Rainer, Baunatal,
Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:
10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 18. 12. 1996

Amtsgericht, Abt. 640

864

5 K 10/93: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Neustadt, Band 155, Blatt 4862,

lfd. Nr. 2, Flur 25, Flurstück 86/59, Grünland, Unland, Unterm Berg, Größe 110,73 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 25, Flurstück 87/60, Grünland, Unterm Berg, Größe 106,95 Ar,
lfd. Nr. 4, Flur 31, Flurstück 17, Grünland, Appelsgrund, Größe 34,95 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 38, Flurstück 64, Grünland, Die Rockwiesen, Größe 128,88 Ar,
lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 25/2, Hof- und Gebäudefläche, Lämmerriese, Größe 45,71 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 5, Flurstück 26, Ackerland, Lämmerriese, Größe 82,52 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Mai 1997, 9.30 Uhr, Raum 116, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Niederrheinische Straße 32, 35274 Kirchhain, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 5. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hermann Machöll, geboren am 12. 12. 1934, Erksdorfer Weg 1, 35279 Neustadt.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 25, Flurstück 86/59 (lfd. Nr. 2) auf

2 214,60 DM,

Flur 25, Flurstück 87/60 (lfd. Nr. 3) auf

2 139,— DM,

Flur 31, Flurstück 17 (lfd. Nr. 4) auf

2 446,50 DM,

Flur 38, Flurstück 64 (lfd. Nr. 5) auf

12 888,— DM,

Flur 5, Flurstück 25/2 (lfd. Nr. 6) auf

80 477,— DM,

Flur 5, Flurstück 26 (lfd. Nr. 7) auf

16 504,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kirchhain, 7. 1. 1997

Amtsgericht

865

5 K 9/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kirchhain, Band 146, Blatt 4869,

lfd. Nr. 2, Flur 23, Flurstück 101, Hof- und Gebäudefläche, Taubenweg 2, Größe 2,82 Ar,
lfd. Nr. 3, Flur 23, Flurstück 103, Hof- und Gebäudefläche, Taubenweg 2, Größe 5,53 Ar,
lfd. Nr. 4, Flur 23, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Taubenweg 2, Größe 1,65 Ar,

— halber Anteil —,
soll am Mittwoch, dem 4. Juni 1997, 9.30 Uhr, Raum 116, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Niederrheinische Straße 32, 35274 Kirchhain, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Miteigentümer am 9. 6. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Jürgen Thierbach, Borngasse 8, 35274 Kirchhain, — zur Hälfte —.

Der Gesamtwert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 23, Flurstücke 101, 103, 102 als wirtschaftliche Einheit auf 727 600,— DM,
davon der halbe Anteil: 363 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kirchhain, 7. 1. 1997

Amtsgericht

866

9 K 2/96: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Münster, Band 128, Blatt 3661,

lfd. Nr. 1: 1 905,37/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 17, Flurstück 17/38, Gebäude- und Freifläche, Frankfurter Straße 88, Größe 10,45 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 16 bezeichneten Räumen, Sondernutzungsrecht an

a) allen Teilen des Hauses Nr. 16, die im Gemeinschaftseigentum stehen,

b) an der Terrasse Oberdeck der Doppelparkergarage 31—36,

c) an dem Kfz-Abstellplatz Nr. 32 in der Doppelparkergarage 31/32 (190,30 qm Wfl.),

soll am Dienstag, dem 25. März 1997, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer:
Herr Thomas Petschner in Kelkheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

530 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Königstein im Taunus, 17. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 9

867

9 K 36/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Soden, Band 145, Blatt 4266,

lfd. Nr. 2, Flur 13, Flurstück 61/7, Hof- und Gebäudefläche, Fischbacher Weg 3, Größe 9,04 Ar

(freistehendes 2geschoßiges Wohnhaus mit Keller und Garagengebäude, WFL EG 66,71 qm, OG 82,33 qm, evtl. Abbruch notwendig, Kosten im Wert berücksichtigt),

soll am Dienstag, dem 25. März 1997, 14.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer:

Frau Charlotte Anbuhl, — zur Hälfte —,
Herr Joachim Fink, — zu einem Viertel,
Frau Lieselotte Fink, — zu einem Viertel,
alle in Königstein im Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

860 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Königstein im Taunus, 17. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 9

868

9 K 44/96: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Oberhöchststadt, Band 104, Blatt 3326,

lfd. Nr. 1: 45/100 Miteigentum an dem Grundstück Flur 16, Flurstück 430/1, Gebäude- und Freifläche, Georg-Büchner-Straße 6—6 A, Größe 7,32 Ar,

Flur 16, Flurstück 430/2 — wie vor, Größe 0,02 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und Garage Nr. 1 des Aufteilungsplanes

(eins. angeb. EFH mit Keller u. ausgeb. DG, Garage, 108,28 qm Wfl., 56,94 qm NFL);
Sondernutzungsrecht an einem Gartenanteil und einem Pkw-Abstellplatz;

soll am Dienstag, dem 1. April 1997, 14.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer:

Herr Alfred Ertel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

655 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Königstein im Taunus, 22. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 9

869

8 (1) K 39/91: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von

1. Neerdar, Band 10, Blatt 281,

2. Eimelrod, Band 14, Blatt 484, 485,

nähere Bezeichnung des Grundbesitzes:
zu 1.: Gemarkung Neerdar, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 5, Wald, Im Böh, Größe 45,08 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 15, Flurstück 23/13, Wald, Am Gebrannt, Größe 2,24 Ar,

zu 2.: Blatt 484, Gemarkung Eimelrod, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 63, Ackerland, Bockelau, Größe 58,25 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 62, Hutung, Bockelau, Größe 15,04 Ar,

Blatt 485, Gemarkung Eimelrod, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 16, Grünland, Auf der Haide, Größe 32,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 72, Gartenland, Auf der Breite, Größe 2,00 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 15, Flurstück 24, Laubwald, In der Neerdar, Größe 1,45 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 16, Flurstück 49, Grünland, Unland, In der Neerdar, Größe 45,34 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 15, Flurstück 98/25, Grünland, In der Neerdar, Größe 51,25 Ar,

soll am Freitag, dem 18. April 1997, 9.00 Uhr, Raum 132, I. Stock, im Gerichtsge-

bäude, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 11. 1992

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Alfred Helmut Schild, Houston, USA,
Elfriede Schild, Kansas City, USA,
Erwin Schild, Delmar, USA,

Hilde Hony geb. Eichenwald, Kansas City, USA,

Walter Eichenwald, Kansas City, USA,
Ernst Schild, Cincinnati, USA,

Kurt Wichmann, Stafford Circle, Boynton Beach, USA,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 in Blatt 281 von Neerdar auf

2 254,— DM,

lfd. Nr. 2 auf

112,— DM,

lfd. Nr. 1 in Blatt 484 von Eimelrod auf

4 660,— DM,

lfd. Nr. 2 auf

752,— DM,

lfd. Nr. 1 in Blatt 485 von Eimelrod auf

3 205,— DM,

lfd. Nr. 2 auf

200,— DM,

lfd. Nr. 3 auf

145,— DM,

lfd. Nr. 4 auf

4 534,— DM,

lfd. Nr. 5 auf

5 125,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 14. 1. 1997

Amtsgericht

870

7 K 20/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Langen, Band 456, Blatt 17 223,

lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 258/1, Gebäude- und Freifläche, Annastraße 9, Größe 6,95 Ar,

soll am Dienstag, dem 27. Mai 1997, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal A, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 4. 1996

(Tag des Versteigerungsvermerks):
Karin Kressin,
Gisela Hinner, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

785 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen, 23. 1. 1997

Amtsgericht

871

7 K 50/95: Die im Grundbuch von Simtshausen, Band 11, Blatt 302, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Simtshausen, Flur 5, Flurstück 36/71, Bauplatz, Johannes-Linne-Weg, Größe 8,99 Ar, Wert 375 000,— DM,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Simtshausen, Flur 5, Flurstück 44/11, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Grundweg 12, Größe 13,90 Ar, Wert 30 000,— DM,

sollen am Donnerstag, dem 24. April 1997, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 12. 1995

(Tag des Versteigerungsvermerks):
Salah Babi, Rammersweiher Straße 1,
77654 Offenburg,

Anne Kathrein Babi-Werner, Johannes-Linne-Weg 9, 35117 Münchhausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie oben angegeben festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Marburg, 16. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 7

872

7 K 51/95: Das im Grundbuch von Münchhausen, Band 48, Blatt 1762, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Münchhausen, Flur 13, Flurstück 34/1, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße 14, Größe 3,49 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Mai 1997, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstraße 48, 35037 Marburg, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 12. 1995

(Tag des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Arnold Werner und Gertrud Werner, Marburger Straße 14, 35117 Münchhausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

290 000,— DM.

Dieser Beschluß ist auf Grund des Zuschlagsversagungsbeschlusses mit Terminbestimmung von Amts wegen vom 16. Januar 1997 erlassen worden; in dem neuen Termin entfallen die Zuschlagsversagungsgründe der §§ 74 a, 85 a ZVG ($\frac{2}{10}$ - bzw. $\frac{1}{10}$ -Grenze).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Marburg, 16. 1. 1997

Amtsgericht, Abt. 7

873

22 K 4/90: Der im Grundbuch von Niederkainsbach, Band 10, Blatt 380, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 129, Hof- und Gebäudefläche, Affhöllerbacher Straße 9, Größe 5,83 Ar,

soll am Donnerstag, dem 27. März 1997, 14.00 Uhr, Raum 128, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 1. 1990

(Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1 a) Stapp, Walter,
b) Stapp, Lydia, geb. Hartmann,
— in Gütergemeinschaft —,
beide in Roßdorf.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

690 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 7. 1. 1997

Amtsgericht

874

7 K 17/96: Das im Grundbuch von Borsdorf, Bezirk Nidda, Band 28, Blatt 1216, eingetragene Grundeigentum,

Flur 1, Nr. 277/4, Gebäude- und Freifläche, In den neun Morgen 3, Größe 6,82 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Mai 1997, 9.00 Uhr, Raum 1 (Erdgeschoß), im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 63667 Nidda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 6. 1996

(Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Caroline Preding, jetzt Grebenhain.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

493 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Nidda, 14. 1. 1997

Amtsgericht

875

7 K 63/95: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Dietzenbach, Band 179, Blatt 6603, eingetragene 746/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Dietzenbach, Flur 10, Flurstück 189, LB 4000, Hof- und Gebäudefläche, Dreieichstraße 1-5, Talstraße 5-9, Größe 146,92 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 361 bezeichneten Wohnung und mit Nr. 38 bezeichneten Keller,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 26. März 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 5. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Brigitte Hoffman geb. Piekarek, Dreieich. Der Wert des Grundstückanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

267 000,— DM.

Weitere Objektbeschreibung (ohne Gewähr): 4 1/2-Zimmerwohnung mit ca. 111 qm Wohnfläche, 6. OG im Haus Nr. 5.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 9. 1. 1997 Amtsgericht

876

7 K 90/96 (7 K 93/96, 7 K 94/96): Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll der im Grundbuch von Bieber, a) Band 171, Blatt 6121, b) Band 175, Blatt 6220, c) Band 175, Blatt 6221 eingetragene

a) 12,758/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bieber, Flur 2, Flurstück 1276, LB 2510, Hof- und Gebäudefläche, Konrad-Adenauer-Straße 32, Größe 77,37 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 21 bezeichneten Wohnung,

b) 1,672/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bieber, Flur 2, Flurstück 1276, LB 2510, Hof- und Gebäudefläche, Konrad-Adenauer-Straße 32, Größe 77,37 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 120 bezeichneten Garageneinstellplatz,

c) 1,672/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bieber, Flur 2, Flurstück 1276, LB 2510, Hof- und Gebäudefläche, Konrad-Adenauer-Straße 32, Größe 77,37 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 121 bezeichneten Garageneinstellplatz,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 26. März 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 7. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerhard Sdunzig, Groß-Gerau, Monika Sdunzig, Rodgau, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstückanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— DM bzgl. Blatt 6121, je 16 000,— DM bzgl. Blatt 6220 und Blatt 6221.

Weitere Objektbeschreibung (ohne Gewähr): Vierzimmerwohnung und zwei Tiefgaragenplätze, Wohnfläche: 101,57 qm.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 8. 1. 1997 Amtsgericht

877

7 K 120/95: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietzenbach, Band 147, Blatt 5663, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 2, Flurstück 285, Hof- und Gebäudefläche, Mozartstraße 18, Größe 5,75 Ar,

am Montag, dem 7. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 9. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilfried und Ingeborg Edith Schulz geb. Seewann, Dietzenbach, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstückanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

500 000,— DM.

Weitere Objektbeschreibung (ohne Gewähr): Einfamilienhaus, voll unterkellert, zweigeschossig mit ausgebautem Dachboden; Garage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 15. 1. 1997 Amtsgericht

878

7 K 65/96: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Neu-Isenburg, Band 353, Blatt 11 892, eingetragene 126,51/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 25, Flurstück 208/7, Hof- und Gebäudefläche, Am Forsthaus Gravenbruch 48, Größe 64,32 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 55 bezeichneten Wohnung und Kellerraum,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 2. April 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 6. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Tunçay Öztürk,
b) Stanislaw Öztürk, beide in Neu-Isenburg, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstückanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

160 000,— DM.

Weitere Objektbeschreibung (ohne Gewähr): 2 1/2-Zimmerwohnung mit rd. 70 qm Wohnfläche im 6. OG.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 15. 1. 1997 Amtsgericht

879

4 K 26/96: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Rüsselsheim, Band 275, Blatt 10 333, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 11, Flurstück 124/29, Gebäude- und Freifläche, Am Ostpark 4, Größe 12,00 Ar,

soll am Freitag, dem 4. April 1997, 9.15 Uhr, Raum 1, Erdgeschoss, Amtsgericht Rüsselsheim, Johann-Sebastian-Bach-Straße 45, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 6. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margit Sofie Herzog-Siegele.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 400 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Rüsselsheim, 16. 1. 1997 Amtsgericht

880

K 5/96: Das im Grundbuch von Gundhelm, Band 20, Blatt 585, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 11, Flur 1, Flurstück 123, Hof- und Gebäudefläche, Weißbachstraße 37, Größe 19,00 Ar

(zweigeschossiges Wohnhaus),

soll am Donnerstag, dem 10. April 1997, 10.00 Uhr, Sitzungssaal, I. Stock, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Schlüchtern, Dreibrüderstraße 12, 36381 Schlüchtern, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 3. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Peter Blum, Schlüchtern-Gundhelm.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Flurstück 123 auf 438 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Schlüchtern, 24. 1. 1997 Amtsgericht

881

8 K 88/94: Das im Grundbuch von Waldernbach, Band 43, Blatt 1426, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 61/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Rubrainstraße 17, Größe 6,83 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 25, Flurstück 112/6, Straße, Rubrainstraße, Größe 0,35 Ar,

soll am Montag, dem 28. April 1997, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Raum 28, I. OG, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 5. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dissios Stergios, Weserstraße 2, 60329 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 61/1 auf

458 000,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 25, Flurstück 112/6 auf

1 925,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Weilburg, 20. 1. 1997 Amtsgericht

882

8 K 87/94: Das im Grundbuch von Niedershausen, Band 39, Blatt 1155, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 7, Flur 52, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, Brüchern, Größe 2,06 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 52, Flurstück 4, Hof- und Gebäudefläche, Brüchern, Größe 1,94 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 52, Flurstück 6, Hof- und Gebäudefläche, Brüchern, Größe 5,43 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 52, Flurstück 3/1, Gebäude- und Freifläche, Gewerbe, Brüchern, Größe 0,32 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 51, Flurstück 272/3, Platz, Löhnberger Straße, Größe 0,87 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 51, Flurstück 352/7, Straße (L 3044), Löhnberger Straße, Größe 0,0023 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 52, Flurstück 2/2, Gebäude- und Freifläche, Mischnutz, Löhnberger Straße 23, Größe 9,77 Ar,

lfd. Nr. 17, Flur 51, Flurstück 352/6, Straße (L 3044), Löhnberger Straße, Größe 0,05 Ar,
soll am Donnerstag, dem 13. März 1997, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Raum 28, I. OG, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 12. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Erich Weber, 35792 Löhnberg-Niedershausen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
lfd. Nr. 7, 8, 9 und 13 des BV als wirtschaftliche Einheit auf 624 740,— DM,
lfd. Nr. 14 des BV auf 8 715,— DM,
lfd. Nr. 15 des BV auf 10,— DM,
lfd. Nr. 16 des BV auf 424 895,— DM,
lfd. Nr. 17 des BV auf 225,— DM.
Es liegt ein Fall des § 43 I 2 ZVG vor.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Weilburg, 22. 1. 1997

Amtsgericht

883

3 K 55/96: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Weiperfelden, Band 10, Blatt 308,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 168, Hof- und Gebäudefläche, Birkenfeld, jetzt: Auf der Hardt 1, Größe 12,42 Ar,

— Einfamilienhaus mit freistehender Doppelgarage —

soll am Mittwoch, dem 16. April 1997, 8.00 Uhr, Raum 201, 2. Stock, im Gerichtsgebäude B, in Wetzlar, Wertherstraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. 8. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Helga Christ geb. Fath, Waldsolms-Weiperfelden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

367 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 14. 1. 1997

Amtsgericht

884

3 K 29/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Naumburg, Band 103, Blatt 3141, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Naumburg, Flur 15, Flurstück 49/19, Freifläche, Kastanienweg (jetzt: Gebäude- und Freifläche, Kastanienweg 5), Größe 9,24 Ar,

soll am Freitag, dem 21. März 1997, 10.00 Uhr, Raum 13, 1. OG, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 5, 34466 Wolfhagen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 7. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schmidgall geb. Obermeier, Jutta, Kastanienweg 5, 34311 Naumburg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 348 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wolfhagen, 7. 1. 1997

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl des Verbandstags des Umlandverbandes Frankfurt am 2. März 1997

Nachfolgend werden die in der öffentlichen Sitzung des Umlandverbandswahlausschusses am 30. Januar 1997 zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl zum Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt am 2. März 1997 gemäß § 15 Abs. 4 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19. Oktober 1992, GVBl. I S. 582, geändert durch Gesetz vom 12. September 1995, GVBl. I S. 462 und § 26 Kommunalwahlordnung (KWO) in der Fassung vom 26. September 1980, GVBl. I S. 351, zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. November 1995, GVBl. I S. 522, bekanntgemacht.

Frankfurt am Main, 31. Januar 1997

Der Umlandverbandswahlleiter
gez. Herbst
Beigeordneter

Wahlkreis I

Stadt Frankfurt am Main und Stadt Bad Vilbel

Liste 1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Daum, Heinz, geb. 1935 in Frankfurt am Main, Stadtrat a. D., An der Nachtweide 2, Frankfurt am Main
2. Prof. Dr. Birkenfeld-Pfeiffer, Daniela, geb. 1959 in Frankfurt am Main, Professorin, Im Uhrig 28, Frankfurt am Main
3. Hemzal, Horst, geb. 1939 in Brünn/Mähren, Stadtrat, Wickenweg 56, Frankfurt am Main
4. Dr. Spitz, Herbert, geb. 1928 in Schlackenwerth/Böhmen, Berufsschullehrer a. D., Elbfallweg 8, Bad Vilbel
5. Pfreundschuh, Erika, geb. 1947 in Darmstadt, Beamtin, Neuer Weg 50, Frankfurt am Main
6. Pfender, Bernhard, geb. 1937 in Köln, Industriekaufmann i. R., Am Rüttschlehen 23, Frankfurt am Main

7. Dr. Bartelt, Ralf-Norbert, geb. 1956 in Frankfurt am Main, Hautarzt, Praunheimer Weg 25, Frankfurt am Main
8. Müller-Kinet, Karin, geb. 1943 in Rostock, Krankenschwester, Neuer Weg 43, Frankfurt am Main
9. Meier, Max-Josef, geb. 1929 in Frankfurt am Main, Zolloberamtsrat a. D., De-Bary-Straße 23, Frankfurt am Main
10. Beckmann, Johannes, geb. 1924 in Essen, Oberamtsrat a. D., Carl-Barthel-Weg 5, Frankfurt am Main
11. Friedrich, Marianne, geb. 1947 in Gießen, Hausfrau/Pfarrsekretärin, Atzelbergstraße 21, Frankfurt am Main
12. Dr. Hruby, Ernst, geb. 1952 in Frankfurt am Main, Rechtsanwalt, Wendelsweg 65, Frankfurt am Main
13. Caspar, Ulrich, geb. 1956 in Frankfurt am Main, Dipl.-Betriebswirt, Humperdinkstraße 2, Frankfurt am Main
14. Borgstede, Ilse, geb. 1923 in Breslau, Realschullehrerin i. R., Tannenkopfweg 51, Frankfurt am Main
15. Serke, Bernd-Dieter, geb. 1940 in Priebus/Schlesien, Ingenieur, Flurscheideweg 11, Frankfurt am Main
16. Teppich, Stefan, geb. 1966 in Frankfurt am Main, Versicherungsfachwirt, Schwarzerlenweg 35, Frankfurt am Main
17. Winckler, Kerstin, geb. 1968 in Kassel, Krankengymnastin, Wilhelm-Leuschner-Straße 15, Frankfurt am Main
18. Lotz, Edwin, geb. 1958 in Frankfurt am Main, Dipl.-Verwaltungswirt, Ludwig-Landmann-Straße 308, Frankfurt am Main
19. Gritschke, Elfriede, geb. 1936 in Frankfurt am Main, selbst. Unternehmerin, Friedensstraße 51, Bad Vilbel
20. Girst, Roswitha, geb. 1943 in Grevenmacher/Luxemburg, Angestellte, Darmstädter Landstraße 50, Frankfurt am Main
21. Wagner, Markus Peter, geb. 1966 in Frankfurt am Main, Dipl.-Chemiker, Griesheimer Ufer 54, Frankfurt am Main
22. Grotewold, Gerhard, geb. 1942 in Frankfurt am Main, Unternehmensberater, Alter Weg 24, Rodgau

23. Berghof, Barbara, geb. 1948 in Niederwetter, Bankkauffrau, Walter-vom-Rath-Straße 10, Frankfurt am Main
24. Dr. Theißen, Johannes Theodor, geb. 1948 in Mönchengladbach, Pressesprecher, An der Wehrmauer 9, Frankfurt am Main
25. Schau, Martin, geb. 1957 in Wuppertal, Wirtschaftsinformatiker, Am Hohllacker 14, Frankfurt am Main
26. Laios, Christina, geb. 1970 in Frankfurt am Main, Studentin, Fischbacher Straße 23, Frankfurt am Main
27. Chatzinikolaou, Stefanos, geb. 1950 in Nea Vissa/Griechenland, Elektromeister, August-Siebert-Straße 16a, Frankfurt am Main
28. Köppen, Arndt-Peter, geb. 1947 in Radebeul, Oberstaatsanwalt, Licher Straße 37, Frankfurt am Main
29. Goldberg, Frank, geb. 1954 in Mainz, Jurist, Glaserstraße 15a, Frankfurt am Main
30. Müller-Mederer, Christoph, geb. 1971 in Frankfurt am Main, Student, Otto Ernst Weg 19, Frankfurt am Main
31. Mehler, Dominik, geb. 1969 in Frankfurt am Main, Student, Frankenthaler Weg 51, Frankfurt am Main
32. Dr. Heidenreich, Bernd, geb. 1955 in Frankfurt am Main, Ltd. Regierungsdirektor, Am Schwalbenschwanz 13, Frankfurt am Main
33. Kleinert, Hans, geb. 1940 in Beuthen/Oberschlesien, Maschinenschlossermeister, Egerländerstraße 15, Frankfurt am Main
34. Weiser, Frank, geb. 1948 in Gütersloh, Verwaltungsangestellter, Vatterstraße 5, Frankfurt am Main
35. Gau, Karl Heinz, geb. 1933 in Berlin, Cheffahrer, Berkersheimer Weg 7, Frankfurt am Main
36. Höfner, Helmut, geb. 1934 in Gaukönigshofen, Ingenieur i. R., Homburger Landstraße 694, Frankfurt am Main
37. Rauch, Dietrich, geb. 1940 in Rosenberg/Oberschlesien, Dipl.-Volkswirt/Bankkaufmann, Pfarrwiese 16, Bad Vilbel
38. Meinecke, Tobias, geb. 1969 in Frankfurt am Main, Stukkateur, Steinhausenstraße 21, Frankfurt am Main
39. Stapf, Lothar, geb. 1943 in Köln, Dipl.-Ingenieur, Höhenblick 48, Frankfurt am Main
40. Mohry, Walter, geb. 1934 in Reichtal, Rentner, Karl-König-Weg 70, Frankfurt am Main
41. Heger, Rainer, geb. 1954 in Frankfurt am Main, Wohnungswirt, Henry-Budge-Straße 62, Frankfurt am Main
42. Parrandier, Gerold, geb. 1947 in Frankfurt am Main, Gartenarchitekt, Nußzeil 42, Frankfurt am Main
43. Fischer, Bernhard, geb. 1952 in Bremen, Dipl.-Ingenieur, Leuchte 49, Frankfurt am Main
44. Blomen, Hans-Willi, geb. 1933 in Gelsenkirchen-Buer, Bankbeamter, Hauptstraße 93a, Frankfurt am Main
45. Krosch, Oliver, geb. 1963 in Frankfurt am Main, Gymnasiallehrer, Alt-Fechenheim 101, Frankfurt am Main
46. Volk, Klaus A., geb. 1942 in Darmstadt, Kfm. Angestellter, Wilhelmshöherstraße 172, Frankfurt am Main
47. Härtter, Markus, geb. 1960 in Offenbach am Main, Dipl.-Ingenieur agr., Wiener Straße 46, Frankfurt am Main
48. Reusch, Franz-Georg, geb. 1938 in Limburg/Lahn, Verwaltungsangestellter, Ernst-Kahn-Straße 21, Frankfurt am Main
49. Pferr, Martin, geb. 1963 in Frankfurt am Main, Dipl.-Wirtschaftsinformatiker (FH), Pfarrgäßchen 5, Frankfurt am Main
50. Dr. Metz, Andreas-Roman, geb. 1949 in Bad Reinerz, Facharzt für Innere Medizin, Ben-Gurion-Ring 120, Frankfurt am Main
51. Dr. Pfeil, Alfred, geb. 1938 in Bindemark/Ostpreußen, Beamter LMD, Werner-Bockelmann-Straße 133, Frankfurt am Main
2. Dehmer, Gabriele, geb. 1954 in Frankfurt am Main, Dipl.-Ingenieurin, Kurmainzer Straße 64, Frankfurt am Main
3. Protzmann, Hanskarl, geb. 1944 in Schwichteler, Geschäftsführer, Töplitzstraße 11, Frankfurt am Main
4. Henrich, Gisela, geb. 1939 in Frankfurt am Main, Fraktionsassistentin, Leuchte 70, Frankfurt am Main
5. Bücher, Martin, geb. 1955 in Wehrheim, Elektromechaniker, Heinrich-Berbalk-Straße 52 A, Frankfurt am Main
6. Groß, Werner, geb. 1948 in Frankfurt am Main, Dipl.-Ingenieur, Berliner Straße 52, Bad Vilbel
7. Rossbrey, Petra, geb. 1959 in Düsseldorf, Abteilungsleiterin, Comeniusstraße 40, Frankfurt am Main
8. Weinrich, Gerhard, geb. 1948 in Bergen-Enkheim, Geschäftsführer, Kirchgasse 9, Frankfurt am Main
9. Will, Michaela, geb. 1962 in Frankfurt am Main, Juristin, An der Lüche 31, Frankfurt am Main
10. Dr. Kummer, Michael, geb. 1949 in Wiesbaden, Stadtplaner, Am Mühlgarten 11, Frankfurt am Main
11. Hartleib, Rudolf, geb. 1943 in Frankfurt am Main, Richter, Grauer Stein 2, Frankfurt am Main
12. Ruwwe, Sabine, geb. 1947 in Stuttgart, Geologierätin, Schenckstraße 8, Frankfurt am Main
13. Langlet, Jean-Marie, geb. 1944 in Paris, Sprachlehrer, Joachim-Becher-Straße 2, Frankfurt am Main
14. Schermuly, Hildegard, geb. 1950 in Villmar, Verwaltungsangestellte, Augustusstraße 28, Frankfurt am Main
15. Nöll, Oliver, geb. 1970 in Frankfurt am Main, Beamter, Scherbiusstraße 6, Frankfurt am Main
16. Schöbel, Ulrike, geb. 1943 in Limburg/Lahn, Sekretärin, Adalbertstraße 60, Frankfurt am Main
17. Zimmer, Hans-Ulrich, geb. 1938 in Berlin, Stadtplaner, Leibnizstraße 36, Frankfurt am Main
18. Elfner-Storck, Jutta, geb. 1950 in Offenbach am Main, Soziologin, Falkstraße 102, Frankfurt am Main
19. Krumpeter, Wilfried, geb. 1940 in Teheran/Iran, Verwaltungsangestellter, Huizener Straße 64, Bad Vilbel
20. Pape, Klaus, geb. 1948 in Limburg/Lahn, Verwaltungsbeamter, Bodenbacher Weg 2, Frankfurt am Main
21. Menzel, Maxi, geb. 1953 in Hofheim am Taunus, Verwaltungsfachkraft, Hadrianstraße 3, Frankfurt am Main
22. Dr. Schmid, Alfons, geb. 1942 in München, Hochschullehrer, Am Klängenborn 21, Frankfurt am Main
23. Gründler, Anita, geb. 1952 in Gedern, Angestellte, Martin-Luther-Straße 32, Frankfurt am Main
24. Ulrich, Josef, geb. 1938 in Aussig, Sicherheitsingenieur, Gerhart-Hauptmann-Ring 94 b, Frankfurt am Main
25. Wildhirt, Norbert, geb. 1947 in Frankfurt am Main, kfm. Abteilungsleiter, Königsteiner Straße 22, Frankfurt am Main
26. Oldenburg, Johst, geb. 1947 in Füssen, EDV-Controller, Güntherstraße 4, Frankfurt am Main
27. Sauer, Walter, geb. 1936 in Frankfurt am Main, Pensionär, Niedergasse 17, Frankfurt am Main
28. Junghans, Dietmar, geb. 1949 in Frankfurt am Main, Technischer Angestellter, Siesmayerstraße 5, Frankfurt am Main
29. Losert, Frank, geb. 1961 in Frankfurt am Main, Philologe, Konstanzer Straße 77, Frankfurt am Main
30. Nordmeier, Siegmund, geb. 1940 in Göttingen, Verwaltungsangestellter, Rebhuhnstraße 23, Frankfurt am Main
31. Schmidt, Günther, geb. 1944 in Kassel, Angestellter, Cronstettenstraße 42, Frankfurt am Main
32. Schmidtke, Peter, geb. 1961 in Frankfurt am Main, Bürokaufmann, Geisenheimer Straße 105, Frankfurt am Main
33. Schönlein, Gerhard, geb. 1927 in Salzwedel, Kfm. Angestellter, Kohlrauschweg 11 a, Frankfurt am Main
34. Reinhard, Andreas, geb. 1966 in Frankfurt am Main, arbeitslos, Pestalozziplatz 8, Frankfurt am Main
35. Keppler, Wolfgang, geb. 1941 in Kirchheim, Informatiker, Stroofstraße 1, Frankfurt am Main
36. Sander, Reinhard, geb. 1921 in Frankfurt am Main, Jurist, Klüberstraße 13, Frankfurt am Main

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Dr. Rautenberg, Thomas, geb. 1957 in Frankfurt am Main, Erster Beigeordneter, Oppenheimer Landstraße 12, Frankfurt am Main

Liste 3

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Oswald, Rosemarie, geb. 1956 in Limburg/Lahn, Biologin, Burgstraße 42, Frankfurt am Main
2. Vogel, Dietmar, geb. 1948 in Windheim/Weser, Verwaltungsjurist, Zum-Jungen-Straße 15, Frankfurt am Main
3. Dr. Schneider-Kuszmierczyk, Hannelore, geb. 1946 in Wiesbaden, Sozialwissenschaftlerin, Unter den Akazien 11, Frankfurt am Main
4. Ulshöfer, Helmut, geb. 1950 in Frankfurt am Main, Dipl.-Soziologe, Schießgraben 11, Frankfurt am Main
5. Huf, Beate, geb. 1962 in Frankfurt am Main, Stadtplanerin, Am Tiergarten 36, Frankfurt am Main
6. Rahlwes, Björn Uwe, geb. 1960 in Frankfurt am Main, Ev. Pfarrer und Kommunikationswirt, Ganghoferstraße 18, Frankfurt am Main
7. Guder, Karin, geb. 1953 in Bad Freienwalde/Oder, Lehrerin, Gabelsbergerstraße 27, Frankfurt am Main
8. Springer, Heinz Joachim, geb. 1946 in Goslar, Stadtplaner, Parlamentsplatz 9, Frankfurt am Main
9. Eluriagli, Rachida, geb. 1960 in Agadir/Marokko, Kfm. Angestellte, Westring 25, Frankfurt am Main
10. Zielonka, Christoph, geb. 1964 in Frankfurt am Main, Dipl.-Soziologe, Kirchhainer Straße 43, Frankfurt am Main
11. Taesler, Irmhild, geb. 1955 in Treysa, Frauenamtsleiterin, Günthersburgallee 91, Frankfurt am Main
12. Jung, Christoph, geb. 1964 in Limburg/Lahn, Bankkaufmann, An den Drei Steinen 17, Frankfurt am Main
13. Steib, Hermann, geb. 1953 in Frankfurt am Main, Dipl.-Volkswirt, Bergerstraße 177, Frankfurt am Main
14. Walny, Peter, geb. 1955 in Frankfurt am Main, Bankangestellter, Freihofstraße 30, Frankfurt am Main
15. Glaeser, Klaus-Jürgen, geb. 1945 in Treuenbrietzen, Lehrer, Am Steinberg 15, Frankfurt am Main

Liste 4

Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

1. Stein, Volker, geb. 1950 in Frankfurt am Main, Kreisbeigeordneter a. D., Eleonore-Sterling-Straße 40, Frankfurt am Main
2. Dr. Sterzel, Renate, geb. 1941 in Berlin, Chemikerin, Leo-Tolstoj-Straße 8, Frankfurt am Main
3. Eichmann, Wilhelm, geb. 1938 in Falkenburg, Rechtsanwalt, Huizener Straße 20 a, Bad Vilbel
4. Adam, Patrick, geb. 1970 in Frankfurt am Main, Lehrer, Konrad-Lang-Straße 35, Dietzenbach
5. Hegmann, Franz, geb. 1958 in Frankfurt am Main, Dipl.-Ingenieur, Friedensstraße 56, Bad Vilbel
6. Rüdiger, Bodo, geb. 1942 in Ratibor/Oberschlesien, Unternehmensberater/Dipl.-Ingenieur, Nesenstraße 3, Frankfurt am Main
7. Arnspenger, Jost, geb. 1954 in Hamburg, Rechtsanwalt, Brüder-Grimm-Straße 7, Frankfurt am Main

Liste 5

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

1. Marschall, Ernst E., geb. 1951 in Erbach, Dipl.-Betriebswirt, Hattersheimer Straße 3, Frankfurt am Main
2. Knauer, Wolf-Dieter, geb. 1948 in Frankfurt am Main, Lagerist, Rümelinstraße 7, Frankfurt am Main
3. Deubert, Ernst Wilhelm, geb. 1925 in Frankfurt am Main, Rentner, Berger Straße 234, Frankfurt am Main
4. Knauer, Carmen, geb. 1959 in Laubuseschbach, Verkäuferin, Rümelinstraße 7, Frankfurt am Main
5. Baumgardt, Martin, geb. 1966 in Frankfurt am Main, Arbeiter, Alte Rothofstraße 12 b, Frankfurt am Main

Liste 6

DIE REPUBLIKANER (REP)

1. Ludwig, Mechthild, geb. 1944 in Gelsenkirchen, Verwaltungsangestellte, Freiligrathstraße 5, Frankfurt am Main
2. Klasen, Horst, geb. 1935 in Düsseldorf, Kaufmann, Am Lehenweg 10, Frankfurt am Main

3. Winkelmann, Dietrich, geb. 1936 in Buckow, Angestellter, Danziger Straße 73, Bad Vilbel
4. Straka, Luise, geb. 1934 in Mainz, Justizangestellte, Stephan-Heise-Straße 37, Frankfurt am Main
5. Wilk, Norbert, geb. 1966 in Groß-Strehlitz, Maschinenbauer, Julius-Brecht-Straße 8, Frankfurt am Main
6. Köpp, Dieter, geb. 1949 in Witzwort, Kaufmann, Niddablick 11, Bad Vilbel
7. Ludwig, Karlheinz, geb. 1942 in Zwickau, Verwaltungsangestellter, Freiligrathstraße 5, Frankfurt am Main
8. Öbert, Rudolf, geb. 1943 in Neuendorf, Friseurmeister, Alte Frankfurter Straße 236, Bad Vilbel
9. Paul, Tino, geb. 1961 in Dresden, Bankkaufmann, Amselweg 6, Bad Vilbel
10. Hock, Manfred, geb. 1951 in Katzenelnbogen, Feuerwehrmann, Mörfelder Landstraße 181, Frankfurt am Main
11. Krey, Horst, geb. 1947 in Linsingen, Rentner, Julius-Brecht-Straße 3, Frankfurt am Main
12. Schlicher, Christoph, geb. 1962 in Frankfurt am Main, Arzt, Eppsteiner Straße 6, Frankfurt am Main
13. Hoff, Rainer, geb. 1958 in Wolfsburg, Elektromaschinenbauer, Paul-Gerhardt-Straße 10, Bad Vilbel
14. Dressler-Knietzsch, Andrea, geb. 1958 in Frankfurt am Main, Versicherungsangestellte, Max-Eyth-Straße 44, Frankfurt am Main

Liste 7

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

1. Baumer-Versock, Klaus-Dieter, geb. 1954 in Frankfurt am Main, Dipl.-Handelslehrer, Bruchfeldstraße 101, Frankfurt am Main
2. Koester, Marianne, geb. 1941 in Oberrnigk, Lehrerin, Varrentrappstraße 67, Frankfurt am Main
3. Grünberg, Harald, geb. 1951 in Feldafing, Landesgeschäftsführer, Röderichstraße 19, Frankfurt am Main
4. Telgen, Silke, geb. 1974 in Papenburg, Studentin, Werftstraße 11, Frankfurt am Main
5. Pletzer, Achim, geb. 1960 in Kassel, Beamter, Gerhard-Hauptmann-Ring 284, Frankfurt am Main
6. Margulies, Marian, geb. 1960 in Cosel, Student, Ziegelhüttenweg 54, Frankfurt am Main

Wahlkreis II

Stadt Offenbach am Main

Liste 1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Bodensohn, Klaus, geb. 1941 in Offenbach am Main, Bürgermeister, Rhönstraße 76, Offenbach am Main
2. Bär, Walter, geb. 1931 in Offenbach am Main, Rechtsanwalt/Steuerberater, Eduard-Oehler-Straße 20a, Offenbach am Main
3. Werné, Klaus-Josef, geb. 1941 in Offenbach am Main, Versicherungsfachmann, Elbestraße 32, Offenbach am Main
4. Schönfelder, Brigitte, geb. 1954 in Dierdorf, Hausfrau, Gottfried-Schneider-Straße 28, Offenbach am Main
5. Krug, Waldemar, geb. 1941 in Bad Vilbel, Dipl.-Controller, Haydnstraße 8, Offenbach am Main
6. Steinmetz, Karl, geb. 1954 in Offenbach am Main, Techniker, Else-Sterne-Roth-Straße 9, Offenbach am Main
7. Lindau, Helga, geb. 1940 in Welchau, Hausfrau, Emdener Straße 5, Offenbach am Main
8. Alt, Udo, geb. 1944 in Neheim-Hüsten, Versicherungskaufmann, Fritz-Remy-Straße 11, Offenbach am Main
9. Reichenbach, Christel, geb. 1944 in Offenbach am Main, Hausfrau, Am Aussichtsturm 23, Offenbach am Main

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Noé, Walter, geb. 1955 in Bad Münster/Eifel, Dipl.-Geograph, Körnerstraße 19, Offenbach am Main

2. Dr. Schulze-Böing, Matthias, geb. 1954 in Nümbrecht/Oberbergischer Kreis, Angestellter, Buchrainweg 4, Offenbach am Main
3. Eckert, Marion, geb. 1960 in Homburg/Saar, selbst. Einzelhandelskauffrau, Groß-Hasenbach-Straße 52, Offenbach am Main
4. Schmieden, Arnold, geb. 1937 in Saarbrücken, Verwaltungsbeamter, Hamburger Straße 68 c, Offenbach am Main
5. Wilke, Jürgen, geb. 1958 in Korbach, Kfm. Angestellter, Wiesenstraße 38, Offenbach am Main
6. Dr. Schmitt-Wellbrock, Wolfgang, geb. 1948 in Melckendorf/Kulmbach, Jurist, Blumenstraße 15, Offenbach am Main
2. Tusk, Alexander, geb. 1973 in Offenbach am Main, Fremdsprachenkorrespondent, Falltorstraße 14, Offenbach am Main
3. Berndt, Ursula, geb. 1938 in Düsseldorf, Buchhalterin, Mainstraße 119, Offenbach am Main
4. Bergant, Johann, geb. 1928 in Eschweiler, Rentner, Jacques-Offenbach-Straße 17, Offenbach am Main
5. Pfannkuchen, Thorsten, geb. 1960 in Offenbach am Main, Installateur, Brandenburger Straße 4, Offenbach am Main

Liste 3

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Trobisch-Jenek, Ulla, geb. 1947 in Zweibrücken, Familienpflegerin, Schopenhauerstraße 45, Offenbach am Main
2. Brandt, Veit, geb. 1968 in Gelsenkirchen, Student, Berliner Straße 243, Offenbach am Main
3. Borretty, Ingrid, geb. 1951 in Offenbach am Main, Verwaltungsangestellte, Masurenweg 15, Offenbach am Main
4. Pixner, Johann Wolfgang, geb. 1973 in Frankfurt am Main, Student, Berliner Straße 243, Offenbach am Main
5. Koenen, Brigitte, geb. 1941 in Elbing/Ostprien, Fachbereichsleiterin, Löwenstraße 48, Offenbach am Main

Liste 4

Freie Demokratische Partei (FDP)

1. Walther, Ferdi, geb. 1936 in Offenbach am Main, Stadtrat a. D. Dozent, Obere Grenzstraße 97, Offenbach am Main
2. Dr. Kappus, Wolfgang, geb. 1933 in Offenbach am Main, Dipl.-Kaufmann, Stettiner Straße 2, Heusenstamm
3. Gärtner, Heinrich, geb. 1942 in Offenbach am Main, Dipl.-Ingenieur, Blumenstraße 102, Offenbach am Main
4. Visciani-Sozzo, Carmela, geb. 1962 in Lucera, Lufthansaangestellte, Domstraße 47, Offenbach am Main
5. Steinel, Kurt, geb. 1929 in Freiburg, Professor Rektor emeritus, Heinrich-Heine-Straße 29, Offenbach am Main
6. Bollinger, Iris, geb. 1968 in Offenbach am Main, Dipl.-Kaufmann, Spießstraße 2, Offenbach am Main
7. Dr. Benninger, Rudolf, geb. 1945 in Pegau, Rechtsanwalt, Finkenstraße 72, Heusenstamm

Liste 5

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

1. Reising, Hermann, geb. 1949 in Offenbach am Main, Repro-Fotograf, Jaques-Offenbach-Straße 11, Offenbach am Main
2. Berg-Gensert, Heike, geb. 1958 in Flensburg, Rechtsanwaltsgehilfin, Bismarckstraße 37, Offenbach am Main
3. Usinger, Helmut, geb. 1930 in Offenbach am Main, Rentner, Hamburger Straße 39, Offenbach am Main
4. Gensert, Rolf, geb. 1957 in Urberach, Rechtsanwalt, Bismarckstraße 37, Offenbach am Main

Liste 6

Freie Wählergemeinschaft (FWG)

1. Jahn, Dieter, geb. 1944 in Frankfurt am Main, Kaufmann, Bethnal-Green-Straße 13 A, Offenbach am Main
2. Lauer-Schmaltz, Friedrich, geb. 1947 in Offenbach am Main, Architekt, Finkenstraße 5, Offenbach am Main
3. Wirbals, Manfred, geb. 1960 in Freiburg i. Breisgau, Dezernatsreferent, Matthias-Erzberger-Straße 10, Offenbach am Main
4. Lohrber, Theodor, geb. 1937 in Offenbach am Main, Elektromeister i. R., Odenwaldring 39, Offenbach am Main
5. Lay, Joachim, geb. 1946 in Sauringen, Rechtsanwalt und Notar, Konrad-Adenauer-Straße 75, Offenbach am Main

Liste 7

DIE REPUBLIKANER (REP)

1. Münd, Hans-Joachim, geb. 1962 in Offenbach am Main, Student, Konrad-Adenauer-Straße 136, Offenbach am Main

Wahlkreis III

Hochtaunuskreis

Liste 1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Banzer, Jürgen, geb. 1955 in Würzburg, Landrat, Frankfurter Landstraße 6a, Oberursel (Taunus)
2. Dr. Jungherr, Ursula, geb. 1946 in Heidelberg, Richterin, Philosophenweg 11, Bad Homburg v. d. Höhe
3. Krämer, Gerd, geb. 1957 in Hanau, Bürgermeister, Hans-Rother-Steg 24, Oberursel (Taunus)
4. Huke, Bertram, geb. 1959 in Königstein im Taunus, Bürgermeister, Am Feldgarten 8, Königstein im Taunus
5. Liese, Gerhard, geb. 1939 in Gernrode, Lfd. Schulamtsdirektor, Herrngarten 2, Usingen
6. Funke, Jürgen, geb. 1955 in Mahlerthen, Dipl.-Kaufmann, Talstraße 91, Friedrichsdorf
7. Schleiffer, Josef, geb. 1936 in Kronberg im Taunus, Bankkaufmann, Kronthaler Weg 13, Kronberg im Taunus
8. König, Josef, geb. 1931 in Unterlohmar, Fraktionsgeschäftsführer, Sennestraße 2, Wehrheim
9. Dr. Alsheimer-Barthel, Cornelia, geb. 1962 in Bad Homburg v. d. Höhe, Dipl.-Handelslehrerin, Georg-Pingler-Straße 6, Königstein im Taunus
10. Hagenlocher, Dieter, geb. 1935 in Neustadt, Dipl.-Verwaltungswirt, Berliner Straße 68, Steinbach (Taunus)
11. Messinger, Werner, geb. 1943 in Camberg, Bundesbankangestellter, In der Schweiz 6, Weilrod
12. Drescher-Barthel, Luise, geb. 1941 in Schlüchtern, Verwaltungsangestellte, Beethovenstraße 26, Neu-Anspach
13. Bleul, Peter, geb. 1932 in Leipzig, Jurist, Heuchelheimer Straße 149 b, Bad Homburg v. d. Höhe
14. Mader, Johann, geb. 1950 in Königstein im Taunus, Verwaltungsangestellte, Weiherstraße 45, Glashütten
15. Stöckmann, Lothar, geb. 1956 in Usingen, Dipl.-Ingenieur, Bornwiesen 2, Grävenwiesbach
16. Nell, Hans-Günter, geb. 1945 in Seelenberg, Chemielaborant, Im Kirchfeld 3, Schmitten
17. Wiemann, Claus, geb. 1938 in Bad Frankenhausen, Elektrotechniker, Berliner Straße 70, Steinbach (Taunus)
18. Paris, Wolfgang, geb. 1937 in Kiel, Kaufmann, Weserstraße 11, Wehrheim
19. Bärmann, Otto, geb. 1933 in Coburg, Dipl.-Finanzwirt, In den Lichgärten 2, Bad Homburg v. d. Höhe
20. Trenner, Monika, geb. 1955 in Pfreimd, Juristin, Hattsteiner Straße 36, Schmitten
21. Moses, Andreas, geb. 1971 in Bad Homburg v. d. Höhe, Doktorand/Referendar jur., Neue Pforte 39 a, Neu-Anspach
22. Bartsch, Thorsten, geb. 1973 in Bad Homburg v. d. Höhe, Student, Friedrichsdorfer Straße 27, Bad Homburg v. d. Höhe
23. Oehling, Alois, geb. 1936 in Frankfurt am Main, Dipl.-Finanzwirt, Am Hebestumpf 1, Wehrheim
24. Prof. Söhnlein, Walter, geb. 1931 in Amberg, Hochschullehrer, Marienbader Platz 20, Bad Homburg v. d. Höhe

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Braun, Norbert, geb. 1950 in Bremen, Diplom-Kaufmann, Gartenstraße 33, Usingen
2. Schubert, Gabriele, geb. 1944 in Berlin, Oberstudienrätin, Neuhausstraße 1, Oberursel (Taunus)

3. Damerow, Dieter, geb. 1935 in Ratzeburg, Techniker, Odenwaldstraße 14, Bad Homburg v. d. Höhe
4. Meluhn, Rudolf, geb. 1938 in Frankfurt am Main, Beamter, Stettiner Straße 50, Steinbach (Taunus)
5. Oehm, Aribert, geb. 1934 in Berlin, Bürgermeister a. D., Heinrich-von-Kleist-Straße 9, Wehrheim
6. Stuckenschmidt, Peter, geb. 1940 in Rethen/Aller, Oberstudienrat, Am Weißen Berg 3, Kronberg im Taunus
7. Heinz, Bernhard, geb. 1951 in Elgersburg, Lehrer, Dreieichstraße 50, Friedrichsdorf
8. Zajonz, Norbert, geb. 1964 in Darmstadt, Geograph, Erich-Ollenhauer-Straße 7, Oberursel (Taunus)
9. Heilmann, Eginhard, geb. 1964 in Bad Homburg v. d. Höhe, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Alte Kirchgasse 1, Grävenwiesbach
10. Götz, Werner, geb. 1940 in Langgrün, Stukkateurmeister, Eichenweg 8, Neu-Anspach
11. Bangert, Axel, geb. 1956 in Gemünden, Techniker, Usinger Straße 4, Weilrod
12. Dr. Klar-Scheinert, Dietlinde, geb. 1951 in Bad Soden-Salmünster, Pharmareferentin, An der Flurscheid 47, Bad Homburg v. d. Höhe
13. Knörr, Werner, geb. 1940 in Grävenwiesbach, Verwaltungsangestellter, Hasselborner Straße 35, Grävenwiesbach
14. Bruns, Helmut, geb. 1942 in Wilhelmshaven, Angestellter, Obernhainer Weg 39, Wehrheim
15. Schmidt, Markus, geb. 1965 in Bad Homburg v. d. Höhe, Dipl.-Volkswirt, Hauptstraße 113, Oberursel (Taunus)
16. Benninghoven, Carola, geb. 1942 in Frankfurt am Main, Journalistin, Höhenstraße 40 b, Neu-Anspach
17. Albishausen, Michael, geb. 1960 in Worms, Gärtnermeister, Hugenottenstraße 103 b, Friedrichsdorf
18. Dr. Ott, Yvonne, geb. 1963 in Usingen, Regierungsrätin, Am Alten Hof 1, Oberursel
19. Benke, Karl Heinz, geb. 1929 in Breslau, Rentner, Im Weiherfeld 5, Glashütten
20. Fischer, Marianne, geb. 1939 in Wehrheim, Hausfrau, Bahnhofstraße 54, Wehrheim

Liste 3**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)**

1. Rattay, Marianne, geb. 1947 in Merckweiler, Lebensberaterin, Taunusblick 8, Glashütten
2. Maier, Hermann, geb. 1949 in Schramberg, Diplompädagogin, Schäferstraße 2, Friedrichsdorf
3. Enslin, Ellen, geb. 1960 in Schleswig, selbst. Kauffrau, Usinger Straße 77, Usingen
4. Hahn, Raymond, geb. 1957 in Diez, Krankenpfleger, Michelbacher Straße 82, Usingen
5. Springer, Käthe, geb. 1950 in Stuttgart, Hausfrau, Im Hirschgarten 17, Glashütten
6. Scheller, Jens, geb. 1965 in Bad Homburg v. d. Höhe, Bankkaufmann, Saalburgstraße 13, Bad Homburg v. d. Höhe
7. Knodt-Hassanien, Heike, geb. 1951 in Frankfurt am Main, Lehrerin, Kiehlstraße 2A, Friedrichsdorf
8. Wingenfeld, Werner, geb. 1953 in Köln, Stadtplaner, Oberhöchstädter Straße 57e, Oberursel (Taunus)
9. Dr. Gantzer, Irmela, geb. 1925 in Berlin, Soziologin, Sportplatzstraße 7, Grävenwiesbach
10. Kurth, Rüdiger, geb. 1942 in Wien, Gymnasiallehrer, Elisabethenstraße 36, Bad Homburg v. d. Höhe

Liste 4**Freie Demokratische Partei (F.D.P.)**

1. Dr. Schimpff, Thomas, geb. 1959 in Ballenstedt, Beamter, Am Rothlauf 9, Kronberg im Taunus
2. Gerhold, Heinrich, geb. 1937 in Hannover, Stadtrat, Kösliner Weg 6, Bad Homburg v. d. Höhe
3. Hof, Wolfgang, geb. 1945 in Bad Homburg v. d. Höhe, Dipl.-Soziologe, Haingasse 8, Bad Homburg v. d. Höhe
4. Braum, Andreas, geb. 1960 in Mannheim, Bankangestellter, Hans-Böckler-Straße 40, Neu-Anspach
5. Dr. Ewerdwalbesloh, Uwe, geb. 1944 in Frankfurt am Main, Studiendirektor, Parkstraße 2 b, Schmitten

Liste 5**Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)**

1. Weidmann, Hartmut, geb. 1941 in Bad Homburg v. d. Höhe, Konditormeister, Altkönigstraße 122, Oberursel (Taunus)
2. Sachs, Wilhelm, geb. 1954 in Königstein im Taunus, Industriemeister, Gladiolenweg 47, Friedrichsdorf
3. Stubbe, Harald, geb. 1955 in Nauheim, Industriekaufmann, Haberweg 19, Bad Homburg v. d. Höhe
4. Blaschke, Matthias, geb. 1964 in Bad Homburg v. d. Höhe, Arbeiter, Schneidhainer Straße 3, Bad Homburg v. d. Höhe
5. Urbanik, Knut, geb. 1964 in Görlitz, Arbeiter, Berliner Straße 2, Friedrichsdorf

Liste 6**DIE REPUBLIKANER (REP)**

1. Kanthack, Harald, geb. 1939 in Berlin, Lehrer, Am Mühlberg 16, Grävenwiesbach
2. Walter, Elke, geb. 1955 in Niederlauken, Kfm. Angestellte, Buchfinkenring 7, Weilrod
3. Friese, Dieter, geb. 1944 in Rosengarten, Speditionskaufmann, Hardtwaldallee 18, Friedrichsdorf
4. Armann, Walter, geb. 1932 in Fischern, selbst. Handelsvertreter, Morrstraße 11, Friedrichsdorf

Wahlkreis IV**Main-Taunus-Kreis und Stadt Kelsterbach****Liste 1****Christliche Demokratische Union Deutschlands (CDU)**

1. Riebel, Jochen, geb. 1945 in Ober-Hilbersheim, Ländrat, Kapellenstraße 24, Flörsheim am Main
2. Lutze, Horst, geb. 1951 in Ludwigshafen, Angestellter, Langenhainerstraße 25a, Hofheim am Taunus
3. Wiegand, Alfred, geb. 1942 in Kelsterbach, Leiter Arbeitsvorbereitung, Saalburgstraße 32, Kelsterbach
4. Herkströter, Martin, geb. 1954 in Offenbach am Main, Bürgermeister, Schöne Aussicht 43, Eschborn
5. Dr. Stephan, Winfried, geb. 1935 in Kelkheim, Rechtsanwalt, Heinrich-von-Kleist-Straße 3, Kelkheim
6. Sauerborn, Herbert, geb. 1936 in Frankfurt am Main, Chemielaborant, Kirchgasse 29, Eppstein
7. Felix, Rolf, geb. 1938 in Bergneustadt, Bürgermeister, Burlachinstraße 7, Hofheim am Taunus
8. Simon, Wilfried, geb. 1948 in Frankfurt am Main, Rechtsanwalt, Hebelstraße 7, Eppstein
9. Lauck, Mathäus, geb. 1931 in Flörsheim am Main, Dipl.-Ingenieur, Konrad-Adenauer-Ufer 1, Flörsheim am Main
10. Bender, Kurt, geb. 1938 in Bad Soden am Taunus, Bürgermeister, Joseph-Haydn-Straße 3, Bad Soden am Taunus
11. Preis, Marianne, geb. 1937 in Flörsheim am Main, Hausfrau, Weinbergstraße 56, Flörsheim am Main
12. Lapatiki, Klaus, geb. 1943 in Nürnberg, Dipl.-Betriebswirt, Albanstraße 33, Hattersheim
13. Dünthe, Paul, geb. 1943 in Velen/Krs. Borken, Bürgermeister, An der Landwehr 7, Kriftel
14. Czunczeleit, Gerd, geb. 1952 in Bad Homburg v. d. Höhe, Beamter, Im Klingen 6, Hofheim am Taunus
15. Hofmann, Stefan, geb. 1962 in Frankfurt am Main, Bankfachwirt, Bad Sodener Straße 7, Sulzbach (Taunus)
16. Gritsch, Karlheinz Oskar Franz, geb. 1953 in Eschborn, Landwirtschaftsmeister, An der alten Mühle 1, Eschborn
17. Wegener, Peter, geb. 1945 in Gräfenthal/Thüringen, Rechtsanwalt und Notar, Ostpreußenstraße 11, Hochheim am Main
18. Kögler, Peter, geb. 1929 in Bodenheim, Freiberuflich, Rossertstraße 17, Kelsterbach
19. Wehrle, Karl H., geb. 1932 in Lahr/Schwarzwald, Dipl.-Volkswirt, Am Kalkofen 5, Liederbach
20. Lenzmann, Maria, geb. 1928 in Velbert, Hausfrau, Brunhildenweg 22, Kelkheim
21. Hoepfner, Oliver, geb. 1964 in Kiel, Beamter, Eppsteiner Weg 16, Liederbach

22. Ewald, Walter, geb. 1944 in Sulzbach (Taunus),
Selbständig, Cretzschmarstraße 19, Sulzbach (Taunus)
23. Hofmann, Richard, geb. 1937 in Frankfurt am Main,
Bürgermeister, In der Müllerwies 9, Eppstein
24. Kern, Christa, geb. 1947 in Cuxhaven,
Kfm. Angestellte, Herzbergweg 8, Eschborn
25. Chwalek, Günther, geb. 1929 in Tost,
Industriekaufmann i. R., Gallusstraße 63, Flörsheim
26. Eschborn, Gerd, geb. 1962 in Frankfurt am Main,
Dipl.-Kaufmann, Niebergallweg 10, Schwalbach am Taunus
27. Wintermeyer, Axel, geb. 1960 in Wiesbaden,
Rechtsanwalt, Zeil 21, Hofheim am Taunus
28. Fischer, Christian, geb. 1960 in Düsseldorf,
Controller, Rhönweg 8, Eschborn
29. Heufelder, Gerda, geb. 1930 in Offenbach am Main,
Dipl.-Kaufmann/Dipl.-Handelslehrerin, Pommernweg 5,
Hofheim am Taunus

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Faeser, Horst, geb. 1942 in Duisburg,
Bürgermeister, Friedrich-Stoltze-Straße 7,
Schwalbach am Taunus
2. Treutel, Friedrich, geb. 1929 in Kelsterbach,
Bürgermeister, Gerauer Straße 6, Kelsterbach
3. Neuhold, Dora, geb. 1927 in Berlin,
Geschäftsführerin a. D., Freiligrathstraße 4,
Hofheim am Taunus
4. Parian, Bernhard, geb. 1923 in Hochheim am Main,
Bürgermeister a. D., Neugasse 17, Eppstein
5. Löffelholz, Ulrich, geb. 1958 in Frankfurt am Main,
Verwaltungsbeamter, Am Markt 7, Hattersheim am Main
6. Kannengießer, Adolf, geb. 1950 in Kalbermoor,
Dipl.-Verwaltungswirt, Kiefernweg 3, Eschborn
7. Dr. Möller, Bernd, geb. 1950 in Siegen/Weidenau,
Abteilungsleiter, Am Laubach 38, Sulzbach (Taunus)
8. Winckler, Wolfgang, geb. 1952 in Marburg,
Stadtrat, Limesstraße 3, Hofheim am Taunus
9. Schumacher, Claudia, geb. 1975 in Frankfurt am Main,
Justizsekretärin, Friedrich-Stoltze-Straße 4 b,
Schwalbach am Taunus
10. Zeller, Jürgen, geb. 1943 in Kelsterbach,
Speditionskaufmann, Kantstraße 4, Kelsterbach
11. Nebel, Erika, geb. 1941 in Kassel,
Lehrerin, Südring 32, Hattersheim am Main
12. Fransen, Hans, geb. 1943 in Kitzingen,
Erster Stadtrat, Arnimweg 4, Hattersheim am Main
13. Köder, Horst, geb. 1933 in Frankfurt am Main,
Verwaltungsdirektor a. D., Danziger Alle 67 b,
Hochheim am Main
14. Groß, Ulrich, geb. in Vietz/Landsberg,
Kfm. Angestellter, Sittigstraße 38, Krieffel
15. Butteron, Sigrid, geb. 1964 in Hofheim am Taunus,
Verwaltungsangestellte, Theodor-Storm-Straße 6, Kelkheim
16. Volz, Jürgen, geb. 1955 in Oberliederbach,
Betriebsleiter, Taunusstraße 6, Liederbach
17. Simon, Heide, geb. 1939 in Frankfurt am Main,
Bankangestellte, Bahnstraße 25, Kelsterbach
18. Kirsten, Wilfried Alfred, geb. 1936 in Seeligenstadt,
Rentner, Taunusblick 48, Eschborn
19. Hauff, Joachim, geb. 1944 in Dargun/Mecklenburg,
Lehrer, Höhenstraße 8, Kelkheim
20. Opitz, Ursula Ruth, geb. 1935 in Mainz,
Bankkauffrau, Schwedenstraße 22, Liederbach
21. Fischer, Bärbel, geb. 1935 in Hannover,
Hausfrau, Frankfurter Straße 106, Hofheim am Taunus
22. Sudhof, Ruth, geb. 1926 in Braunschweig,
Rentnerin, Parkstraße 14, Kelkheim
23. Vöbel, Friedrich-Wilhelm, geb. 1936 in Siegen/Westfalen,
Rechtsanwalt, Am Ritterhof 12, Eschborn
24. Dr. Franz, Klaus-Dieter, geb. 1949 in Frankfurt am Main,
Chemiker, Insterburger Straße 12, Kelkheim
25. Dr. Eilmes, Hans-Georg, geb. 1946 in Tülnau-Fahrenh.,
Apotheker, Eichkopffallee 25, Liederbach
26. Schubert, Alfred, geb. 1939 in Frankfurt am Main,
Bürgermeister, Bergstraße 27, Hattersheim am Main

Liste 3

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Stuchly, Eleonore, geb. 1932 in Bautzen,
Rentnerin, Schlehenweg 10, Eschborn
2. Kündiger, Albrecht, geb. 1958 in Göttingen,
Großhandelskaufmann, Gundelhardtstraße 2, Kelkheim
3. Otto, Karin, geb. 1950 in Kelkheim,
Chemotechnikerin, Am Münsterer Wald 7, Kelkheim
4. Wilhelm-Brzoska, Bernd, geb. 1955 in Neustadt,
Beamter, Kantstraße 15, Eschborn
5. Gottas, Anneliese, geb. 1956 in Düsseldorf,
Studentin, Hans-Böckler-Straße 16, Flörsheim am Main
6. Koch, Wolfgang, geb. 1956 in Frankfurt am Main,
Selbständiger, Am Mauerkopf 8, Bad Soden am Taunus
7. Dauvergne, Françoise, geb. 1960 in Le Crenot,
Sozialarbeiterin, Berliner Straße 1, Eschborn
8. Lieb, Ronald, geb. 1965 in Frankfurt am Main,
Student, Mörfelder Straße 9, Kelsterbach
9. Menzendorf, Gabriele, geb. 1950 in Dresden,
Industriekaufmann, Am Hasenborn 4, Eppstein
10. Maul, Gerhard, geb. 1960 in Frankfurt am Main,
Student, Berliner Straße 1, Eschborn
11. Knöß, Marianne, geb. 1944 in Herbstein,
Hausfrau, Schoene Aussicht 15, Hofheim am Taunus
12. Hennemuth, Wilhelm, geb. 1946 in Bad Sooden-Allendorf,
Beamter, Am Stadtpfad, 57, Eschborn
13. Blum, Gertrud, geb. 1955 in Fulda,
Rechtspflegerin, Ernst-Moritz-Arndt-Straße 1, Kelkheim
14. Kammerbauer, Andreas, geb. 1961 in Hochheim am Main,
Dipl.-Politologe, Hinter der Hochstätte 2 a,
Hochheim am Main
15. Krebsbach-Heß, Waltraud, geb. 1947 in Hann. Münden,
Sozialpädagogin, Neuenhainer Straße 30,
Bad Soden am Taunus

Liste 4

Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

1. Knoll, Wolfgang, geb. 1929 in Hirschberg,
Erster Kreisbeigeordneter a. D., Philipp-Kremer-Straße 19,
Kelkheim
2. Hielscher, Hans-Jürgen, geb. 1960 in Frankfurt am Main,
Erster Kreisbeigeordneter, Wildenbruchstraße 48,
Frankfurt am Main
3. Jung, Hans-Jürgen, geb. 1945 in Frankfurt am Main,
Werbeberater, Villebon-Platz 1, Liederbach
4. Schirmacher, Hans-Dieter, geb. 1937 in Königsberg,
Erster Stadtrat, Humboldtstraße 2, Krieffel
5. Muth, Dietrich, geb. 1937 in Frankfurt am Main,
Kfm. Angestellter, Hölderlinring 14, Hattersheim am Main
6. Meluhn, Stefan, geb. 1965 in Frankfurt am Main,
Selbständig/Student, Stettiner Straße 50, Steinbach (Taunus)
7. Dr. Quack, Jochen M., geb. 1939 in Zörbig,
Chemiker, Wilhelm Reuterstraße 16, Eppstein
8. Heesch, Sandra, geb. 1971 in Lubumbashi/Zaire,
Studentin, Lindenkopfstraße 4, Eppstein
9. Henne, Friedhelm, geb. 1940 in Hannover,
Werbekaufmann, Danziger Allee 85e, Hochheim am Main
10. Mauer, Horst, geb. 1963 in Frankfurt am Main,
Dipl.-Verwaltungswirt, Brückenstraße 26,
Hofheim am Taunus
11. Schäfer, Ursula, geb. 1943 in Frankfurt am Main,
Schulamtsdirektorin, Friedrich-Ebert-Straße 19, Schwalbach
12. Bode, Klaus, geb. 1939 in Wathlingen,
Betriebs techniker, Bergstraße 8, Hattersheim am Main
13. Duchmann, Werner, geb. 1951 in Weilbach,
Geschäftsführer, Schulstraße 4, Flörsheim am Main
14. Goll, Martin, geb. 1935 in Schwedt/Oder,
Dipl.-Agraringenieur, Im Alten Grund 3,
Bad Soden am Taunus
15. Kürschner, Gerd, geb. 1941 in Münster/Westfalen,
Bauingenieur, Altkönigstraße 3, Eppstein
16. Lauinger, Otto, geb. 1930 in Mainz,
Studiendirektor i. R., Hessenstraße 12,
Schwalbach am Taunus

Liste 5

DIE REPUBLIKANER (REP)

1. Langer, Michael, geb. 1962 in Frankfurt am Main, Unternehmensberater, Frankfurter Straße 198, Kelkheim
2. Schmidt, Brigitte, geb. 1945 in Schwäbisch Hall, Luftverkehrskauffrau, Lerchenweg 3, Hochheim am Main
3. Vogel, Harald, geb. 1949 in Flörsheim am Main, Technischer Angestellter, Am Untertor 3, Flörsheim am Main
4. Sennewald, Ekkehard, geb. 1952 in Kelkheim, Elektromeister, Theresenstraße 15, Kelkheim
5. Gumbrecht, Eberhard, geb. 1939 in Frankfurt am Main, Taxiunternehmer, Schwalbacher Straße 8, Eschborn
6. Olsson, Karl, geb. 1930 in Heide, Rentner, Zeppelinstraße 7, Eschborn
7. Lang, Matthäus, geb. 1977 in Benghazi/Libyen, Schüler, Am Wörbes 10, Eppstein
8. Lang, Carl, geb. 1975 in Benghazi/Libyen, Student, Am Wörbes 10, Eppstein
9. Goldbach, Emil, geb. 1926 in Siertsch, Rentner, Langenhainer Straße 28, Flörsheim am Main

Wahlkreis V

Landkreis Offenbach und Stadt Maintal

Liste 1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Faust, Alfons, geb. 1936 in Bochum, Verbandsdirektor, Auf der Bulau 18, Dietzenbach
2. Abeln, Bernd, geb. 1942 in Havixbeck, Bürgermeister, Blumenstraße 2a, Dreieich
3. Rebel, Karl Martin, geb. 1933 in Darmstadt, Landrat a. D., Ludwig-Uhland-Straße 28 A, Rödermark
4. Sattler, Helmut, geb. 1935 in Rodgau-Weiskirchen, Rentner, Falltorstraße 20, Rodgau
5. Sukatsch, Joachim, geb. 1937 in Beuthen/Oberschlesien, Bauingenieur, Riedseestraße 2, Maintal
6. Klein, Gerhard, geb. 1947 in Jügesheim, Technischer Leiter, Giselastraße 44, Seligenstadt
7. Reblin, Klaus-Jürgen, geb. 1941 in Wiesbaden, Einkaufsleiter, Kapitän-Flemming-Straße 32, Neu-Isenburg
8. Schneider, Klaus-Dieter, geb. 1955 in Weisweil, Städtebauarchitekt, Westendstraße 4 B, Langen
9. Wichtel, Peter, geb. 1949 in Büdingen, Kfm. Angestellter, In den Gärten 14, Obertshausen
10. Bodensohn, Wilfried, geb. 1954 in Lämmerspiel, Dipl.-Finanzwirt, Mühlheimer Straße 28, Mühlheim am Main
11. Schultheis, Stephan, geb. 1965 in Offenbach am Main, Regierungsamtmann, Kolpingstraße 26, Heusenstamm
12. Korb, Gerhard, geb. 1951 in Hainstadt, Dipl.-Ingenieur, Reichenberger Ring 47, Hainburg
13. Höfling, Otto, geb. 1941 in Seligenstadt, Kaufmann, Jahnstraße 3, Mainhausen
14. Lang, Gerd, geb. 1947 in Ludwigshafen, Speditionskaufmann, Thüringer Straße 5, Egelsbach
15. Lange, Hans-Jürgen, geb. 1949 in Seligenstadt, Geschäftsführer, Wiesenstraße 13, Rodgau
16. Olschewsky, Berthold, geb. 1956 in Langen, Erster Stadtrat, Staffordstraße 42, Dreieich
17. Kreis, Stephan, geb. 1958 in Offenbach am Main, Techniker, Don-Bosco-Straße 1, Seligenstadt
18. Herzig, Franz, geb. 1950 in Frankfurt am Main, Architekt, Valkenierstraße 3, Neu-Isenburg
19. Sturm, Karl, geb. 1924 in Urberach, Pensionär, Kranichweg 8, Rödermark
20. Sommer, Peter, geb. 1938 in Leipzig, Industriekaufmann, Erfurter Straße 2, Langen
21. Gerhards, Hubert, geb. 1951 in Dernbach, Erster Stadtrat, Seligenstädter Straße 122, Obertshausen
22. Seydewitz, Rita, geb. 1954 in Offenbach am Main, Kfm. Angestellte, Stauffenbergstraße 12, Mühlheim am Main
23. Gieseler, Stephan, geb. 1967 in Lauterbach, Jurist, Siedlerstraße 17, Dietzenbach
24. Habermann, Karlheinz, geb. 1953 in Hainstadt, Wahlbeamter, Bachgasse 19, Hainburg

25. Eschelbach, Wolfram, geb. 1939 in Hanau, CDU-Kreisgeschäftsführer, Berliner Straße 19, Maintal
26. Seib, Josef, geb. 1938 in Hausen, Bürgermeister, Jahnstraße 23, Obertshausen
27. Hartmann, Steffen, geb. 1963 in Frankfurt am Main, Architekt, Dresdner Straße 10, Rodgau
28. Schrod, Adam, geb. 1948 in Ober-Roden, Dipl.-Kaufmann, Heinrich-von-Kleist-Straße 10, Rödermark
29. Biegel, Hermann, geb. 1951 in Seligenstadt, Betriebsleiter, Hauptstraße 105, Seligenstadt
30. Dr. Schmitt, Matthias, geb. 1964 in Offenbach am Main, Chemiker, Spessartstraße 19, Dietzenbach
31. Gossmann, Horst, geb. 1932 in Offenbach am Main, Feinsattler, Weiskircher Straße 57, Rodgau
32. Fuchs, Stephan, geb. 1971 in Hainburg, selbst. Kaufmann, Aussigerstraße 12, Mühlheim am Main
33. Himmel, Johannes, geb. 1943 in Steubendorf, Bauingenieur, Rodgaustraße 30, Dietzenbach
34. Wend, Aribert, geb. 1939 in Frankfurt am Main, selbst. Kaufmann, Am Bornberg 7, Maintal
35. Rautenberg, Alfred, geb. 1935 in Köln-Ostheim, Kaufmann, Rubensstraße 12, Rodgau
36. Burow, Klaus, geb. in Verchentin, Wildmeister, Triebweg 6, Hainburg
37. Dr. Menzel, Eckehard, geb. 1946 in Hohensaaten, Dipl.-Geologe, Nibelungenstraße 2, Dietzenbach
38. Samrowski, Volker, geb. 1955 in Göttingen, Beamter, Rheinstraße 7, Egelsbach

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Frey, Hans-Erich, geb. 1935 in Riga, Geschäftsführender Direktor, Friedensallee 164, Neu-Isenburg
2. Dr. Keller, Friedrich, geb. 1943 in Landsberg/Warthe, Rechtsanwalt, Römerstraße 2, Dietzenbach
3. Hildebrandt, Helga, geb. 1930 in Kelbra, Hausfrau, Danziger Straße 2, Mainhausen
4. Lehr, Horst, geb. 1937 in Mühlheim am Main, Beamter, Waldheimer Straße 30, Mühlheim am Main
5. Juritko, Klaus, geb. 1928 in Beuthen/Oberschlesien, Kaufmann i. R., Stettiner Straße 8, Maintal
6. Schmalenbach, Gisela, geb. 1950 in St. Augustin, Wohnungswirtschaftskauffrau, Konrad-Adenauer-Straße 14, Rodgau
7. Roßberg, Helga, geb. 1948 in Neukirchen, Dipl.-Ingenieurin, Wernerplatz 2, Langen
8. Jacob-Engelken, Brigitta, geb. 1944 in Klosterheide/Ruppin, Dipl.-Ing./Architektin, Jägerweg 9, Dreieich
9. Sänger, Eckart, geb. 1942 in Danzig, Dipl.-Betriebswirt, Kinzigstraße 26, Rödermark
10. Hibbeler, Gerd, geb. 1945 in Kalefeld, Dipl.-Verwaltungswirt, Lessingstraße 69, Heusenstamm
11. Schüler, Heike, geb. 1941 in Frankfurt am Main, Angestellte, Heinrich-von-Stephan-Straße 7
12. Burkard, Dieter, geb. 1954 in Seligenstadt, Sachbearbeiter, Grabenstraße 60, Seligenstadt
13. Ritter, Eleonore, geb. 1938 in Offenbach am Main, Sekretärin, Erzhäuser Straße 18, Egelsbach
14. Wich, Heinz, geb. 1942 in Hainstadt, Postbankbeamter, Königsberger Straße 99, Hainburg
15. Jahn, Dieter, geb. 1944 in Mainflingen, Ltd. Verwaltungsdirektor, Gartenstraße 1, Mainhausen
16. Becker, Herbert, geb. 1937 in Walldorf, Dipl.-Verwaltungswirt, Kapitän-von-Schiller-Straße 16, Neu-Isenburg
17. Pittman, Dieter, geb. 1941 in Klingenberg am Main, Bürgermeister, Oberer Steinberg 63, Langen
18. Benthien, Karin, geb. 1940 in Hannover, Hausfrau, Eichendorffstraße 43, Seligenstadt
19. Weigl, Wolfgang, geb. 1947 in Verna, Dipl.-Verwaltungswirt, Feldbergstraße 16, Heusenstamm
20. Rickert, Lothar, geb. 1956 in Urberach, Apotheker, Kreuzgasse 28, Rödermark
21. Schild-Kreuziger, Kornelia, geb. 1943 in Tetschen-Bodenbach, Kauffrau, Hindemithstraße 16 a, Maintal

22. Wenz, Roland, geb. 1939 in Homberg/Moers, Betriebswirt, Darmstädter Straße 39, Obertshausen
23. Gerken, Eike, geb. 1940 in Paderborn, Funkjournalist, Gerbergasse 8, Seligenstadt
24. Seidel, Edwin, geb. 1913 in Breslau, Verwaltungsbeamter i. R., Feldbergstraße 12, Heusenstamm
25. Wörtche, Birgit, geb. 1967 in Mannheim, Techn. Zeichnerin, Mühlweg 18, Rödermark
26. Zänsch, Klaus, geb. 1939 in Haynau/Schlesien, Kassenverwalter, Gablonzer Straße 11, Hainburg
27. Schack, Reiner, geb. 1940 in Frankfurt am Main, selbst. Handelsvertreter, Auf der Trift 27, Egelsbach
2. Mergel, Thomas, geb. 1961 in Darmstadt, Technischer Zeichner, Donaustraße 36, Rödermark
3. Burischek, Gottfried, geb. 1944 in Mährisch Schönberg, Fraktionsassistent/selbst. Kaufmann, Spessartweg 51, Rodgau
4. Langolf, Hartmut, geb. 1964 in Marburg/Lahn, Werkschutzfachkraft, Eichendorffstraße 2, Maintal
5. Junk, Peter, geb. 1954 in Wadern, Maschinenschlosser, Weserstraße 11, Langen
6. Seebacher, Arno, geb. 1965 in Seligenstadt, Frachtkoordinator, Sudetenstraße 20, Hainburg
7. Wißler, Liane, geb. 1936 in Aschaffenburg, Rentnerin, Brüder-Grimm-Straße 90, Mainhausen
8. Bläser, Johann Peter, geb. 1941 in Mülheim/Mosel, Selbständig, Weserstraße 13 A, Langen
9. Stenger, Wilhelm, geb. 1926 in Offenbach am Main, Dipl.-Ing. Architekt, Ludwigstraße 23, Heusenstamm

Liste 3

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Kaufmann, Frank-Peter, geb. 1948 in Berlin, Erster Kreisbeigeordneter a. D., Berliner Straße 116, Dietzenbach
2. Hartwig, Christine, geb. 1956 in Eschborn, Dipl.-Pädagogin, Am Dorneicher See 4, Dreieich
3. Schöner, Roland, geb. 1962 in Karlsbad, Dipl.-Volkswirt, Frankfurter Straße 79, Langen
4. Kaufmann, Dieter, geb. 1953 in Frankfurt am Main, Angestellter, Anemonenweg 8, Langen
5. Klauer, Hans-Georg, geb. 1936 in Frankfurt am Main, Musiker, Bornweg 24 b, Mühlheim am Main
6. Arnold, Sonja, geb. 1955 in Frankfurt am Main, Dipl.-Sozialarbeiterin, Elbestraße 7, Dreieich
7. Bicherl, Hans-Peter, geb. 1955 in Seligenstadt, Dipl.-Ingenieur, Trieler Ring 53-55, Seligenstadt
8. Stoppel, Carmen, geb. 1977 in Frankfurt am Main, Studentin, Hanauer Straße 17, Maintal
9. Müller, Robert, geb. 1966 in Offenbach am Main, Student, Goethestraße 26, Mühlheim am Main
10. Schuster, Ursula, geb. 1944 in Lindschied/Faunus, Kfm. Angestellte, Lerchenstraße 15, Heusenstamm
11. Arendt, Peter, geb. 1967 in Frankfurt am Main, Student, Fechenheimer Weg 67, Maintal
12. Adam-Höhn, Ingrid, geb. 1953 in Offenbach am Main, Dipl.-Psychologin, Leipziger Straße 17, Mühlheim am Main
13. Hänle, Reimund, geb. 1959 in Darmstadt, Angestellter, Fritz-Erier-Straße 2, Rodgau
14. Obst, Gabriele, geb. 1955 in Schlüchtern, Postbeamtin, Hirtengasse 12-18, Neu-Isenburg
15. Steinheimer, Günter, geb. 1947 in Dietzenbach, Schriftsetzermeister, Auestraße 47, Dietzenbach

Liste 4

Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

1. Depper, Berthold, geb. 1941 in Kallstadt, Erster Stadtrat a. D., Nachtigallenstraße 28, Neu-Isenburg
2. Kaiser, Axel, geb. 1937 in Wiesbaden, Bauingenieur, Nibelungenstraße 105, Dietzenbach
3. Gutsch, Rosemarie, geb. 1943 in Schipkau/Niederlausitz, Journalistin, Wingerstraße 186 b, Maintal
4. von Massow, Wolfgang, geb. 1939 in Sofia, Kaufmann, Am Tannenstumpf 100, Dreieich
5. Wehmeyer, Thomas, geb. 1962 in Hanau, Rechtsanwalt, Forststraße 1, Maintal
6. Reitzlein, Karl Heinz, geb. 1930 in Frankfurt am Main, Rechtsanwalt, Eichendorffstraße 1, Dreieich

Liste 5

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

1. Krapp, Roland, geb. 1965 in Mainz, Dipl.-Ingenieur/Architektur, Babenhäuser Straße 44, Dietzenbach
2. Seidling, Michael, geb. 1964 in Frankfurt am Main, Vermessungsingenieur, Am Bieberbach 11, Dietzenbach
3. Ratuschny, Martin, geb. 1967 in Frankfurt am Main, Fluggerätemechaniker, Carl-Schurz-Straße 3-5, Langen

Liste 6

DIE REPUBLIKANER (REP)

1. Wißler, Gerald, geb. 1965 in Seligenstadt, Technischer Angestellter, Brüder-Grimm-Straße 90, Mainhausen

Liste 7

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

1. Bubori, Wolfgang, geb. 1947 in Münster/Westfalen, Handelsvertreter, Brunnenweg 1, Mühlheim am Main
2. Lukowski, Ina, geb. 1963 in Bad Homburg v. d. Höhe, Familienfrau, Hermann-Löns-Straße 17, Maintal
3. Lukowski, Manfred, geb. 1961 in Frankfurt am Main, Kfm. Angestellter, Hermann-Löns-Straße 17, Maintal
4. Nitsche, Petra, geb. 1954 in Torgau, Verkäuferin, Goethestraße 136, Maintal

Satzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen)

Die Satzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen vom 12. Dezember 1996 und der Genehmigungserlaß des Hessischen Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz vom 20. Januar 1997 werden nachfolgend gemäß § 11 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) öffentlich bekanntgemacht.

Gießen, 22. Januar 1997

**Kommunales Gebietsrechenzentrum
Kommunale Informationsverarbeitung
in Hessen**
— Der Geschäftsführer —
gez. Veit
Direktor

Satzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen)

Auf Grund des § 2 Abs. 1 Satz 2 des Datenverarbeitungsverbundgesetzes (DV-VerbundG) vom 22. Juli 1988 (GVBl. I S. 227) L. d. F. vom 15. Juli 1996 (GVBl. I S. 314) hat die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen) am 12. Dezember 1996 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Name und Sitz

(1) Die in der Anlage zu § 2 Abs. 1 aufgeführten juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts bilden eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Die Körperschaft führt den Namen „Kommunales Gebietsrechenzentrum Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen“ und wird nachfolgend als „KGRZ KIV in Hessen“ bezeichnet. Ihr Sitz ist Gießen.

(3) Das KGRZ KIV in Hessen ist Rechtsnachfolger des KGRZ Frankfurt am Main, des KGRZ Gießen und des KGRZ Starkenburg und tritt in deren Rechte und Pflichten ein. Das KGRZ KIV in Hessen übernimmt unentgeltlich das Vermögen des KGRZ Frankfurt am Main, des KGRZ Gießen und des KGRZ Starkenburg.

§ 2

Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind in der Anlage aufgeführt, die Bestandteil dieser Satzung ist.

(2) Auf Antrag können Mitglieder werden:

1. Gemeinden und Gemeindeverbände,

2. juristische Personen des privaten Rechts, deren Vermögen überwiegend in der Hand von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts liegt,
3. juristische Personen des öffentlichen Rechts, deren Gewährträger Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts sind und
4. kommunale Spitzenverbände.

§ 3

Aufgaben

- (1) Das KGRZ KIV in Hessen hat die Aufgabe, entsprechend dem Bedarf seiner Mitglieder,
1. leistungsfähige informations- und kommunikationstechnische Anlagen zur Verfügung zu stellen und die betriebliche Abwicklung der Verfahren sicherzustellen,
 2. seine Mitglieder bei der erstmaligen und laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen,
 3. Anwendungsprogramme zu entwickeln und zu pflegen, soweit sie nicht von anderen Kommunalen Gebietsrechenzentren oder Dritten übernommen werden,
 4. allgemeine und anwendungsspezifische Schulungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik durchzuführen,
 5. die Prüfung der Programme des Finanzwesens gemäß § 111 Abs. 2 und § 131 Abs. 1 Nr. 4 HGO zu veranlassen; § 3 Abs. 2 (ÜPKKG) findet Anwendung,
 6. Verfahren und Programme für den Einsatz freizugeben, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.
- (2) Das KGRZ KIV in Hessen kann anwenderspezifische Programme und sonstige anwenderspezifische Leistungen anbieten, soweit dadurch die Erfüllung seiner Aufgaben für die Mitglieder nicht beeinträchtigt wird.
- (3) Das KGRZ KIV in Hessen darf sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Das KGRZ KIV in Hessen arbeitet zum Zwecke der Entwicklung und Wartung von Verfahren, insbesondere aus Gründen der Kostenersparnis eng mit den Kommunalen Gebietsrechenzentren in Kassel und Wiesbaden zusammen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bildet das KGRZ KIV in Hessen eine kommunale Arbeitsgemeinschaft nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit mit den anderen hessischen Kommunalen Gebietsrechenzentren. Das Land kann sich an dieser Arbeitsgemeinschaft beteiligen.

(5) Die Tätigkeit des KGRZ KIV in Hessen ist entsprechend seiner Aufgabenstellung insgesamt nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

§ 4

Rechte der Mitglieder

- (1) Das KGRZ KIV in Hessen gibt für seine Mitglieder eine jährlich fortgeschriebene Aufstellung der bereitgestellten Verfahren und der sonstigen Leistungsangebote heraus.
- (2) Die Mitglieder sind berechtigt, die von dem KGRZ KIV in Hessen bereitgestellten Verfahren und sonstigen Leistungsangebote insgesamt oder einzeln zu nutzen. Näheres regelt die Benutzungsordnung.

§ 5

Organe

- Organe des KGRZ KIV in Hessen sind:
- die Verbandsversammlung,
 - der Verbandsvorstand und
 - der Geschäftsführer.

§ 6

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern/Vertreterinnen der Mitglieder. Jedes Mitglied entsendet einen/eine Vertreter/in.
- (2) Die Vertretungskörperschaften der Mitglieder nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 wählen für die Dauer ihrer Wahlzeit den/die Vertreter/in und Stellvertreter/in für die Verbandsversammlung.
- (3) Das jeweils zuständige Gremium der Mitglieder nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 benennt den/die Vertreter/in und Stellvertreter/in für die Verbandsversammlung.
- (4) Mitglieder des Verbandsvorstandes, der Geschäftsführer sowie Bedienstete des KGRZ KIV in Hessen können nicht der Verbandsversammlung angehören. Die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung erlischt, wenn die Voraussetzungen der Wahl oder Benennung wegfallen.

(5) Jedes Mitglied hat je angefangene 10 TDM Benutzungsentgelte im Jahr des letzten geprüften Jahresabschlusses eine Stimme. Mitglieder, die keine Benutzungsentgelte entrichten, haben eine Stimme.

Die Stimmen eines Mitgliedes dürfen 30% der Stimmen aller Mitglieder nicht übersteigen.

(6) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit eine/n Vorsitzende/n und zwei Stellvertreter/innen.

(7) Die Verbandsversammlung tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens einmal jährlich. Sie ist einzuberufen, wenn es Vertreter/innen mit wenigstens einem Drittel aller Stimmen in der Verbandsversammlung schriftlich unter Angabe von Gründen beantragen.

(8) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn die anwesenden Vertreter/innen mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Gesamtstimmen in der Verbandsversammlung erreichen.

(9) Im Falle der Beschlußunfähigkeit lädt der/die Vorsitzende die Verbandsversammlung zu einer neuen Sitzung ein. Die Verbandsversammlung ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlußfähig. In der Einladung zur zweiten Sitzung muß hierauf ausdrücklich hingewiesen werden.

(10) Die Verbandsversammlung beschließt, sofern Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmen, mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Vertreter/innen.

(11) Zur konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung lädt der Geschäftsführer ein.

(12) Die Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Geschäftsführer sind verpflichtet, an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilzunehmen. Der Verbandsvorstand und der Geschäftsführer sind jederzeit zum Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Erklärungen für den Verbandsvorstand gibt der/die Vorstandsvorsitzende ab.

§ 7

Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung entscheidet über die ihr in Gesetz und dieser Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.
- (2) Die Verbandsversammlung wählt die Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Ausschüsse und beschließt über
1. den Erlaß, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen,
 2. den Beitritt und das Ausscheiden von Mitgliedern,
 3. den Wirtschaftsplan und die mittelfristige Planung sowie die Grundsätze der Geschäftspolitik,
 4. den Jahresabschluß und die Entlastung des Vorstandes,
 5. die Bestellung des/der Abschlußprüfers/Abschlußprüferin,
 6. Grundsätze für die Festlegung der Benutzerentgelte und das Entgeltverzeichnis,
 7. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und ähnliche Rechtsgeschäfte,
 8. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und Grundstücksrechten,
 9. die Benutzungsordnung,
 10. die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie die Beteiligung an diesen,
 11. die Bildung von Ausschüssen und deren Aufgaben,
 12. die Auflösung des KGRZ KIV in Hessen.

§ 8

Verbandsvorstand

- (1) Der Verbandsvorstand besteht aus 20 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern. Es werden auf Vorschlag des Hessischen Städte- und Gemeindebundes 7, auf Vorschlag des Hessischen Städtetages 5, auf Vorschlag des Hessischen Landkreistages 4 und auf Vorschlag des Personalrates 4 Vorstandsmitglieder für die Wahlzeit der kommunalen Vertretungskörperschaften von der Verbandsversammlung gewählt. Es dürfen nicht mehr Bewerber vorgeschlagen werden, als Vorstandsmitglieder zu wählen sind. Wenn ein gewählter Bewerber vor Annahme der Wahl stirbt, die Annahme der Wahl ablehnt oder wenn ein Vorstandsmitglied ausscheidet, so findet eine Nachwahl statt. Der Bewerber für die Nachfolge ist von dem Vorschlagsberechtigten, der den Verstorbenen, den Annahmeverweigerer oder das Vorstandsmitglied vorgeschlagen hatte, vorzuschlagen. Liegt ein Vorschlag eines oder mehrerer Vorschlagsberechtigten nicht vor, so kann die Verbandsversammlung Vorschläge aus ihrer Mitte machen.
- (2) Der Verbandsvorstand tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern. Eine Sitzung ist einzuberufen, wenn dies wenig-

stens ein Drittel der Vorstandsmitglieder schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt.

(3) Der Vorstandsvorstand ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Zahl der Vorstandsmitglieder anwesend ist.

(4) Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme.

(5) Der Vorstandsvorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(6) Der Vorstandsvorstand wählt aus seiner Mitte einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende und einen/eine Stellvertreter/in.

§ 9

Aufgaben des Vorstandsvorstandes

(1) Der Vorstandsvorstand hat folgende Aufgaben:

1. Feststellung des Entwurfs des Wirtschaftsplans, der mittelfristigen Planung und des Entgeltverzeichnisses,
2. Überwachung der Wirtschaftsführung,
3. Feststellung des Entwurfs des Jahresabschlusses,
4. Beschluß über die Aufnahme von Krediten,
5. Verzicht auf Forderungen, soweit im Einzelfall über 100 000,— DM,
6. Bestellung, Entlassung und Entlastung des/der Geschäftsführers/in.

(2) Der Vorstandsvorstand ist oberste Dienstbehörde und Einleitungsbehörde nach dem Disziplinarrecht.

(3) Der/die Vorstandsvorstandsvorsitzende ist Dienstvorgesetzter/Dienstvorgesetzte des Geschäftsführers.

§ 10

Geschäftsführer/in

Das KGRZ KIV in Hessen hat einen/eine hauptamtliche/n Geschäftsführer/in. Er/sie führt die Bezeichnung „Direktor/in“. Die Rechtsstellung eines/einer beamteten Geschäftsführers/Geschäftsführerin richtet sich nach den für kommunale Wahlbeamte geltenden Bestimmungen.

§ 11

Aufgaben des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin

(1) Der/die Geschäftsführer/in handelt nach den Beschlüssen der Versammlung und des Vorstandsvorstandes im Rahmen der bereitgestellten Mittel. Er/Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des KGRZ KIV in Hessen.

(2) Der/die Geschäftsführer/in vertritt das KGRZ KIV in Hessen. Erklärungen des KGRZ KIV in Hessen werden durch sie/ihn abgegeben. Erklärungen, durch die das KGRZ KIV in Hessen verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem/der Geschäftsführer/in handschriftlich unterzeichnet sind.

(3) Der/die Geschäftsführer/in hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Versammlung und des Vorstandsvorstandes,
2. Unterrichtung des Vorstandsvorstandes über alle wichtigen Angelegenheiten,
3. Aufstellung des Entwurfs des Wirtschaftsplans, des Jahresabschlusses, der Geschäftsberichte, der mittelfristigen Planung und des Entgeltverzeichnisses,
4. Regelung des inneren Dienstbetriebes, der Arbeitsverteilung und des Personaleinsatzes,
5. Einstellung und Entlassung/Kündigung von Dienstkräften.

(4) Der/die Geschäftsführer/in ist Dienstvorgesetzter/r der Bediensteten.

(5) Der/die Geschäftsführer/in ist verpflichtet, an den Sitzungen der Versammlung und des Vorstandsvorstandes teilzunehmen.

§ 12

Personal

Das KGRZ KIV in Hessen hat das Recht, Beamte zu ernennen (§ 2 Abs. 1 DV-VerbG i. V. m. § 17 Abs. 2 KGG). Zur Erledigung der Aufgaben können auch hauptamtliche Beamte eingestellt werden.

§ 13

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Das KGRZ KIV in Hessen deckt seinen Finanzbedarf aus der Landeszuweisung (§ 2 DV-VerbG) und aus Entgelten.

(2) Bei der Bemessung der von den Mitgliedern im Kommunalbereich erhobenen Entgelte ist die Landeszuweisung zu berücksichtigen, im übrigen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zu verwenden.

§ 14

Stammkapital

Die Höhe des Stammkapitals wird auf 12 500 000,— DM festgesetzt.

§ 15

Andere Benutzer

Das KGRZ KIV in Hessen kann über die Aufgaben nach § 3 hinaus seine Leistungen auch anderen Benutzern zur Verfügung stellen, soweit dadurch die Erfüllung der Aufgaben für die Mitglieder nicht beeinträchtigt wird.

§ 16

Kündigung

Die Kündigung eines Mitgliedes hinsichtlich der Inanspruchnahme einzelner Leistungen erfolgt gegenüber dem/der Geschäftsführer/in. Die Kündigungsbedingungen werden durch die Benutzungsordnung geregelt.

§ 17

Abwicklung im Falle der Auflösung

(1) Bei Auflösung des KGRZ KIV in Hessen sind zunächst die Ansprüche der Beamten und Versorgungsempfänger sowie der Angestellten und Arbeiter zu befriedigen. Das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Verbandsvermögen oder die sich ergebenden Verbandsschulden werden auf die Mitglieder verteilt. Dies geschieht nach dem Verhältnis der von ihnen im Durchschnitt der Auflösung vorangegangenen vier Geschäftsjahre entrichteten Benutzungsentgelte.

Die Mitglieder können weitere Vereinbarungen über die Verteilung des nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögens treffen.

(2) Die Abwicklung führt der Vorstand in seiner Besetzung vor der Auflösung durch.

§ 18

Satzungsänderung

Beschlüsse über die Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der satzungsgemäßen Stimmenzahl der Versammlung.

§ 19

Überleitungsbestimmungen

(1) Die von den Vertretungskörperschaften der Mitglieder der bisherigen Kommunalen Gebietsrechenzentren Frankfurt am Main, Gießen und Starkenburg in die Versammlungen gewählten Vertreter und Stellvertreter vertreten auch die Mitglieder im Sinne des § 2 der Satzung in der Versammlung des KGRZ KIV in Hessen bis zum Ende ihrer Wahlzeit. Eine Nachwahl findet nicht statt.

(2) Die bei den KGRZ Frankfurt am Main, Gießen und Starkenburg gewählten Vorstandsvorstände bleiben bis zum Ende ihrer Amtszeit bestehen. Sie nehmen gemeinsam bis zur Neuwahl des Vorstandsvorstandes nach § 8 der Satzung die Aufgaben eines Vorstandsvorstandes wahr.

(3) Die bisherige Entgeltregelung des KGRZ Starkenburg gilt weiter, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1998.

§ 20

Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen des KGRZ KIV in Hessen erfolgen im Staatsanzeiger für das Land Hessen.

§ 21

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) genehmige ich die von der Versammlung des KGRZ KIV in Hessen am 12. Dezember 1996 beschlossene Satzung.

Wiesbaden, 20. Januar 1997

Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz
IV B 3 — 3 v 01 — 77/96
Im Auftrag
gez. Pflöck

Anlage zur Satzung
des Kommunalen Gebietsrechenzentrums
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen

Verzeichnis der Mitglieder
(Stand: 12. Dezember 1996)

Kreisfreie Städte

Stadt Darmstadt
Stadt Frankfurt am Main
Stadt Offenbach am Main

Kreisausschüsse

Hochtaunuskreis, Bad Homburg
v. d. Höhe
Kreis Offenbach, Offenbach am Main
Lahn-Dill-Kreis, Wetzlar
Landkreis Bergstraße, Heppenheim
(Bergstraße)
Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Darmstadt
Landkreis Fulda, Fulda
Landkreis Gießen, Gießen
Landkreis Groß-Gerau, Groß-Gerau
Landkreis Limburg-Weilburg,
Limburg a. d. Lahn
Landkreis Marburg-Biedenkopf,
Marburg
Main-Kinzig-Kreis, Hanau
Odenwaldkreis, Erbach (Odw.)
Vogelsbergkreis, Lauterbach (Hessen)
Wetteraukreis, Friedberg (Hessen)

Hochtaunuskreis

Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
Stadt Friedrichsdorf (Taunus)
Gemeinde Glashütten
Gemeinde Grävenwiesbach
Stadt Königstein im Taunus
Stadt Kronberg im Taunus
Gemeinde Neu-Anspach
Stadt Oberursel (Taunus)
Gemeinde Schmitten im Taunus
Stadt Steinbach (Taunus)
Stadt Usingen im Taunus
Gemeinde Wehrheim
Gemeinde Weilrod

Kreis Offenbach

Stadt Dietzenbach
Stadt Dreieich
Gemeinde Egelsbach
Gemeinde Hainburg
Stadt Heusenstamm
Stadt Langen
Gemeinde Mainhausen
Stadt Mühlheim am Main
Stadt Neu-Isenburg
Stadt Obertshausen
Stadt Rodgau
Stadt Rödermark
Stadt Seligenstadt

Lahn-Dill-Kreis

Stadt Aßlar
Gemeinde Bischoffen
Stadt Braunfels
Gemeinde Breitscheid
Gemeinde Dietzhötzal
Stadt Dillenburg
Gemeinde Driedorf
Gemeinde Ehringshausen
Gemeinde Eschenburg
Gemeinde Greifenstein
Stadt Haiger
Stadt Herbborn
Gemeinde Hohenahr
Gemeinde Hüttenberg
Gemeinde Lahнау
Stadt Leun
Gemeinde Mittenaar
Gemeinde Schöffengrund
Gemeinde Siegbach
Gemeinde Sinn

Stadt Solms
Gemeinde Waldsolms
Stadt Wetzlar

Landkreis Bergstraße

Gemeinde Abtsteinach
Stadt Bensheim
Gemeinde Biblis
Gemeinde Birkenau
Stadt Bürstadt
Gemeinde Einhausen
Gemeinde Fürth
Gemeinde Gorxheimertal
Gemeinde Grasellenbach
Gemeinde Groß-Rohrheim
Stadt Heppenheim (Bergstraße)
Stadt Hirschhorn (Neckar)
Stadt Lampertheim
Gemeinde Lautertal
Stadt Lindenfelds
Stadt Lorsch
Gemeinde Mörlenbach
Stadt Neckarsteinach
Gemeinde Rimbach
Stadt Viernheim
Gemeinde Wald-Michelbach
Stadt Zwingenberg

Landkreis Darmstadt-Dieburg

Gemeinde Alsbach-Hähnlein
Stadt Babenhausen
Gemeinde Bickenbach
Stadt Dieburg
Gemeinde Eppertshausen
Gemeinde Erzhausen
Gemeinde Fischbachtal
Stadt Griesheim
Stadt Groß-Biebereau
Stadt Groß-Umstadt
Gemeinde Groß-Zimmern
Gemeinde Messel
Gemeinde Modautal
Gemeinde Mühltal
Gemeinde Münster
Stadt Ober-Ramstadt
Gemeinde Otzberg
Stadt Pfungstadt
Stadt Reinheim
Gemeinde Roßdorf
Gemeinde Schaafheim
Gemeinde Seeheim-Jugenheim
Stadt Weiterstadt

Landkreis Fulda

Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Burghaun
Gemeinde Dipperz
Gemeinde Ebersburg
Gemeinde Ehrenberg
Gemeinde Eichenzell
Gemeinde Eiterfeld
Gemeinde Fliesen
Gemeinde Großenlütder
Gemeinde Hilders
Gemeinde Hoffbieber
Gemeinde Hosenfeld
Stadt Hünfeld
Gemeinde Kalbach
Gemeinde Künzell
Gemeinde Neuhof
Gemeinde Nüsttal
Gemeinde Petersberg
Gemeinde Poppenhausen
Gemeinde Rasdorf
Stadt Tann (Rhön)

Landkreis Gießen

Stadt Allendorf
Gemeinde Biebertal
Gemeinde Buseck

Gemeinde Fernwald
Stadt Gießen
Stadt Grünberg
Gemeinde Heuchelheim
Stadt Hungen
Gemeinde Langgöns
Stadt Laubach
Stadt Lich
Stadt Linden
Stadt Lollar
Stadt Pohlheim
Gemeinde Rabenau
Gemeinde Reiskirchen
Stadt Staufenberg
Gemeinde Wettenberg

Landkreis Groß-Gerau

Gemeinde Biebesheim
Gemeinde Bischofsheim
Gemeinde Büttelborn
Stadt Gernsheim
Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg
Stadt Groß-Gerau
Stadt Kelsterbach
Stadt Mörfelden-Walldorf
Gemeinde Nauheim
Stadt Raunheim
Gemeinde Riedstadt
Stadt Rüsselsheim
Gemeinde Stockstadt am Rhein
Gemeinde Trebur

Landkreis Limburg-Weilburg

Gemeinde Beselich
Gemeinde Löhnberg
Gemeinde Mengerskirchen
Gemeinde Merenberg
Stadt Runkel
Gemeinde Villmar
Stadt Weilburg
Gemeinde Weilmünster
Gemeinde Weinbach

Landkreis Marburg-Biedenkopf

Stadt Amöneburg
Gemeinde Angelburg
Gemeinde Bad Endbach
Stadt Biedenkopf
Gemeinde Breidenbach
Gemeinde Cölbe
Gemeinde Dautphetal
Gemeinde Ebsdorfergrund
Gemeinde Fronhausen
Stadt Gladenbach
Stadt Kirchhain
Gemeinde Lahmtal
Gemeinde Lohra
Stadt Marburg
Gemeinde Münchhausen
Stadt Neustadt
Stadt Rauschenberg
Stadt Stadtallendorf
Gemeinde Steffenberg
Gemeinde Weimar
Stadt Wetter
Gemeinde Wohratal

Main-Kinzig-Kreis

Stadt Bad Orb
Stadt Bad Soden-Salmünster
Gemeinde Biebergemünd
Gemeinde Birstein
Gemeinde Brachtal
Stadt Bruchköbel
Gemeinde Erlensee
Gemeinde Flörsbachtal
Gemeinde Freigericht
Stadt Gelnhausen
Gemeinde Großkrotzenburg
Gemeinde Gründau
Gemeinde Hammersbach

Stadt Hanau
Gemeinde Hasselroth
Gemeinde Jossgrund
Stadt Langenselbold
Gemeinde Linsengericht
Stadt Maintal
Gemeinde Neuberg (Hessen)
Stadt Nidderau
Gemeinde Niederdorfelden
Gemeinde Rodenbach
Gemeinde Ronneburg
Gemeinde Schöneck
Gemeinde Sinntal
Stadt Steinau an der Straße

Odenwaldkreis

Stadt Beerfelden
Gemeinde Brensbach
Stadt Breuberg
Gemeinde Brombachtal
Stadt Erbach (Odw.)
Gemeinde Fränkisch-Crumbach
Gemeinde Hesseneck
Gemeinde Höchst im Odenwald
Stadt Bad König
Gemeinde Lützelbach

Sonstige Mitglieder

Abfallzweckverband Marburg-Land, Stadtallendorf
Abwasserverband Antrifftal, Antrifftal
Abwasserverband Assenheim-Bruchenbrücken, Niddatal
Abwasserverband Aubach, Wöllstadt
Abwasserverband Bad König, Bad König
Abwasserverband Bickenbach/Seeheim-Jugenheim,
Seeheim-Jugenheim
Abwasserverband Horlofftal, Florstadt
Abwasserverband Hungen, Hungen
Abwasserverband Kirtorf, Kirtorf
Abwasserverband Kleebachtal, Pohlheim
Abwasserverband Lachsbach, Hirschhorn
Abwasserverband Langen/Egelsbach/Erzhausen, Langen
Abwasserverband Lauter-Wetter, Laubach
Abwasserverband Lollar, Lollar
Abwasserverband Marburg, Marburg
Abwasserverband Mittlere Dill, Herborn
Abwasserverband Mittlere Mümling, Michelstadt-Steinbach
Abwasserverband Obere Dietzhölze, Eschenburg
Abwasserverband Obere Gersprenz, Brensbach
Abwasserverband Oberes Fuldata, Eichenzell
Abwasserverband Oberes Usatal, Usingen
Abwasserverband Oberes Weschnitztal, Mörlenbach
Abwasserverband Perfgiebigkeit Laasphe, Breidenbach
Abwasserverband Rehbachtal, Driedorf
Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim, Rüsselsheim
Abwasserverband Schotten-Nidda, Nidda
Abwasserverband Solms, Solms
Abwasserverband Stadtallendorf-Kirchhain, Gießen
Abwasserverband Überwald, Wald-Michelbach
Abwasserverband Ulmtal-Lahn, Leun
Abwasserverband Untertent-Untere Mümling, Breuberg
Abwasserverband Weilburg, Weilburg
Abwasserverband Wetzlar, Wetzlar
Dränverband Gambach, Münzenberg
Dränverband Münzenberg II, Münzenberg
Feldwege- und Grabenunterhaltungsverband Fulda-West,
Flieden
Feldwege- und Grabenunterhaltungsverband „Wetterau“,
Münzenberg
Feldwegeunterhaltungsverband Hohe Rhön, Ebersburg
Feldwegeunterhaltungsverband Oberlahn, Beselich
Feldwegeverband Vogelsberg, Gedern
Frankfurter Entsorgung- und Service GmbH,
Frankfurt am Main
Friedhofszweckverband, Neu-Isenburg
Gasversorgungsverband Obertshausen, Obertshausen
Gemeinschaftskasse der Gemeinden des Kreises Darmstadt-
Dieburg, Darmstadt
Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis, Erbach
Hessischer Landkreistag, Wiesbaden
Hessischer Städte- und Gemeindebund, Mühlheim am Rhein
Hessischer Städtetag, Wiesbaden
Kassenärztliche Vereinigung Hessen, Darmstadt
Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft Südhessen mbH,
Darmstadt

Stadt Michelstadt
Gemeinde Mossautal
Gemeinde Reichelsheim
Gemeinde Rothenberg
Gemeinde Sensbachtal

Vogelsbergkreis

Stadt Alsfeld
Gemeinde Antrifftal
Gemeinde Feldatal
Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden
Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain
Stadt Herbstein
Stadt Homberg
Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach (Hessen)
Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke
Stadt Romrod
Stadt Schlitz
Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmatal
Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg

Wetteraukreis

Gemeinde Altenstadt (Hessen)
Stadt Bad Nauheim
Stadt Bad Vilbel
Stadt Büdingen
Stadt Butzbach
Gemeinde Echzell
Gemeinde Florstadt
Stadt Friedberg (Hessen)
Stadt Gedern
Gemeinde Glauburg
Gemeinde Hirzenhain
Stadt Karben
Gemeinde Kefenrod
Gemeinde Limeshain
Stadt Münzenberg
Stadt Nidda
Stadt Niddatal
Gemeinde Ober-Mörlen
Stadt Ortenberg
Gemeinde Ranstadt
Stadt Reichelsheim/Wetterau
Gemeinde Rockenberg
Stadt Rosbach v. d. Höhe
Gemeinde Wölfersheim
Gemeinde Wöllstadt

Krankenhausversorgungsbetriebe Wetzlar, Wetzlar
Kreishandwerkerschaft für den Kreis Groß-Gerau, Groß-Gerau
Kreiswerke Hanau, Hanau
Kurbetriebsgesellschaft Herbstein, Herbstein
Lokale Nahverkehrsgesellschaft Fulda, Fulda
Müllabfuhrzweckverband Biedenkopf, Biedenkopf
Müllabfuhrzweckverband Odenwald, Brombachtal
Regionaler Nahverkehrsverband Darmstadt-Dieburg, Darmstadt
Städtische Kliniken Darmstadt, Darmstadt
Stadthallen GmbH Gießen, Gießen
Stadtwerke Bad Vilbel, Bad Vilbel
Stadtwerke Friedberg, Friedberg (Hessen)
Stadtwerke Hünfeld, Hünfeld
Stadtwerke Weilburg, Weilburg
Stiftung Zentrum für Gemeinschaftshilfe Büttelborn,
Büttelborn
Umlandverband Frankfurt, Frankfurt am Main
Umwelt- und Landschaftspflegeverband Alsfeld, Alsfeld
Waisenhaus/Stiftung öffentlichen Rechts Frankfurt,
Frankfurt am Main
Wasserbeschaffungsverband Lemp, Aßlar
Wasserbeschaffungsverband Nieder-Kinzig/Kirch-Brombach,
Brombachtal
Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost,
Einhausen-Jägersburg
Wasserbeschaffungsverband „Unteres Wettertal“, Niddatal
Wasserbeschaffungsverband Wasserwerke Dillkreis Süd, Sinn
Wasser- und Bodenverband Grünlandregion Odenwaldkreis,
Höchst
Wasserverband Hessisches Ried, Biebesheim
Wasserverband Lahn-Ohm, Gießen
Wasserversorgung Glückauf, Lollar
Wasserversorgungsverband Kaichen — Heldenbergen —
Burg Gräfenrode, Niddatal
Weschnitzverband, Heppenheim
ZAUG Gießen, Gießen
Zweckverband Feldberghof, Bad Homburg v. d. Höhe
Zweckverband „Forstwirtschaftlicher Betrieb Kinzigtal“,
Langenselbold
Zweckverband Gruppenklärwerk Bad Salzschlirf,
Bad Salzschlirf
Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg, Dieburg
Zweckverband Hallenbad und Jugendzentrum Hünfeld, Hünfeld
Zweckverband Hallenbad Waldgirmes, Lahnau
Zweckverband Helen-Keller-Schule, Rüsselsheim
Zweckverband Kraftwagenbetrieb Wetterau, Florstadt
Zweckverband Mainspitze, Ginsheim-Gustavsburg
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke, Gießen
Zweckverband Mittelpunktschwimmbad Dietzhölztal,
Eschenburg
Zweckverband „Schwimmbad Bad Nauheim-Friedberg“,
Bad Nauheim
Zweckverband „Sozialstation der Städte und Gemeinde Niddatal,
Rosbach v. d. Höhe und Wöllstadt“, Rosbach v. d. Höhe
Zweckverband „Sozialstation Krebsbach-Kinzig“,
Rosbach v. d. Höhe
Zweckverband „Mittlere Wetterau“, Reichelsheim/Wetterau
Zweckverband Wasserversorgung Dieberggruppe, Grünberg

Jahresrechnung 1995 und Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 1997 des Zweckverbandes „Naturpark Rhein-Taunus“, Sitz Idstein

Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rhein-Taunus“ in ihrer Sitzung am 15. Januar 1997 nach Abschluß des Prüfungsverfahrens die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1995 beschlossen und dem Vorstand Entlastung erteilt hat.

Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit Stellenplan für das Haushaltsjahr 1997 verabschiedet.

Die Jahresrechnung 1995 sowie die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 1997 werden gemäß § 114 Abs. 2 HGO und § 97 Abs. 5 ab dem Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes „Naturpark Rhein-Taunus“, Escher Straße 12, I. Stock, in 65510 Idstein, für die Dauer von zwei Wochen während der Dienstzeit öffentlich ausgelegt.

Idstein, 15. Januar 1997

Zweckverband „Naturpark Rhein-Taunus“
Der Vorstandsvorsitzende
gez. Klaus Frietsch
Landrat

Jahresrechnung 1995 und Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 1997 des Zweckverbandes „Naturpark Hochtaunus“, Sitz Usingen

Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Hochtaunus“ in ihrer Sitzung am 19. Dezember 1996 nach Abschluß des Prüfungsverfahrens die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1995 beschlossen und dem Vorstand Entlastung erteilt hat.

Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit Vorbericht und Stellenplan für das Haushaltsjahr 1997 verabschiedet.

Die Jahresrechnung 1995 sowie die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit Vorbericht und Stellenplan für das Haushaltsjahr 1997 werden gemäß § 114 Abs. 2 HGO und § 97 Abs. 5 ab dem Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes „Naturpark Hochtaunus“, Pestalozzistraße 2, 61250 Usingen/Ts., an sieben Tagen während der Dienstzeit öffentlich ausgelegt.

Usingen, 14. Januar 1997

Zweckverband „Naturpark Hochtaunus“
Der Vorsitzende
gez. Jürgen Banzer
Landrat

Öffentliche Ausschreibungen

Öffentliche Ausschreibung nach VOL/A

1. GEMEINDE ABTSTEINACH, Kirchstraße 2, 69518 Abtsteinach, Tel. 0 62 07/94 07-0, Fax: 0 62 07/94 07-30
2. a) Öffentliche Ausschreibung gemäß VOL/A § 3, Ziffer 1
 - b) Bauvertrag
3. a) Gemeinde Abtsteinach
 - b) Entschlammung der Teichkläranlage ca. 1 700 m³ Naßschlamm
 - c) nur Gesamtleistung
 - d) entfällt
4. Ausführung: April/Mai 1997
5. a) GKW INGENIEURE, Ingenieurbüro für Wasserwirtschaft, Umwelttechnik und Infrastruktur GmbH, Besselstraße 26, 68219 Mannheim, Tel. 06 21/87 90-2 42, Fax 06 21/87 90-2 12
 - b) Anforderung vom 3. Februar 1997 bis 21. Februar 1997
 - c) je Doppelexemplar 15,— DM (einschließlich Versandkostenanteil) gegen Verrechnungsscheck. Die Schutzgebühr kann nicht zurückerstattet werden.
6. a) 27. Februar 1997
 - b) Gemeinde Abtsteinach, Kirchstraße 2, 69518 Abtsteinach
 - c) deutsch
7. entfällt
8. Vertragserfüllungsbürgschaft: 5 v. H. der Bruttoauftragssumme
Gewährleistungsbürgschaft: 3 v. H. der Bruttoabrechnungssumme
9. entsprechend VOL/B § 15
10. Arbeitsgemeinschaft
11. Nachweise:
 - des Umsatzes an vergleichbaren Leistungen der letzten fünf Jahre
 - ausgeführte vergleichbare Leistungen in den letzten fünf Jahren mit Angabe des Auftraggebers einschließlich Adresse und Ausführungszeit
 - der Zahl der in den letzten drei Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte
 - des für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personals
 - der Eintragung in das Berufsregister
12. 18. April 1997
13. entfällt
14. VOB-Stelle: Regierungspräsidium Darmstadt
15. entfällt
16. entfällt

Der Magistrat der STADT FRANKFURT AM MAIN, vertreten durch das Hochbauamt, Saomestraße 3/3 a, 60528 Frankfurt am Main, schreibt für das Bauvorhaben:

Jungmannstraße 3—5, 65933 Frankfurt am Main, Boehle-Schule, mit folgendem wesentlichen Leistungsumfang öffentlich aus:

— Einbau einer W.W.-Heizung im Hauptgebäude, Verwaltungsbau Pavillon und W.C.-Trakt

1 St. Brennwertkessel, ca. 300 kW/ca. 175 Heizkörper, ca. 1 800 m Rohrleitung von DN 15 — DN 65, ca. 80 m Fernleitung zu den einzelnen Gebäuden, DN 25 — DN 40

Ausführungsfristen: Beginn: Osterferien (April), Ende: Sommerferien 1997

Eröffnungstermin: 5. März 1997, um 9.30 Uhr

Zuschlags- und Bindefrist: 7. April 1997

Ausschreibungsnummer: 54

Sicherheitsleistungen: 5% für vertragsgemäße Ausführung

Die Nachprüfstelle nach § 31 VOB/A ist das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Referat „Bauberufs- und Verdingungsrecht“, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/8 15-0, Telefax: 06 11/8 15-22 25.

Bewerber, die sich gewerbsmäßig mit der Ausführung von Leistungen der ausgeschriebenen Art befassen, können die Ausschreibungsunterlagen schriftlich bis zum 17. Februar 1997 vom Hochbauamt der Stadt Frankfurt am Main, Abt. 65.C21.30 unter Hinzufügung des Zahlungsabschnittes anfordern.

Die Ausschreibungsunterlagen werden gegen einen Unkostenbeitrag von 50,— DM den Bewerbern auf dem Postweg zugestellt.

Der Betrag ist auf das Konto der Stadtkasse Frankfurt am Main, Postbankkonto-Nr. 2-609, BLZ 500 100 60, unter Angabe der Verrechnungsstelle 96.0.1.6010.130022, Ifd.-Nr. 50, mit dem Vermerk „Boehle-Schule, Jungmannstraße 3—5 — Heizungsarbeiten (65.C21.30)“ einzuzahlen.

Einreichung von Verrechnungsschecks oder Barzahlung ist nicht möglich.

Auskunft beim Hochbauamt: Abt. 65.C21.30, Herr Gotta, Telefonnummer: 0 69/2 12-3 82 97.

Frankfurt am Main, 30. Januar 1997

Der Magistrat

Stellenausschreibungen



Der Bundesrechnungshof

Prüfungsbeamter/beamtin des höheren Dienstes beim Bundesrechnungshof in Frankfurt am Main

Sie werden Prüfungs- und Beratungsaufgaben in den Bereichen Wirtschaftlichkeit, Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit der Informationsverarbeitung auf allen Ebenen der Bundesverwaltung übernehmen.

Die Tätigkeit ist **interessant und vielseitig**. Sie erfordert selbständiges Arbeiten, Initiative und die Fähigkeit, sich rasch in wechselnde Aufgaben und Probleme einzudenken zu können. Aufstiegschancen in die Stellung eines Prüfungsgebietsleiters/einer Prüfungsgebietsleiterin sind bei entsprechender Bewährung gegeben (Besoldungsgruppe B 3 BBesG, Ministerialrat/Ministerialrätin als Mitglied des Bundesrechnungshofes). Beim Bundesrechnungshof wird eine Zulage für oberste Bundesbehörden gezahlt.

Wir denken an **Beamte/Beamtinnen des höheren technischen/nichttechnischen Dienstes**, möglichst der Besoldungsgruppe A 14 (in Ausnahmefällen auch A 13 oder A 15) BBesG sowie an vergleichbare Angestellte (mit Hochschulabschluß als Informatiker, Mathematiker, Physiker) mit mehrjähriger Berufserfahrung und besonderen Kenntnissen der Betriebswirtschaft. Überdurchschnittliche Prüfungsergebnisse und Beurteilungen sowie Kenntnisse auf dem Gebiet des Rechnungswesens setzen wir ebenso voraus wie die Eignung und Bereitschaft zum Einsatz auf anderen Aufgabenfeldern des Bundesrechnungshofes zu einem späteren Zeitpunkt. Kenntnisse auf dem Gebiet des Haushaltsrechts wären von Vorteil.

Wenn Sie darüber hinaus Ihre Auffassung in Wort und Schrift überzeugend vertreten können, **kontaktfreudig** sind und gern **im Team** arbeiten, finden Sie bei uns ein außergewöhnliches Aufgabengebiet. Auch Fremdsprachenkenntnisse können Sie nutzen. Selbstverständlich arbeiten wie Sie ein und bilden Sie weiter.

Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Bundesrechnungshof ist bestrebt, den Anteil der Frauen im Prüfungsdienst zu erhöhen und fordert deshalb qualifizierte Bewerberinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

Der Bundesrechnungshof wird im Zusammenhang mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin seinen Sitz nach Bonn verlegen. Soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen, ist auf Wunsch auch ein früherer Wechsel möglich.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Kennzeichen „V 1“ bis **spätestens 20. März 1997** mit tabellarischem Lebenslauf und ausführlichem beruflichem Werdegang, Zeugnissen, Beurteilungen und neuem Lichtbild an den

Bundesrechnungshof — Referat Pr./P —, 60284 Frankfurt am Main.

Eventuelle Fragen beantworten wir Ihnen auch gern telefonisch.

Sie erreichen uns unter der Ruf-Nr. (0 69) 21 76-21 23 (Herr Deister)

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 65012 Wiesbaden

Entgelt bezahlt

D 6432 A

Bei dem Staatlichen Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik in Wiesbaden

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle als

Techn. Oberinspektoranwärterin/ Techn. Oberinspektoranwärter

in der Laufbahn des gehobenen Technischen Dienstes in der Arbeitsschutzverwaltung zu besetzen.

Der Vorbereitungsdienst dauert 15 Monate.

Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Fachrichtung Maschinenbau.

Als Aufgabe ist im wesentlichen die Betreuung von Betrieben der Metallbe- und -verarbeitung im Bereich des technischen und sozialen Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik wahrzunehmen. Außerdem sollen Aufgaben aus dem Bereich Dampfkessel- bzw. Druckbehälterverordnung übernommen werden.

Die Bewerberinnen oder Bewerber müssen für den Außendienst uneingeschränkt körperlich tauglich sein und den Führerschein der Klasse 3 besitzen.

EDV-Kenntnisse sind erwünscht, jedoch keine Einstellungsvoraussetzung.

Eine Erhöhung des Frauenanteils wird in allen Bereichen und Positionen angestrebt, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung dienstlicher Belange grundsätzlich möglich. Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige unter Angabe des Aktenzeichens I 2 a — 24 — 5 e 08/01 (2/221) an das

Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat I 2 a, Luisenplatz 2, 64278 Darmstadt.

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten (Tel. 06 11 / 3 60 98-57).

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon: 06 11 / 3 60 98-0, Telefax: 06 11 / 30 13 03. Verlagsleitung: Werner Augsbürger. Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Gabriele Belz, Telefon: 06 11 / 3 60 98-57. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (inklusive Versandkosten und USt.). Bankverbindung: Hessische Landesbank Frankfurt, BLZ 500 500 00, Konto-Nr. 15 542 004. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM (inkl. Versandkosten und USt.). Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postbankkonto des Verlages Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsberrätin Bettina Mack; Redaktion: Telefon 06 11 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 77 09-152, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 6 vom 10. Februar 1997 beträgt 44 Seiten.